

Werner Onken

# MARKTWIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS

Von der Akkumulation und  
Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer  
Dezentralisierung

**Band 1-3**

# Inhaltsverzeichnis

## Band 1

<b>Vorwort</b>	<b>15</b>
<b>1 Einleitung: Nach feudalen, kapitalistischen und totalitären Herrschaftspyramiden zu einer egalitären Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern</b>	<b>23</b>
<b>2 Der Laissez-faire-Kapitalismus der liberalen Klassiker und seine frühsozialistischen Gegenbewegungen</b>	<b>35</b>
2.1 Adam Smith's Vision einer bürgerlichen Marktgemeinschaft und die Realität der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft	35
2.2 Frühe Kritiken am Industriekapitalismus	44
2.2.1 Sismonde de Sismondis erste Kritik an der gesellschaftlichen Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme	45
2.2.2 Frühsocialismus in Frankreich und in England vor 1848	49
2.2.2.1 Claude Henri Saint-Simon und das soziale Unternehmertum	49
2.2.2.2 Charles Fourier und die frei assoziierten Phalanstères	53
2.2.2.3 Robert Owen als sozialer Unternehmer sowie als Initiator der Londoner Arbeitsbörse und kommunistischer Siedlungen	61
<b>3 Karl Marx &amp; Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Korrektur des Liberalismus zum antiliberalen Kommunismus in ihren Frühschriften bis zum „Kapital“ Band 1</b>	<b>75</b>
3.1 Geldkritisches in den Frühschriften von Marx & Engels	77
3.2 „Kommunistisches Manifest“ (1848)	83
3.3 „Das Kapital“ (1867) als wissenschaftliche Entschlüsselung des „Geheimnisses der Plusmacherei“ in der Produktionssphäre	86
3.4 Kommunismus = Gütergemeinschaft + schrankenlose Steigerung der technischen Produktivkräfte	93
3.5 Ähnlichkeiten zwischen antiliberalen Strukturmerkmalen von Kommunismus und Feudalismus	95
<b>4 Sozialer Liberalismus und libertärer Sozialismus in England und Frankreich um 1848 und danach</b>	<b>103</b>
4.1 John Stuart Mills Ansätze eines sozialen Liberalismus	103
4.2 Pierre Joseph Proudhons „Gleichheit der Bedingungen“ und die „Gegenseitigkeit als Formel der Gerechtigkeit“	122

<b>5</b>	<b>Geld- und Zinskritisches in den Spätwerken von Marx &amp; Engels und ihren Nachfolgern in der Arbeiterbewegung vor dem 1. Weltkrieg</b>	163
5.1	Spuren von Geldkritik im „Kapital“ Band 1 und in den Vorstudien	163
5.2	Engels' Spätschriften sowie die Bände 2 und 3 des „Kapital“	165
5.3	Vom „Kapital“ Band 1 zur Programmatik der Sozialdemokratie	174
5.4	Rosa Luxemburgs kritische Auseinandersetzung mit dem Band 2 von Marx' „Kapital“	179
5.5	Rudolf Hilferdings Analyse der Rolle des Finanzkapitals im Monopolkapitalismus des frühen 20. Jahrhunderts	190
5.6	Vladimir I. Lenins Interpretation des Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus	204
5.7	Noch immer: Verstaatlichung des in privaten Händen konzentrierten Industrie- und Finanzkapitals	208
<b>6</b>	<b>Bürgerliche Antworten auf den Marxismus in der Ökonomie und in der Soziologie</b>	215
6.1	Gustav Schmoller und die Historische Schule der Ökonomie	215
6.2	Neoklassische Grenznutzen- und Grenzproduktivitätstheorien	219
6.3	Thorstein Veblen und der Institutionalismus in den USA	228
6.4	<b>Geldkritisches in der Soziologie</b>	235
6.4.1	Georg Simmels „Philosophie des Geldes“	235
6.4.2	Max Webers „Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“	250
6.4.3	Werner Sombarts „Der Bourgeois“	255
6.5	Marcel Mauss und die archaische Schenkökonomie	257
<b>7</b>	<b>Im Schatten von Neoklassik und Marxismus – Alternativen zu Kapitalismus und Kommunismus</b>	263
7.1	Henry George und die Single-Tax-Bewegung	265
7.2	Entgeltliche Nutzungsrechte statt privater Eigentumsrechte am Boden und bodenreformerische Siedlungsprojekte	290
7.2.1	Theodor Hertzkas Utopie einer Freilandsiedlung in Afrika	290
7.2.2	Franz Oppenheimer und der liberale Sozialismus	294
7.2.3	Gustav Landauers libertärer Sozialismus der Tat	313
7.2.4	Gartenstädte als Wiederverbindung von Stadt und Land	317
7.3	Silvio Gesells Geld- und Bodenrechtsreform als Weg in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus	320
7.4	Rudolf Steiner und die Dreigliederung des Sozialen Organismus	383
7.5	Religiöser Sozialismus	418
7.6	Nachwirkungen	420

## Band 2

<b>8</b>	<b>Hauptströmungen in der Ökonomie und Wirtschaftssoziologie während der 1920er bis 1940er Jahre</b>	439
8.1	Neoklassische Wettbewerbs- und Preistheorie – als Rechtfertigung von Monopolen und Oligopolen	440
8.2	Rudolf Hilferding & Fritz Naphtali: Organisierter Kapitalismus und Wirtschaftsdemokratie	447
8.3	Joseph Alois Schumpeter und die Entwicklung des Kapitalismus durch die von innovativen Unternehmern bewerkstelligte „schöpferische Zerstörung“	456
8.4	Keynes' Makroökonomie und sein Ausblick auf einen evolutionären „Gezeitenwechsel“ in der Wirtschaftspolitik	476
8.5	Karl Polanyi und die „große Transformation“	525
8.6	Die wirtschaftspolitische Ideologie des Nationalsozialismus	537
8.6.1	Vorläufer von Müller und List bis Sombart und Spann	537
8.6.2	Das NSDAP-Programm mit Elementen einer rassistisch-antisemitischen Pervertierung der Geld- und Bodenrechtsreform	558
8.6.3	Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus ab 1933	570
8.6.4	Zäsur 1936 – Mit dem Vierjahresplan zum „totalen Krieg“ und zur Judenvernichtung	576
8.6.5	Wäre der tiefe Fall in die Barbarei vermeidbar gewesen?	578
<b>9</b>	<b>Der Ordoliberalismus der Freiburger Schule als Reaktion auf die totalitären Herrschaftssysteme des Kommunismus und des Nationalsozialismus/Faschismus</b>	583
9.1	Die theoretischen Grundlagen des Ordoliberalismus	589
9.1.1	Franz Böhm – Wettbewerb oder Kampf der Monopole	590
9.1.2	Walter Eucken und das „Modell der vollständigen Konkurrenz“	596
9.1.3	Alexander Rüstow – gegen die „Elephantiasis der Wirtschaft“	616
9.1.4	Wilhelm Röpke – Vom „Kult des Kolossalen“ zum „menschlichen Maß“ in der Wirtschaft	626
9.2	Kritik am Glauben an den technischen Fortschritt und die industrielle Massenproduktion	632
9.3	Kehrtwende von der monopolfreien vollständigen Konkurrenz zur sozial verbrämten kapitalistischen Marktwirtschaft	636
9.3.1	Alfred Müller-Armack und die „Soziale Marktwirtschaft“	636
9.3.2	Ludwig Erhard als Wegbereiter des sog. „Wirtschaftswunders“	640
9.3.3	Friedrich August von Hayeks dezidiert unsozialer Liberalkapitalismus	643
9.3.4	Ordoliberalismus zwischen der „Mont-Pèlerin-Society“ und der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“	648
9.3.5	Anpassung der Wettbewerbstheorie an die Realität der monopolkapitalistisch vermachten Marktwirtschaft	653

<b>9.4</b>	<b>Ordoliberalismus zwischen selbst verursachtem Niedergang und der Chance zu seiner freiheitlich-sozialen Erneuerung</b>	<b>656</b>
Exkurs 1	Norbert Elias „Über den Prozess der Zivilisation“	660
Exkurs 2	Karl Poppers „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“	665
Exkurs 3	Karl Jaspers und Hannah Arendt	669
<b>10</b>	<b>Im Windschatten von Kapitalismus und Kommunismus – Ansätze einer Dezentralisierung während der Nachkriegsjahrzehnte bis zur Mitte der 1980er Jahre</b>	<b>683</b>
10.1	Leopold Kohr und das „Ende der Großen“	683
10.2	Ernst Friedrich Schumachers „Small is beautiful“	710
10.3	Ivan Illich und die „konvivialen Werkzeuge“	731
10.4	Partnerschaftliche Mitarbeiterunternehmen und Modellversuche mit innerbetrieblicher Demokratie im Westen	748
10.5	Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien	758
10.6	Ota Šik und der Prager Frühling 1968	770
<b>11</b>	<b>Neoliberale Entfesselung der Finanzmärkte seit der Mitte der 1970er Jahre und unzureichende Gegenstrategien</b>	<b>785</b>
11.1	Milton Friedmans „Monetaristische Gegenrevolution“	792
11.2	Die Verselbstständigung der Finanzmärkte gegenüber der Realwirtschaft, der Gewerkschaften und den Staaten	801
11.3	Marginales Schattendasein der Geld- und Bodenrechtsreform während des Höhenflugs des Finanzmarktkapitalismus	806
11.4	Das Fehlen kritischer Geldbetrachtungen in der Soziologie	812
11.4.1	Michel Foucaults Poststrukturalismus	813
11.4.2	Kritische Theorie der Frankfurter Schule	815
11.4.3	Niklas Luhmann und die Systemtheorie	834
11.4.4	Die Wiederentdeckung von Georg Simmels „Philosophie des Geldes“	843
11.4.5	Die Jenaer neue Kritische Theorie: Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa	846
11.4.6	Dieter Prokop und die „Kritische Theorie des Gelds“	858
11.5	<b>Von den „Grenzen des Wachstums“ zum „Wachstum der Grenzen“ und zur ökologischen Modernisierung im „Green Capitalism“</b>	<b>863</b>
11.5.1	Hans Christoph Binswangers Unterscheidung zwischen einer nicht wachsenden Versorgungswirtschaft und einer wachsenden Erwerbswirtschaft	864
11.5.2	Ernst Winklers Unterscheidung zwischen der kapitalistischen Wachstums-krankheit und einer „Marktwirtschaft ohne Wachstumszwang“	865
11.5.3	Die Rückholung der Natur in die ökonomische Theorie durch Hans Christoph Binswanger	866
11.5.4	„NAWU-Report – Wege aus der Wohlstandsfalle“ (1979)	868
11.5.5	„Arbeit ohne Umweltzerstörung“ (1983)	871
11.5.6	Von der Entkapitalisierung des Geldes und der Natur zu Simmels „Philosophie des Geldes“ und zur Problematisierung der Geldschöpfung der Geschäftsbanken	876

11.5.7	Dieter Suhrs „Geld ohne Mehrwert“ als Ausweg aus der zerstörerischen Wachstumswirtschaft	878
11.5.8	Argwohn und ökologische Vorbehalte gegenüber einer Geldreform	880
11.5.9	Rehabilitationen der Geld- und Bodenrechtsreform durch Gerhard Scherhorn, Carlo Jaeger und Hans G. Nutzinger	882
11.5.10	Grünes Wachstum vs. Wachstumskritik	884
11.5.11	Claus Leggewies & Harald Welzers „radikaler Richtungswechsel“?	886
11.5.12	Helge Peukerts Diagnose und Therapie der „großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise“ (2010)	887
11.5.13	Green Capitalism als Ausweg?	888
11.5.14	Wem gehört eigentlich die Natur?	891
11.5.15	Niko Paechs Entwurf einer „Postwachstumsökonomie“ (2012)	895
11.5.16	Lateinamerikanische „Buen Vivir“-Bewegung	905
11.5.17	Christian Felbers „Gemeinwohl-Ökonomie“	910
11.5.18	Das Bedingungsloses Grundeinkommen	915

### Band 3

12	<b>Orientierungssuche in Zeiten einer „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas) – Erste Ansätze einer Neuorientierung der Globalisierungskritik in die Richtung einer dezentralisierten Marktwirtschaft ohne Kapitalismus</b>	935
12.1	Historisch-sozialwissenschaftliche Bestandsaufnahmen von Fernand Braudel und Immanuel Wallerstein	936
12.2	Nach 200 Jahren des kapitalistischen „Weltsystems“ (Wallerstein) und nach mehr als 40 Jahren seiner völligen Liberalisierung und Deregulierung	939
12.3	Der unbewältigte „Geldkomplex“ als „Schlüsselfrage“ des 21. Jahrhunderts (Peter Ulrich)	944
12.4	Von Simons' und Fisher's „100%-Money“ zu Hubers „Vollgeld“	946
12.5	„Kampf Davids gegen Goliath-Finanzinstitutionen“ (Helge Peukert)	951
12.6	„Gesell-Geld“ (Buiter) ante portas oder erst in 100 Jahren?	958
12.7	Negative Leitzinsen als Beginn eines „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsels“?	961
12.7.1	Abschied von dauerhaft positiven Zinsen als „Herzstück des Kapitalismus“ (Straubhaar)	962
12.7.2	Wissenschaftliche Wiederentdeckung Gesells als Vorläufer einer Geldreform in den USA, in England und in Frankreich	964
12.7.3	Wissenschaftliche Reaktionen auf Null- bzw. Negativzinsen in Deutschland	965
12.7.4	Null- und Negativzinsen und das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten“	967
12.7.5	Wie weiter mit den negativen (Leit-)Zinsen? Zurück zu positiven Zinsen oder vorwärts zu ca. -5 %?	975
12.7.6	Verteufelung negativer Zinsen durch die neuere Österreichische Schule	977
12.7.7	Mit Vollgeld zurück zu einem „Normalzustand“ mit positiven Zinsen (Joseph Huber)?	979
12.7.8	Zwischen Abwehr und allmählicher Akzeptanz von Null- und Negativzinsen	982

<b>12.8</b>	<b>Antikapitalismus – von links wieder nach rechts?</b>	<b>984</b>
12.8.1	Ulrich Busch und der „negative Geldfetischismus“	986
12.8.2	Elmar Altvaters Ablehnung der Geld- und Bodenrechtsreform als „verkürzter Kapitalismuskritik“	987
12.8.3	Christoph Deutschmanns Erinnerung an Gesell und Keynes und David Harveys Annäherung an ein „oxidierendes Geld“ als Zwischenschritt zu einer „Gesellschaft ohne Tauschwert“	988
12.8.4	Axel Honneths „Aktualisierung der Grundideen des Sozialismus“	989
12.8.5	Lisa Herzog: „Kann man heute noch liberal sein?“	992
12.8.6	Paul Masons „Postkapitalismus“	995
12.8.7	Wider die „Imperiale Lebensweise“ (Ulrich Brand & Markus Wissen)	997
12.8.8	Sahra Wagenknechts marktwirtschaftlicher Antikapitalismus	1000
12.8.9	Grüne Strategien zur Verhinderung eines weiteren Finanzcrashs	1005
12.8.10	Andreas Reckwitz' Wegweisung in die Richtung eines „einbettenden Liberalismus“ als Antwort auf den Staatsinterventionismus und neoliberalen Exzesse	1007
12.8.11	Nico Stehr & Dustin Voss: Das Geld als zentrales Medium in ihrer „Gesellschaftstheorie der Moderne“ (2019)	1012
12.8.12	Rechtspopulismus – eine Folge der von Wissenschaften sowie von politischen und zivilgesellschaftlichen Kräften nicht bewältigten Aufgabe, eine freiheitliche und zugleich gerechte Ordnung der Wirtschaft zu schaffen	1015
<b>13</b>	<b>Realutopische Umrisse einer dezentralisierten Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Ausblicke und Forschungsfragen</b>	<b>1027</b>
13.1	„Punkt eins aller Menschenrechte“: Eine gleiche Teilhabe aller Menschen an den natürlichen Lebensgrundlagen	1029
13.1.1	„Die Erde als Gemeinschaftsgut aller Menschen und die Menschheit als Gutsgemeinschaft“ (Fritz Andres)	1030
13.1.2	Präzisierung der Menschenrechte und ein kurzer Rückblick auf die bisherigen Verfassungen	1039
13.1.3	Verpasste historische Chancen	1040
13.1.4	„Prinzip und Ende der Rentenökonomie“ (Dirk Löhr)	1042
13.2	<b>Geld – vom sozialen Sprengstoff zum sozialen Integrationsmittel</b>	<b>1051</b>
13.2.1	Berührungs punkte mit dem Judentum, Christentum und Islam	1055
13.2.2	Berührungs punkte mit der Philosophie	1058
13.2.3	Berührungs punkte mit den Naturwissenschaften?	1065
13.3	<b>Menschenbild – Vom homo oeconomicus zum homo cooperativus</b>	<b>1075</b>
13.4	<b>Wettbewerb und Kooperation auf monopolfreien Märkten</b>	<b>1084</b>
13.5	<b>Qualitativer Strukturwandel der Arbeitswelt – Von der Lohnabhängigkeit zu selbstbestimmten Tätigkeiten</b>	<b>1089</b>
13.5.1	Industrie 4.0 und Künstliche Intelligenz	1091
13.5.2	Zukunft der Arbeitswelt – Von der fremdbestimmten Beschäftigung zur selbstbestimmten Tätigkeit	1094
13.5.3	Allmählicher Wandel des Arbeitsmarktes	1097
13.5.4	Parallel laufender allmählicher Wandel des Kapitalmarkts	1099
13.5.5	Mittel- und langfristige Dezentralisierung der Unternehmen in einer Vielfalt von kleineren und mittleren Dimensionen	1101

13.5.6	Selbstverwaltung und Demokratisierung der Unternehmen	1103
13.5.7	Auswirkungen auf den Gütermarkt	1105
13.5.8	Funktionswandel der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften	1106
13.5.9	Internetkonzerne	1107
13.6	<b>Produktion und Reproduktion: Von der Geschlechterhierarchie über die „Subsistenzperspektive“ und das „Vorsorgende Wirtschaften“ zu einem egalitären Geschlechterverhältnis</b>	1111
13.6.1	Bezahlte Erwerbsarbeit vs. unbezahlte Hausarbeit – Zur Hausarbeitsdebatte der 1970er Jahre (Mariarosa Dalla Costa & Selma James)	1114
13.6.2	Die Bielefelder „Subsistenzperspektive“ (Maria Mies & Veronika Bennholdt-Thomsen & Claudia von Werlhof)	1116
13.6.3	„Vorsorgendes Wirtschaften“ (Adelheid Biesecker & Sabine Hofmeister)	1122
13.6.4	Nach „Subsistenzperspektive“ und „Vorsorgendem Wirtschaften“ – Gibt es bessere Wege zu ihren richtigen Zielen?	1126
13.7	<b>Vom Glauben an die Grenzenlosigkeit des Wirtschaftswachstums zu einer Postwachstumsökonomie</b>	1138
13.8	<b>Europa und die übrige Welt</b>	1145
13.8.1	Europäische Einigung? Ja, aber auf einem marktwirtschaftlichen statt kapitalistischen Fundament und nicht als „Festung Europa“	1146
13.8.2	Neuordnung der Weltwirtschaft – Von der nachholenden Entwicklung zur Einebnung des Nord-Süd-Gefälles	1170
Exkurs	„Alles unter dem Himmel“ – Das chinesische „Tianxia“-System	1200
<b>14</b>	<b>Anstelle eines Nachworts: Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus, Transformationstheorie und Corona-Krise</b>	1205
14.1	Siegeszug, Rückschläge, Gefährdungen und Vollendung der modernen Demokratie	1205
14.2	Transformationsforschung zwischen einem „Nicht mehr“ und einem „Noch nicht“	1235
14.3	Corona-Krise – Ein mit herkömmlichen Mitteln überwindbarer Schock für die Wirtschaft oder auch eine Chance für ein Vorankommen der Transformation?	1239
<b>15</b>	<b>Literaturverzeichnis</b>	1261

# **Kapitel 1**

## **Vorwort und Einleitung**

## Vorwort

Diese Studie hat eine etwas längere, bereits mehr als 10 Jahre zurückliegende Vorgeschichte. Ihr Auslöser war mein Wunsch, mich intensiv mit dem von marxistischen Autoren geäußerten Eindruck auseinanderzusetzen, dass der mir seit längerem bedeutsam erschienene, aber wissenschaftlich nur unzureichend rezipierte alternativökonomische Denkansatz einer Geld- und Bodenrechtsreform des Sozialreformers Silvio Gesell eine „verkürzte Kapitalismuskritik“ darstelle. Aufgrund seiner einseitigen Fixierung auf das Geld und auf das Finanzkapital sei er blind für die Problematik des Privateigentums und obendrein anschlussfähig an antisemitische Ideologien.<sup>1</sup>

Was zur letzteren nicht haltbaren Unterstellung zu sagen ist, wurde an anderer Stelle bereits gesagt.<sup>2</sup> Von Kritikern der Geld- und Bodenrechtsreform wird leider darüber hinweg gesehen, dass mit der Bodenrechtsreform zumindest ein großer Teil der Eigentumsfrage geradezu im Mittelpunkt dieses ganzen Denkansatzes steht. Ebenso ist die Frage des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln und seiner Konzentration in der Geldreform enthalten, auch wenn Gesell dies vor rund 100 Jahren erst in – ausbaufähigen – Ansätzen skizziert hat.

Umgekehrt ließe sich auch die marxsche Kapitalismuskritik als „verkürzt“ ansehen, da sie das private Eigentum an den Produktionsmitteln sehr stark in den Focus gerückt und die Problematik des kapitalistischen Geldes vernachlässigt hat. Aber es soll hier nicht um Retourkutschen gehen, sondern um den Versuch, Unvollständigkeiten auf beiden Seiten zu erkennen. Im Zuge eines kritischen Überblicks über den Gesamtzusammenhang von konzentriertem Finanz- und Realkapital und der hierarchisch untergeordneten Lohnarbeit soll es darum gehen, erste Grundzüge einer zukünftigen Arbeitswelt jenseits von Kapitalmacht und Lohnabhängigkeit sichtbar zu machen. –

Als ich im Laufe des Jahres 2010 begann, mich tiefer in diese Zusammenhänge hineinzudenken, wurde mir bald bewusst, dass es sinnvoll sein würde, auch die Entwicklung von anderen ökonomischen Theorien vor und nach Marx & Engels einzubeziehen. Auch die von Adam Smith und nach ihm von anderen klassisch-neoklassischen Ökonomen gelegten Grundlagen der modernen Ökonomie wollte ich aus dem Blickwinkel der Geld- und Bodenrechtsreform betrachten und mir außerdem das Spektrum von kritischen Bewegungen vergegenwärtigen, die sich seit dem frühen 19. Jahrhundert gegen den liberalen *Laissez-faire*-Kapitalismus erhoben haben. Damit verselbstständigte sich die Arbeit an dieser Studie gegenüber ihrem ursprünglichen Ziel. Gleichwohl blieb letzteres darin weiterhin enthalten. Aber über den Blick auf die Arbeitswelt hinaus ergab sich fortan mein Anliegen in dieser nun viel umfangreicher gewordenen Studie, den sowohl von den Wissenschaften als

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Elmar Altvater (2004). - Peter Bierl (2005) und (2012). - Robert Kurz (1995).

<sup>2</sup> Werner Onken (2007a und 2007b).

auch von der Zivilgesellschaft vernachlässigten alternativökonomischen Denkan-satz einer Bodenrechts- und Geldreform noch unter weiteren Gesichtspunkten der Geschlechterfrage, der Frage nach Krieg oder Frieden und der Frage nach dem Ver-hältnis der Wirtschaft zur Natur mit ganz verschiedenen Denkrichtungen in der Öko-nomie und auch in der Soziologie in Beziehung zu setzen. Durch kritische Vergleiche mit anderen, den Kapitalismus legitimierenden oder ihn in Zweifel ziehenden Denk-richtungen wollte ich die Bodenrechts- und Geldreform in die Geschichte der öko-nomischen Theorien einfädeln, damit auch Verständigungsbrücken bauen und das bislang ungenutzte Potenzial dieser Reformgedanken verdeutlichen, das in weiter-entwickelten Formen vielleicht zur Bewältigung aktueller Krisen in Wirtschaft und Gesellschaft beitragen könnte.

Bei meiner Beschäftigung mit Smith, den Frühsozialisten, Marx & Engels, Proud-hon, Mill und späteren Ökonomen und Soziologen fiel mir zu meiner Überraschung auf, dass einige Denkmuster bei linken und rechten Kapitalismuskritikern Ähnlich-keiten aufweisen und dass den verschiedenen Spielarten des Antikapitalismus trotz mancher gravierender Unterschiede eines gemeinsam war: sie wandten sich gegen die Freiheit der Märkte und übersahen in ihrem links wie rechts gleichermaßen anti-liberalen Affekt etwas, was auch Adam Smith tragischer Weise schon von Anfang an übersehen hatte: nämlich die kapitalistische Deformation der Freiheit der Märkte erstens durch die dem Geld in seiner kapitalistischen Gestalt inhärente strukturelle Macht und Dysfunktionalität und zweitens durch die mit dem privaten Bodeneigen-tum verbundenen Privilegien. Infolgedessen erlagen sowohl die Protagonisten als auch die Kritiker der modernen kapitalistischen Marktwirtschaft dem folgenschwe-ren Irrtum, dass die Marktwirtschaft und der Kapitalismus miteinander identisch seien und dass man sie nur entweder gemeinsam befürworten oder gemeinsam ab-lehnen könne.

Bei alledem geht es hier nicht darum, Adam Smith, Karl Marx & Co. zu verurteilen, weil sie die Problematik des Geldes und des privaten Bodeneigentums nicht gleich in ihrer ganzen Tragweite erkannt oder unterschätzt haben. Vielmehr gilt es zu be-rücksichtigen, dass sie als Kinder ihrer jeweiligen Zeiten erst die Anfänge des mo-dernen Kapitalismus vor Augen hatten und dass sie noch nicht mit größerem zeitli-chem Abstand auf die Entwicklung des Kapitalismus zurückblicken konnten. Ähnlich wie in der Medizin manche Krankheiten im Frühstadium entweder übersehen oder deren weitere Verläufe falsch eingeschätzt werden, so vermochten auch die libera-ten Klassiker und ihre anti-liberalen Kritiker noch nicht aus dem Schatten des Dog-mas von der Unbedenklichkeit des vermeintlich neutralen Geldes heraustreten. Es erschien mir also als angebracht, in einem Streifzug durch die Ideengeschichte der Ökonomie einschließlich ihrer unkonventionellen ‚Unterwelten‘ zu rekonstruieren, wo aufgrund einer Fehleinschätzung des vermeintlich neutralen Geldes Ursachen der Kapitalakkumulation und -konzentration übersehen oder falsch gedeutet wur-den und wo Ansätze zu einer Dezentralisierung von Geld-, Boden- und Realkapital in tragischer Weise auf der Strecke blieben.

Dabei wurde mir deutlich, dass auch in der marxistischen Theorieentwicklung nach dem Band 1 des „Kapitals“ der Kapitalismus als ein mehr vom Finanzkapital als vom Realkapital angetriebenes Wirtschaftssystem analysiert wurde. Schon im Band 3 des „Kapital“ haben Marx & Engels einzelne Aspekte der späteren Geld- und Zinskritik von Gesell vorweggenommen, ebenso wie Rosa Luxemburg in ihrem Werk „Akkumulation des Kapitals“ und Rudolf Hilferding im „Finanzkapital“. Selbst Elmar Altvater betrachtete den modernen Kapitalismus als „finanzgetrieben“.<sup>3</sup> Könnte die Kluft zwischen dem frühen und späten Marx vielleicht größer sein als die Kluft zwischen dem späten Marx & Engels und der Geld- und Bodenrechtsreform?

Des Weiteren möchte ich in dieser Studie zeigen, dass in der von mehreren unkonventionellen Denkern entwickelten Bodenrechts- und Geldreform sehr wohl auch ein Ansatz enthalten ist, die Eigentumsfrage umfassender zu stellen und die Konzentration von Finanz-, Boden- und Realkapital mitsamt der Monopolisierung der Märkte anders zu erklären als Marx & Engels. Daraus lassen sich nach meinem Eindruck Möglichkeiten einer Dezentralisierung des Kapitals, einer Befreiung der Märkte von mono- und oligopolistischen Vermächtungen und letztlich - darauf kommt es entscheidend an - einer Überwindung der Lohnabhängigkeit der menschlichen Arbeit ableiten, die bislang weder von Befürwortern noch von Gegnern der Marktwirtschaft gesehen wurden. Gerade diese Perspektiven veranlassten mich, in der Geschichte der ökonomischen Theorien und sozialen Bewegungen nach weiteren Denkrichtungen Ausschau zu halten, die zum Teil in Anknüpfung an den Frühsozialismus und die Genossenschaftsbewegung des 19. Jahrhunderts ebenfalls Wege zur Dezentralisierung des sowohl im Kapitalismus als auch im Kommunismus konzentrierten Kapitals gesucht haben.

Ein wichtiges Anliegen wurde es für mich außerdem, den Anspruch des Nationalsozialismus und späterer rechtsextremistischer Antikapitalismen zurückzuweisen, eine Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus zu sein. Unerlässlich erschien es mir deshalb, auch die schauerlichen Verirrungen des Nationalsozialismus und seiner Wirtschaftsideologie näher in Augenschein zu nehmen, denn wer wie während der Jahrzehnte des Kalten Krieges nur einen *dritten Weg* jenseits von Kapitalismus und Kommunismus sucht, hat nur eine Hälfte des gesamten Spektrums ökonomischer, sozialer und politischer Ideen im ideengeschichtlichen Rückspiegel und könnte Gefahr laufen, gleichsam im toten Winkel von der anderen unheilvollen Hälfte dieses Spektrums eingeholt zu werden.

Ein sehr bedeutender Ansatz einer Dezentralisierung der Wirtschaft war als frühe Reaktion auf die beiden ‚großen‘ totalitären Herrschaftssysteme des 20. Jahrhunderts der Ordoliberalismus. Allerdings entfernte er sich von seinen konsequent marktwirtschaftlich-antimonopolistischen Ursprungsidealen und geriet im Laufe der 1950er Jahre vollends in kapitalistisches Fahrwasser, was tragischer Weise zu einer erneuten Verfestigung des Irrtums führte, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus zwei Seiten ein und derselben Medaille seien.

---

<sup>3</sup> Elmar Altvater (2009/2010), S. 3.

Weitere Ansätze einer Dezentralisierung lassen sich bei Leopold Kohr, Ernst Friedrich Schumacher und Ivan Illich als den drei von der Ökologiebewegung der 1970er Jahre inspirierten Vordenkern des „Small is beautiful“ finden - ebenso bei einigen partizipativen Mitarbeiterunternehmen mit innerbetrieblicher Demokratie im kapitalistischen Westen und bei der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung im kommunistischen Osten. Ihre jeweiligen Unvollkommenheiten führten jedoch dazu, dass alle diese Dezentralisierungsansätze im Sande verliefen, als der sog. Neoliberalismus um die Mitte der 1970er Jahre zu einem ungeahnten Höhenflug ansetzte und das Tor zu einer Entfesselung der internationalen Finanzmärkte aufstieß, die sich von keiner gesellschafts- bzw. globalisierungskritischen Bewegung aufhalten ließ und die sich nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetimperiums über die ganze Welt ausbreitete.

Weder die verschiedenen gesellschaftskritischen Denkrichtungen innerhalb der Soziologie noch die dem ökonomischen Mainstream entgegengesetzten kritischen Strömungen innerhalb der Ökonomie vermochten es bislang, die Dynamik der ver-selbstständigten internationalen Finanzmärkte und das Wachstum von multinatio-nalen marktbeherrschenden Konzernen aufzuhalten. Da nun aber dieser mehr oder weniger staatlich gesteuerte Monopolkapitalismus nicht mehr wie früher von den Theoretikern des Organisierten Kapitalismus als Durchgangsstadium auf dem Weg zu einer zentralstaatlich geplanten Sozialistischen Produktionsweise betrachtet werden kann, bleibt nur noch die Möglichkeit, in einem Streifzug durch die Ge-schichte der ökonomischen, sozialen und politischen Ideen an jene Denkansätze zu erinnern und sie historisch-kritisch aufzuarbeiten, denen es um eine Dezentralisie- rung der Wirtschaft ging, also an die Denkansätze von Mill und Proudhon, den Bodenrechts- und Geldreformern, den frühen Ordoliberalen und den Vordenkern des „Small is beautiful“.

Diese Rekonstruktion der verschiedenen Dezentralisierungsansätze und der Bau von Verständigungsbrücken zwischen ihnen und der Bodenrechts- und Geldreform wurden im Laufe der Zeit umfangreicher als ich es zunächst beabsichtigt hatte. Mir lag aber sehr daran, die ökonomischen Überlegungen über die Konzentration und Dezentralisierung des Kapitals zumindest ansatzweise auch mit einem gesell-schaftspolitischen Leitbild einer nachkapitalistischen, republikanisch-demokra-tisch verfassten Bürgergesellschaft zu verbinden. So spannte sich ein weiter Bogen auf über folgende Fragen: Warum wurde am Beginn der Moderne die klassische Vision einer nachfeudalistisch-bürgerlichen egalitären Marktgemeinschaft nicht zur Wirklichkeit? Welche Gefahren der Entstehung einer neuen, diesmal kapitalisti-schen sozialen Hierarchie haben die Klassiker nicht gesehen? Auf welche Weise ha- ben Marx & Engels und ihre Nachfolger die kapitalistische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft falsch gedeutet? Wie gelangten sie zu der tragischen Fehleinschät-zung, dass die privatkapitalistische Kapitalkonzentration nicht durch eine Dezen-tralisierung, sondern durch eine noch stärkere Konzentration des Kapitals in den Hän-den eines proletarischen Staates zu überwinden wäre? Und wo sind in der Ideen-

geschichte Ansätze einer Dezentralisierung zu finden, die sich als Bausteine einer egalitären nachkapitalistisch-bürgerlichen Marktgemeinschaft verwenden lassen?

Wegen des großen Umfangs des durchzuarbeitenden Stoffes ließen sich Unvollkommenheiten bei seiner Rezeption nicht vermeiden und ich bitte dafür um Nachsicht. So bin ich trotz der Schlüsselrolle des Geldes in dem hier thematisierten Gesamtkontext nicht tiefer in geldtheoretische Details eingestiegen, weil mir zunächst die Suche nach einer ideengeschichtlich-ordnungspolitischen Grundorientierung wichtiger war. Dabei wären zweifellos auch theoretische Diskussionen über geldpolitische Details notwendig. Sie können aber nach meinen Erfahrungen auch allzu schnell einen eher ‚technischen‘ Charakter annehmen und dann den Kontakt zu den mir wichtigen Grundwerten der gleichen Freiheit aller Menschen und ihres solidarisch-kooperativen Zusammenlebens und -arbeitens verlieren.

Überhaupt betrachte ich anstelle eines punktuellen Intervenierens in die Wirtschaft eine Vorstellung von einer *Ordnung des Ganzen* als das A & O jeglichen Bemühens um eine Neugestaltung der Wirtschaft. Mit Sorge sehe ich deshalb nicht nur die vielen interessengeleiteten punktuellen Interventionen in die Wirtschaft bis hin, um nur ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit zu nennen, zu der kürzlich beschlossenen öffentlichen Förderung der Computerspiele herstellenden Industrie mit 50 Millionen Euro. Auch die mir gewiss sympathischen globalisierungskritischen Bewegungen konzentrieren sich weitgehend darauf, unzählige einzelne Missstände anzuprangern. Verdienstvoll, aber nicht hinreichend ist es aus meiner Sicht, dass sie Kampagnen gegen immer neue Fehlentwicklungen in einzelnen Bereichen der Agrar-, Energie-, Verkehrs-, (Frei-)Handelspolitik (MAI, TTIP, TiSA & Co.) usw. organisieren, dass sie aber noch kaum eine Vision einer zukünftigen gerechten Gesamtordnung von Wirtschaft und Gesellschaft haben.

Da die bestehende ‚Ordnung‘ der kapitalistischen Marktwirtschaften durch und durch monopolistisch vermachtet und verfilzt ist und da eine Steigerung der privatwirtschaftlichen Kapitalkonzentration in den Händen eines proletarischen Staates nicht mehr als Gegenmodell in Frage kommt, bleibt nach meiner Ansicht als Ausweg nur der Versuch zu erkennen, wo sich der kapitalistische ‚Wurm‘ bereits in den marktwirtschaftlichen Vorstellungen der liberalen Klassiker eingenistet hatte. Davor ausgehend und in Anknüpfung an die Frühsozialisten, Mill und Proudhon sowie an die Bodenrechts- und Geldreformer, die frühen Ordoliberalen und die Vordenker des „Small is beautiful“ wären eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ und eine „Demokratie ohne Kapitalismus“ zu konzipieren. Und schließlich wären beide mit neueren Bewegungen der Solidarischen Landwirtschaft, der Gemeingüter, der Wachstumskritik usw. zu verknüpfen. Bei alledem habe ich nichts neu ‚erfunden‘, sondern die vielfältigen Gedankenfunde nur auf eine vielleicht etwas ungewohnte Weise anders zusammengesetzt.

In diesem Gedankenpuzzle fehlen noch viele Teile wie beispielsweise Gedanken zur politischen Theorie und zu den Politikfeldern Bildung, Gesundheit oder Weltbevölkerung. Angesichts der Fülle der durchgearbeiteten historischen und aktuellen Quellen ließen sich auch Unschärfen in mancherlei Details nicht vermeiden. Vieles

blieb unvollkommen, aber ich hoffe und vertraue darauf, dass sich Menschen finden, die Verständnis für das ordnungspolitische Grundanliegen dieser Studie zeigen und dann Detailfragen eigenständig weiter bearbeiten.

Wichtig war es mir, im Zusammenhang mit der sozialen Frage auch die ökologische Frage neu aufzurollen, nachdem unübersehbar geworden ist, dass es sich beim sog. „grünen Wachstum“ um eine ähnliche Halbheit handelt wie beim vormaligen sozialdemokratischen Staatsinterventionismus. Angesichts näher kommender oder bereits überschrittener Grenzen des Wachstums wird es immer schwieriger, die von Kapital und Lohnarbeit allzu lange einvernehmlich verdrängte Verteilungsfrage weiterhin zu ignorieren und hinzunehmen, dass die Folgen dieses ungelösten gesellschaftlichen Grundwiderspruchs weiterhin auf die natürliche Welt abgewälzt werden.

Seit dem Erscheinen des berühmten Buches über die „Grenzen des Wachstums“ (1972) sind nun fast fünf Jahrzehnte verstrichen, ohne dass diese kostbare Zeit für eine über eine wohlklingende Nachhaltigkeitsrhetorik hinausgehende systemische Kurskorrektur genutzt wurde. Dabei hätte es während dieser verlorenen Jahrzehnte bei Kohr, Schumacher, Illlich und anderen mancherlei Anregungen für den Entwurf einer auf Dezentralisierung und stetigen Kreisläufen statt auf Kapitalakkumulation und Wachstum beruhenden Wirtschaftsentwicklung gegeben. Die ganze Fehlentwicklung in die Richtung der Kapitalakkumulation und -konzentration noch einmal gedanklich durchzugehen - nicht zuletzt in Erinnerung an Menschheitskatastrophen wie in Auschwitz und Hiroshima & Nagasaki, an Vietnam- und andere Kriege während der sog. Nachkriegszeit sowie an Umweltkatastrophen wie in Seveso und Bophal, Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima oder im Golf von Mexiko - und Bausteine einer Dezentralisierung aus den verschiedenen Phasen der ökonomischen Entwicklung zusammenzutragen und zu einem auf Menschenrechten, Demokratie und Weltoffenheit beruhenden Gesamtbild zusammenzufügen - das ist es, wozu die vorliegende Studie einige Anregungen geben möchte.

Die Entwicklung eines ideengeschichtlich, ordnungs- und gesellschaftspolitisch fundierten Leitbildes einer republikanisch-demokratisch verfassten Gesellschaft freier und kooperativ miteinander verbundener Bürgerinnen und Bürger, die nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch im Hinblick auf die Entfaltung ihrer Lebenschancen ökonomisch gleich(berechtigt) sind, erscheint mir in den gegenwärtigen Zeiten, in denen sich soziale und ökologische Krisen verschärfen, als im wahrsten Sinne des Wortes notwendig. Nach Jahrzehnten einer Entfesselung kapitalistischer Formen der Globalisierung führen die mit ihrer Krisenhaftigkeit einhergehenden existenziellen Unsicherheiten und Ängste mittlerweile bei vielen Menschen zur Neigung, scheinbare Sicherheit in rechtspopulistischen oder gar fundamentalistischen Ideologien zu suchen. Gemäß zahlreicher Studien wie derjenigen der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte in der Krise“ (2010<sup>4</sup>) verstärkt sich nicht nur in Deutschland

---

<sup>4</sup> Oliver Decker & Marliese Weißmann & Johannes Kiess & Elmar Brähler (2010); auf der Website <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504-20120321.pdf> (Zugriffe: 28.10.2010, 10.5.2013 und 17.8.2016).

angesichts zunehmender Krisen in den letzten Jahren eine Hinwendung von Menschen aus den mittleren und unteren Schichten zu solchen dumpfen Ideologien. Wissenschaften und Zivilgesellschaft stehen also vor der verantwortungsvollen Aufgabe, einen wirksamen Damm gegen diese zunehmende Gefahr von rechts zu bauen. Dazu braucht es allerdings nicht nur mehr Schutzmaßnahmen gegen zunehmende akute Gefahren, sondern auch das Bestreben, diesen Gefahren durch eine gerechte Ordnung von Wirtschaft und Politik den Nährboden zu entziehen.

Die Denkansätze einer Bodenrechts- und Geldreform haben mich seit meiner Zivildienstzeit und meinem Ökonomiestudium an der Universität Oldenburg während ihrer gesellschaftskritischen Gründungsphase in den 1970er Jahren beschäftigt. Dank der „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ behielt ich nach meiner Studienzeit die Möglichkeit, mich im Rahmen meiner von ihr getragenen Tätigkeiten weiterhin intensiv mit diesen unkonventionellen Denkansätzen zu beschäftigen. Durch meine Tätigkeiten als Redakteur der „Zeitschrift für Sozialökonomie“, als Verwalter des „Archivs für Geld- und Bodenreform“ sowie als Mitorganisator der Tagungsreihe „Mündener Gespräche“<sup>5</sup> bin ich sehr vielen interessanten Menschen begegnet, mit denen ich meine Hoffnungen auf mehr Gerechtigkeit und Frieden in der Welt ebenso wie die manchmal schwer auszuhalten Erfahrung teilen konnte, dass diese Denkansätze in den Wissenschaften und in der Zivilgesellschaft ignoriert, belächelt oder gar als exotische Spinnerei abgetan wurden. Meiner Familie bin ich herzlich dankbar dafür, dass sie mein Engagement mitgetragen und manchmal auch ausgehalten hat. Vielen Weggefährten, von denen Roland Geitmann, Margrit Kennedy, Helmut Creutz, Klaus Wulsten und Fritz Andres leider schon verstorben sind, wie auch Menschen mit kritischen Vorbehalten bin ich herzlich dankbar für den zum Teil langjährigen Gedankenaustausch. Besonders verbunden fühle ich mich mit meinem langjährigen Verleger Christoph Gauke sowie mit Alwine Schreiber-Martens und Beate Bockting, Dirk Löhr, Gerhard Senft und zahlreichen weiteren Freunden, die sich hier nicht alle namentlich erwähnen lassen, und nicht zuletzt mit Niko Paech, mit dem ich vom Sommer 2008 bis zum Sommer 2016 an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg eine „Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie“<sup>6</sup> organisieren und danach noch weitere zwei Jahre als Veranstaltungsreihe außerhalb der Universität fortsetzen konnte. So durfte ich viele beeindruckende Menschen aus nächster Nähe miterleben, was mir vielfältige Anregungen gab. Freilich kam mir dabei des Öfteren auch der Gedanke in den Sinn, wie schön es doch wäre, wenn in Ergänzung zu allem Gehörten auch die mir besonders am Herzen liegenden Denkansätze der Bodenrechts- und Geldreform schon etwas weiter in den öffentlichen Diskurs vorgedrungen wären.

Und zu guter Letzt freut es mich zusammen mit meinem Freundeskreis noch ganz besonders, dass diese Jahrzehntelang zu wenig beachteten oder auch einfach nur

---

<sup>5</sup> Vgl. hierzu die Webseiten <https://www.sozialoekonomie-online.de/> - [https://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv\\_Geld- und Bodenreform/archiv\\_geld- und bodenreform.html](https://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld- und Bodenreform/archiv_geld- und bodenreform.html) - <https://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraechen.html>

<sup>6</sup> Vgl. die Website <http://www.postwachstumsoekonomie.de/>

zehnte, in denen die industrielle Massenproduktion im Zuge des technischen Fortschritts vielfach in eine diversifizierte Produktion von kleinen Serien und in die Entstehung von singulären Lebens- und Arbeitsformen übergegangen ist. Jedoch bleibt diese Darstellung von teilweise auch positiven Seiten der neueren Entwicklung von singulären Subjektformen insgesamt im bloßen Beschreiben von Phänomenen stecken, die im Laufe des Übergangs von der früheren Zwei-Klassen-Gesellschaft zur gegenwärtigen Drei-Drittel-Gesellschaft ihre innere Widersprüchlichkeit noch nicht abgelegt haben. Aber nach einer alternativen, in sich homogenen Gesellschaftsformation ohne soziale Ungleichheit und ohne Auf- und Abstiege zwischen oben und unten, in der entfremdete Menschen ohne religiös und ethnisch definierte (Pseudo-)Kollektividentitäten einen inneren Halt finden können, fragte Reckwitz leider noch nicht. Immerhin deutete er mit kurzen Hinweisen auf die Commons-Bewegung an, dass nach den Zeiten des „erschöpften sozialdemokratisch-korporatistischen Paradigmas“ und des „apertistisch-differenziellen Liberalismus“ eine neue Phase eines „regulativen Liberalismus“ folgen müsste, wenn der neue Trend zu mehr Singularität und Individualität nicht nur zu einer Selbstoptimierung auf strukturell verächteten Märkten führen solle.<sup>190</sup> In der Commons-Bewegung sah Reckwitz offenbar einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer neuen „Allgemeinverbindlichkeit“. Darüber hinaus könnte sich eine Entkapitalisierung der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen als ein weiterer notwendiger Schritt zu einer solchen die singularisierte Gesellschaft stärker integrierenden Allgemeinverbindlichkeit erweisen.

## **11.5 Von den „Grenzen des Wachstums“ zum „Wachstum der Grenzen“ und zur ökologischen Modernisierung im „Green Capitalism“**

In der Ökologiebewegung der 1970er Jahre war es vor allem der schweizerische Ökonom Hans Christoph Binswanger (1929-2018), der die Systemkonformität der sich damals gerade in der Ökonomie entwickelnden Umweltökonomie kritisierte und das Dogma des unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums grundsätzlich in Frage stellte. Seine Argumentation wies einige Affinitäten zum frühen Ordoliberalismus auf, auch wenn Binswanger darauf nicht ausdrücklich Bezug nahm. In mancherlei Hinsicht war sie auch verwandt mit der „Small is beautiful“-Bewegung und verlieh deren Grundhaltung deutlich mehr ökonomischen Gehalt, als ihr von Kohr, Schumacher und Illich mit auf den Weg gegeben worden war.

---

<sup>190</sup> Andreas Reckwitz (2017), S. 410 – 411 (regulativer Liberalismus, Commons). Siehe auch Kap. 12.8 in diesem Buch.

### 11.5.1 Hans Christoph Binswangers Unterscheidung zwischen einer nicht wachsenden Versorgungswirtschaft und einer wachsenden Erwerbswirtschaft

Kurz nach dem Erscheinen des Berichts des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ (1972) hielt Binswanger ähnlich wie der US-amerikanische Ökonom Nikolas Georgescu-Roegen der neoklassischen Modellwelt entgegen, dass die moderne kapitalistische Wirtschaft keineswegs nur ein Kreislauf ist, wie sie seit Quesnay's „Tableau Economique“ (1758) geglaubt hatte. Vielmehr nimmt dieser Kreislauf aus seiner natürlichen Umgebung Ressourcen in sich auf und gibt Abfälle an sie ab. Außerdem ist dieser über lange geschichtliche Zeiträume mehr oder weniger stationäre „Kreislauf“ seit dem Übergang vom Mittelalter zur Moderne in eine dynamische Spirale übergegangen. „Dieses Stadium ist charakterisiert durch den sog. Take-off und die darauffolgenden Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung im Sinne der Zinseszinsrechnung. ... Die Erfahrung zeigt, dass diese Niveauerhöhung vom Moment des Take-offs an in langfristiger Betrachtungsweise exponentieller Natur ist. Der Zuwachs ist wie beim Zinseszins proportional zum jeweils erreichten Stand, ohne dass eine hemmende Größe diesen Zuwachs vermindert. Die Ursache für diese exponentielle Entwicklung ergibt sich aus dem Umstand, dass der Zuwachs mitwächst.“<sup>191</sup>

Für besonders problematisch am Wirtschaftswachstum hielt Binswanger den damit verbundenen Verbrauch von natürlichen Ressourcen und die ständig steigende „Produktion“ von Abfällen. „Wenn das Sozialprodukt exponentiell mit einer Wachstumsrate von p% ansteigt, so erhöht sich der Umweltverzehr weit überproportional.“ Und bei einem ungebremst weitergehenden Wirtschaftswachstum muss es früher oder später „zu einem Zusammenprall des ökologischen und des ökonomischen Systems kommen“. Diese Sorge führte Binswanger zu zwei zentralen Fragen: Was hat den Take-off vom Wirtschaftskreislauf zur -spirale angetrieben? Und wie könnte es möglich werden, „den exponentiellen Wachstumstrend der Wirtschaft in ... ein neues ökonomisch-ökologisches Kreislaufsystem einmünden zu lassen?“<sup>192</sup>

Den alles entscheidenden Antrieb des Wirtschaftswachstums erblickte Binswanger nicht wie die Neoklassik im Bevölkerungswachstum oder im technischen Fortschritt, sondern im herkömmlichen Geld, das er keineswegs wie die Neoklassik für ein harmloses Tauschmittel, sondern für den hauptsächlichen „Expansionsmotor“ hielt. „Das Wesen des Geldes ist seine Vermehrung“, wie es schon der antike Philosoph Aristoteles mit seiner Unterscheidung zwischen der „natürlichen“ Versorgungswirtschaft („oikonomiké“) und der „gegen die Natur gerichteten“ Erwerbswirtschaft („kapeliké“, von grch. „kapelikos = der Händler“) treffend

---

<sup>191</sup> Hans Christoph Binswanger (1972), S. 256 - 257 und 261 (vom Kreislauf zur Spirale, Take-off und exponentielle Zuwächse).

<sup>192</sup> Hans Christoph Binswanger (1972), S. 265 (Zusammenprall von Ökonomie und Ökologie).

beschrieben habe. Während das Geld in der Versorgungswirtschaft tatsächlich nur ein dienendes Tauschmittel gewesen sei, sei es in der Erwerbswirtschaft außerdem noch zu einem Mittel geworden, Geld bzw. Geldkapital durch den Zins und Zinseszins zu vermehren. Oberstes Gebot ist es in kapitalistischen Marktwirtschaften, dass Eigen- und Fremdkapital Zinsen trägt. „Der Gewinn muss daher mindestens so groß sein, dass er den Zinseszinsanspruch des Kapitals gewährleistet. ... Der ‚Trick‘ des erwerbswirtschaftlichen, also des kapitalistischen Systems oder - um mit Hegel zu sprechen - die ‚List der Vernunft‘ besteht nun darin, dass sich die Warenproduzenten durch die Aufnahme von Krediten aus dem neu geschöpften Geld gleichzeitig die Nachfrage schaffen, die sie brauchen, um ihre Waren mit Gewinn absetzen zu können.“<sup>193</sup>

Um die kapitalistische Erwerbswirtschaft („kapeliké“) in eine mit der Natur verträgliche Haus- bzw. Versorgungswirtschaft („oikonomiké“) zu transformieren, hielt es Binswanger für notwendig, „den aristotelischen Ansatz in einem neuen Sinne zu verwenden“. Er beließ es zunächst bei dieser vorsichtigen Wegweisung und stellte noch keine Verbindung zu dem von Gesell und Keynes entwickelten Geldreformansatz als Möglichkeit her, den aristotelischen Ansatz in eine neue ökonomisch handhabbare Form zu bringen - möglicherweise um der Gefahr zu entgehen, mit seinen unkonventionellen Gedanken der „Unterwelt“ der Ökonomie (Keynes) zugeordnet zu werden.<sup>194</sup>

### **11.5.2 Ernst Winklers Unterscheidung zwischen der kapitalistischen Wachstumskrankheit und einer „Marktwirtschaft ohne Wachstumszwang“**

Ebenfalls unter dem Eindruck der „Grenzen des Wachstums“ und stärker noch des von Mesarović & Pestel verfassten zweiten Berichts des Club of Rome nahm sich Ernst Winkler als erster aus dem Kreis der Geldreformer der Aufgabe an, das „un gehemmte Wirtschaftswachstum“ und den „Zwang zu beständiger Wirtschaftsexpansion“ in einen Kausalzusammenhang mit der kapitalistischen, auf die Renditemaximierung angelegten Struktur des Geldes zu bringen. Im Gegensatz zur vorherrschenden Wachstumsideologie und dem Glauben an technische Lösungen für Umweltprobleme verwies Winkler darauf, dass jährliche Wachstumsraten von 3 %, die zur Sicherung der Kapitalrentabilität in etwa gleicher Höhe erforderlich seien, zu einer Verdoppelung des Sozialprodukts nach 23 Jahren führen würden.

---

<sup>193</sup> Hans Christoph Binswanger (1972), S. 268 (Geld als Expansionsmotor, Aristoteles‘ Unterscheidung zwischen Versorgungs- und Erwerbswirtschaft), 274 (Bevölkerungsentwicklung und technischer Fortschritt, Geldvermehrung), 276 - 277 (List der Vernunft, Verzinsung von eigenem und fremdem Kapital als Bedingung für Investitionen). - Die Lektüre von geldreformerischen Schriften hatte ursprünglich zu Binswangers Entschluss geführt, Wirtschaftswissenschaften zu studieren. Vgl. hierzu Roland Kley, Wachstum, Geld und Geist - Der Ökonom Hans Christoph Binswanger, St. Gallen 2010, S. 43 - 45.

<sup>194</sup> Hans Christoph Binswanger (1972), S. 278.

Gemäß der Exponentialfunktion würden sie nach 230 Jahren zu einer Vertausendfachung des Sozialprodukts führen und nach 460 Jahren zu einer Steigerung auf das Millionenfache. Unabhängig davon, wie das Sozialprodukt gemessen werde, könne der Konflikt zwischen der Ökonomie und der Ökologie nur früher als später in einer „Weltkatastrophe“ enden. Wie Binswanger betrachtete Winkler nicht das Bevölkerungswachstum oder den technischen Fortschritt als „treibende Kraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems“, sondern die im Geld wurzelnde „konstitutionelle Krankheit des Kapitalismus“: „Die privatkapitalistisch vermachte Wirtschaft wird durch die notwendige Verzinsung des Kapitals unter einen beständigen Wachstumswang von mindestens 3 % gestellt.“ Deshalb könne sie nicht nach einer Phase des „organischen Wachstums“ in ein stabiles stationäres Gleichgewicht übergehen, sondern sie könne nur ungebremst weiterwachsen. Eine „Marktwirtschaft ohne Wachstumswang“ werde erst dann möglich, wenn es im Zuge einer Geld- und Bodenreform zu einer „selbstgesteuerten Sozialisierung des Kapitalertrags“ anstelle einer „staatlich geplanten und bürokratisch durchgeführten Sozialisierung des Kapitaleigentums“ komme und wenn bei gemeinschaftlichem Eigentum am Boden und an den Ressourcen sowie einem durchschnittlichen Zinsniveau von null Prozent eine „Bildung möglichst breit gestreuten Privat-eigentums (an Produktionsmitteln) aus Leistungseinkommen“ einsetze.<sup>195</sup>

Ähnlich wie bei der Entstehung der Neoklassik, zu der Jevons, Menger und Walras um 1870 nahezu zeitgleich und unabhängig voneinander beitrugen, legten Binswanger und Winkler im Anschluss an die „Grenzen des Wachstums“ (1972) ebenfalls nahezu zeitgleich und unabhängig voneinander Grundsteine für eine monetäre Wachstumskritik.

### **11.5.3 Die Rückholung der Natur in die ökonomische Theorie durch Hans Christoph Binswanger**

Der geldreformerische Kerngedanke tauchte auch in Binswangers Aufsatz „Natur und Wirtschaft“ (1979) wieder auf - aber erneut nur sehr vorsichtig mit einem theoriegeschichtlichen Bezug zu John Locke, dem aufgefallen war, „dass das Geld weder ‚abgenutzt wird noch verdirbt‘, also aus dem Werden und Vergehen der Natur herausgelöst wird“. Locke habe schon im 17. Jahrhundert in seiner „Zweiten Abhandlung über die Regierung“ richtig beobachtet, „dass mit dem ‚kleinen Stück gelben Metalls‘ ein Element in die Wirtschaft hineinkommt, das von der Natur und den natürlichen Bedingungen des Wirtschaftens wegführt. Es ist beliebig haltbar und anhäufbar und veranlasst daher den Produzenten, den wirtschaftlichen Ertrag nicht mehr in der stofflichen Produktion zu sehen, sondern in

---

<sup>195</sup> Ernst Winkler (1975b), S. 11 (Weltkatastrophe), 12 (Messung des Sozialprodukts und technischer Umweltschutz) - 13 (Mesarović & Pestel), 17 - 18 (ungehemmtes Wachstum, zwanghafte Expansion, exponentielle Steigerung), 21 - 22 (konstitutionelle Krankheit des Kapitalismus und Wachstumswang) und 26 - 29 (soziales Bodenrecht und Marktwirtschaft ohne Wachstumswang).

der Vermehrung des ursprünglich eingesetzten Geldbetrags, in der Differenz von monetärem Ertrag und monetärem Aufwand, also im Gewinn.“<sup>196</sup>

Auch an dieser Stelle verwies Binswanger noch nicht auf die Möglichkeit einer Beendigung dieser entgrenzten Kapitalisierung von Geld bzw. Geldkapital etwa durch „rostende Banknoten“ (Gesell) bzw. „künstliche Durchhaltekosten des Geldes“ (Keynes), sondern er erweiterte zunächst die Problemanalyse - und zwar in einer Weise, die auch für die Geld- und Bodenreformbewegung wegweisend war, nachdem diese sich längere Zeit hauptsächlich auf die Geldproblematik konzentriert hatte. Binswanger machte nämlich deutlich, dass genau „in dem Moment, wo das Geld ein bestimmender Faktor der Wirtschaft“ wurde, auch ihre „Loslösung von der Natur“ begann. Die Natur wurde zum Objekt des Geldes bzw. des Geldkapitals, das sie gleichsam in sich aufsog, um die eigene Kapitalisierung vorantreiben zu können. „So findet, man muss es geradezu so ausdrücken, ein alchimistischer Transmutationsprozess von Natur in Geld statt“ - ähnlich der parallel ablaufenden Transmutation von menschlicher Arbeit in Geld. In der Theorieentwicklung der Ökonomie hat dieser Prozess seinen Niederschlag gefunden, indem die Ökonomie zusätzlich zur verteilungspolitischen Dimension der Bodenproblematik verdrängte, was der Boden und die Natur neben der menschlichen Arbeit mit ihren Ressourcen zum „Wohlstand der Nationen“ (Adam Smith) beitragen. Zum einen „vergaß“ sie gerade jene Theorien der französischen Physiokraten um Smiths Zeitgenossen Francois Quesnay, die die Natur noch im Blick gehabt hatten. Und zum anderen betrachtete die Ökonomie den Wohlstand in ihrer neoklassischen Produktionsfunktion - was Binswanger kritisierte - nur noch als ein Ergebnis des Einsatzes von menschlicher Arbeit sowie des Realkapitals und des technischen Fortschritts. „Es war, als hätte man dem Boden und damit überhaupt der Natur eine Tarnkappe angezogen, die sie unsichtbar macht. Das Kapital war, zusammen mit dem technischen Fortschritt, an die Stelle der Natur getreten.“ Aufgrund des „Unterschieds zwischen dem Endlichkeits-Charakter der Natur und dem Unendlichkeits-Charakter des Geldes bzw. des (Geld-)Kapitals“ sah Binswanger abermals die große Gefahr einer Kollision von Ökonomie und Ökologie. Und um diese Gefahr abzuwenden, müsse die Ökonomie ihren in der Produktionsfunktion auf das Reale verengten Kapitalbegriff überprüfen, die „dynamische Funktion des Geldes und der Geldrechnung korrigieren“ und den Boden bzw. die gesamte Natur in ihre Produktionsfunktion aufnehmen.<sup>197</sup> Auch ohne direkt an die ideengeschichtlichen Geld- und Bodenrechtsreformansätze anzuknüpfen, gab Binswanger mit diesen Überlegungen dennoch wesentliche Denkanstöße für deren ökologische Weiterentwicklung. Und er bestätigte in ökologischer Hinsicht, was ihre Vorläufer schon in sozialer Hinsicht konstatiert hatten, dass nämlich die

---

<sup>196</sup> Hans Christoph Binswanger (1979), S. 161 - 164 (John Locke über das Geld).

<sup>197</sup> Hans Christoph Binswanger (1979), S. 162 (Kapitalisierungsprozess als Loslösung der Wirtschaft von der Natur), 164 (Transmutation von Natur in Geld), 170 (Kapital anstelle der Natur) - 171 (Endlichkeit der Natur und Unendlichkeit des Geldes). - Zur Rückbesinnung auf die Physiokratie vgl. auch Hans Immler (1985).

Geld- und Boden-/Ressourcenproblematik einschließlich der Reformen ein unteilbares Ganzes bilden.

#### **11.5.4 „NAWU-Report - Wege aus der Wohlstandsfalle“ (1979)**

Auch der „NAWU-Report“ („NAWU stand für „Neue Analysen für Wachstum und Umwelt“), den Binswanger 1979 gemeinsam mit Werner Geissberger und Theo Ginsburg veröffentlichte, stellte nicht explizit, aber dem Inhalt nach eine zeitgemäß aktualisierte Übertragung der ideengeschichtlichen Geld- und Bodenrechtsreformansätze in den neueren sozialen und ökologischen Kontext dar.

Der „Durchbrecherstrategie“, der zufolge weiteres Wirtschaftswachstum erforderlich sei, um die umweltschädlichen Nebenwirkungen des Wachstums beheben zu können, erteilte Binswanger eine klare Absage. „Der technologische Umweltschutz allein löst das Problem nicht; er schiebt es lediglich auf.“ Er sei zugleich eine „Sisyphusarbeit“, weil das „Vabanquespiel der wirtschaftlichen Expansion“ fortwährend neue Umweltschäden einschließlich globaler Klimaveränderungen verursache, hinter denen der technologische Umweltschutz nur herlaufen könne. „Wer für ständig weiteres Wachstum eintritt, kann nicht gleichzeitig behaupten, er wolle die Umweltverschmutzung wirklich konstant halten. Eine bessere Umweltqualität kann nicht dadurch erreicht werden, dass immer mehr produziert und dann der Abfall bzw. die Schäden mit immer höheren Kosten ‚beseitigt‘ werden, sondern nur dadurch, dass von heute an immer weniger Abfälle und Umweltschäden verursacht werden.“ Gleichwohl lehnten die Autoren des „NAWU-Reports“ den technologischen Umweltschutz aber nicht völlig ab, sondern betrachteten ihn zusammen mit einer Entkopplung von Wachstum und Ressourcen-/Energieverbrauch als vorübergehende Möglichkeit, für den Übergang vom *quantitativen* Wachstum über ein *qualitatives* Wachstum zu einer zukünftigen nicht mehr wachsenden „Langzeitökonomie“ Zeit zu gewinnen.<sup>198</sup> In diesem Zusammenhang erneuerten Binswanger & Geissberger & Ginsburg auch die bereits von Leopold Kohr geäußerten Zweifel an der Eignung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Maßstab für Wohlstand und Lebensqualität und machten Vorschläge, wie die wirtschaftliche Buchhaltung von Unternehmen um eine „ökologische Buchhaltung“ ergänzt werden könnte. „Grundsätzlich wäre es erstrebenswert, alle Unternehmen und Haushalte der Buchführungspflicht zu unterstellen, um auf diese Weise die gesamte Umweltbelastung zu erfassen.“ Hieraus ergaben sich auch erste Überlegungen, Obergrenzen für die von einzelnen Unternehmen ausgehenden Umwelt-

---

<sup>198</sup> Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 19 (Durchbrecherstrategie), 46 (Vabanquespiel der wirtschaftlichen Expansion, Umweltschutztechnologien), 68 (technologischer Umweltschutz als Sisyphusarbeit), 73 - 75 (Weltklima), 109 (Reduktion von Wachstum und Umweltschäden), 118 - 119 (technologischer Umweltschutz), 123 (Zeitgewinn, Entkopplung) und 124 (Langzeitökonomie). Zum technologischen Umweltschutz vgl. auch S. 154 und 214 (Zeitgewinn).

belastungen festzulegen und einen Handel mit „Umweltbelastungs-Zertifikaten“ einzurichten.<sup>199</sup>

Angesichts der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Grenzen des Wachstums standen jedoch sowohl die kapitalistische Marktwirtschaft des Westens als auch die staatssozialistische Zentralverwaltungswirtschaft des Ostens vor dem fundamentalen Dilemma, entweder weiterhin das Risiko einer Kollision mit der Endlichkeit der Erde in Kauf zu nehmen oder über ökologische Modifikationen des Kapitalismus hinauszugehen und „wesentliche Veränderungen der heutigen strukturellen Gegebenheiten“ anzustreben, um den Übergang in eine „Gleichgewichtsgesellschaft“ bewältigen zu können. Außer auf Aristoteles griffen die Autoren des „NAWU-Reports“ auch auf Platons „Utopie einer natürlichen Ordnung“ und einer „Ökonomie des Maßes“ zurück und hoben besonders drei Bereiche der Wirtschaft hervor, deren Strukturen einer grundlegenden Änderung bedürften, um einer „Null-Wachstums-Ordnung“<sup>200</sup> mit einem nicht mehr zwangsläufig spiralförmig wachsenden Wirtschaftskreislauf den Weg zu bereiten:

- An oberster Stelle stand für sie eine allerdings nicht näher erläuterte Änderung des bislang auf seine grenzenlose Vermehrung eingestellten Geldes, um einen Übergang von der kapitalistischen Erwerbs- zu einer nachkapitalistischen Versorgungswirtschaft zu ermöglichen. Es gelte, „den Geldschleier zu zerreißen und die Meinung zu widerlegen, Geld sei bloß bequemes Tauschmittel“. Damit solle die „Kapitalisierung des Geldes“ unmöglich gemacht werden.<sup>201</sup>
- Des Weiteren gingen die Überlegungen im „NAWU-Report“ tendenziell in die Richtung eines „Verzichts auf industrielle Großproduktion“ und einer „sehr hohen Dezentralisation“ einschließlich einer „Formierung kleiner örtlicher Gemeinschaften, die sich auf allen möglichen Lebensgebieten selbst versorgen. ... Die Strategie soll durch eine neue Eigentumspolitik unterstützt werden, die sich der Konzentration in der Wirtschaft und der Ausbeutung der Erde und der Umweltgüter entgegenstellt.“ Mehr noch als Schumachers „Small is beautiful“ und Illichs „Selbstbegrenzung“ flossen Vorstellungen des schweizerischen Architekten Hans Rusterholz von kleinen Netzen mit „Wahlverwandtschaftsfamilien“ und „kommunikativem Wohnungsbau“ in diese Strategie ein, die im „NAWU-Report“ auch in ökonomischer Hinsicht konkreter beschrieben wurde als von Kohr, Schumacher und Illich. Und zwar kritisierten Binswanger & Geissberger & Ginsburg die Kon-

---

<sup>199</sup> Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 100 - 104 (BIP als zweifelhafter Maßstab) und 165 - 185 (ökologische Buchhaltung), hier: S. 167 (allgemeine Buchführungspflicht) und 173 (Umweltbelastungs-Zertifikate). Möglicherweise ließen sich die Autoren des „NAWU-Reports“ bei ihrem Vorschlag einer ökologischen Buchführung von Karl William Kapp „Die volkswirtschaftlichen Kosten der Privatwirtschaft“, Tübingen 1958, anregen.

<sup>200</sup> Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 86 - 99 (wirtschaftliche, soziale und politische Grenzen des Wachstums), 110 - 113 (Dilemma von Kapitalismus und Staatssozialismus, Gleichgewichtsgesellschaft) sowie 121, 216 - 218 (Platon), 219 - 221 (Null-Wachstums-Ordnung, Platon).

<sup>201</sup> Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 27 - 28 (Geldschleier), 120 und 220 (Kapitalisierung des Geldes).

zentration von Kapital in großen Aktiengesellschaften als konstituierenden Bestandteil der Wachstumswirtschaft. „Die ‚Seele‘ der Kapitalgesellschaft (es handelt sich in erster Linie um die Aktiengesellschaft) ist das Kapital, das heißt jenes Geld, das auf Gewinn angelegt wird. ... Das Wesen der Kapitalgesellschaft ist die beschränkte Haftung, indem für die Schulden nur das Kapital, nicht jedoch das übrige Vermögen der Kapitalgeber haftet. Die Geschäftstüchtigkeit ist somit nicht auf natürliche Personen hin orientiert, sondern auf den Kapitalgesichtspunkt ausgerichtet, das heißt auf Expansion.“ Ohne die Konzentration von Kapital in großen Aktiengesellschaften - die im Übrigen nicht der liberalen Wettbewerbsordnung entstammte, sondern dem risikoreichen kolonialen Fernhandel - hätte das sich selbst beschleunigende Wirtschaftswachstum nicht zustande kommen können. „Im Sinne einer Durchbrechung des Wachstumszwangs sollte daher auch im Gesellschaftsrecht eine teilweise Repersonalisierung der Wirtschaft angestrebt werden. ... Die Diskussion, die Anfang und Mitte des 19. Jahrhunderts um die Kapitalgesellschaft geführt wurde, muss daher ... in genossenschaftlichem und liberalem Sinn ... wieder neu aufgenommen werden.“ Und sie hätte auch die konstituierenden Prinzipien aufzugreifen, die Walter Eucken als Voraussetzungen für das Funktionieren einer monopolfreien Wettbewerbsordnung formuliert hatte.<sup>202</sup>

- Im Hinblick auf das Privateigentum am Boden stellten sich Binswanger & Geissberger & Ginsburg eine Regelung vor, die das Eigentum „auf die Nutzung des Bodens und die Aneignung der Bodenfrüchte beschränkt“, die „hingegen die Veräußerung und die Belehnung des Bodens ausschließt. ... Auch ist im Eigentumsrecht eine Bewirtschaftungspflicht enthalten, indem der Boden ideell als Gemeingut des ganzen Staates betrachtet wird.“ Der Boden und die gesamte Umwelt sollen als ein „gemeinschaftliches Gut“ behandelt werden, d.h. sie sollen keine käuflichen Handelswaren, Kapitalgüter und Spekulationsobjekte mehr sein, sondern nur noch gegen ein der Allgemeinheit zufließendes Entgelt privat genutzt werden können. Ähnlich dem (Erb-)Baurecht und der Erbpacht würde das neue Eigentumsrecht „nur eine beschränkte Nutzung (gestatten), welche allenfalls mit einer Nutzungsrente belegt wird.“ Auch in den schweizerischen Allmend- und Alpkorporationen gebe es Vorbilder für ein neues Boden- und Ressourcenrecht, das alle natürlichen Lebensgrundlagen einschließlich der „bisher herrenlosen Güter wie Luft, Wasserqualität, Landschafts- und Stadtbild“ zu einem treuhändisch zu verwaltenden „gemeinschaftlichen Erbgut“ aller Menschen macht, „das

---

<sup>202</sup> Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 120 - 121 (Verzicht auf Massenproduktion, Dezentralisierung), 125 (neue Eigentumspolitik). Vgl. auch S. 32 (Konzentration), 215 („Das kleine Netz“ von Hans Rusterholz), 227 (Schumacher und Illich), 229 - 241 (kleine Netze) und 273 - 278 (Repersonalisierung der Wirtschaft). - Walter Eucken hatte ausdrücklich von einer „Entpersönlichung der modernen Wirtschaft und Gesellschaft“ gesprochen und diese darauf zurückgeführt, dass in der „Ära zunehmender Haftungsbeschränkung“ eine „Schicht von Funktionären, die kein Risiko tragen“, an die Stelle von Verantwortung tragenden Unternehmern tritt. Vgl. hierzu Walter Eucken 1950/1953, S. 20 - 22.

wir von unseren Vorfahren erhalten haben und unseren Enkeln möglichst gleichwertig weitergeben sollen.“<sup>203</sup>

Besonders im Hinblick auf die Entwicklung von Bauernhöfen zu Agrarfabriken im industrialisierten Norden und auf die Sicherung der Ernährung im sog. unterentwickelten Süden wandten sich Binswanger & Geissberger & Ginsburg gegen die fortschrittsgläubige „Grüne Revolution“ und sprachen sich für eine weniger ressourcen- und energieintensive biologische Landwirtschaft aus, die sich in natürliche und wirtschaftliche Kreisläufe einfügt. Und zumindest in ersten Umrissen skizzierten sie auch einen Wandel der Sozialpolitik. In dem auf Bismarcks Sozialgesetze zurückgehenden Sozial- und Wohlfahrtsstaat sahen sie ein Anhängsel des Monopolkapitalismus, das zu einer „Entmündigung der Betreuten und ihrer Abhängigkeit von einem immer kostspieligeren und ineffizienten ‚Sozialapparat‘“ führe. Damit schlossen sie sich aber nicht den neoliberalen Befürwortern eines ‚schlanken‘ Staates und eines Sozialabbaus an. „Der Abbau staatlicher Leistungen bedeutet nicht notwendigerweise eine soziale Demontage. ... Diese Aufgaben können vielmehr anders erfüllt werden.“ In einer Wirtschaft, in der das Geld und die Kommerzialisierung zurückgedrängt werden und in der Einkommen und Vermögen gleichmäßiger verteilt werden, könnten die Menschen sich stärker in eigener Verantwortung und in gegenseitiger Hilfe um Kinder, Behinderte, Kranke und Alte kümmern. „Herkömmliche staatliche Dienstleistungen ... paralysieren die gemeinschaftliche Hilfe“, weshalb ein „Mischsystem“ von mehr unentgeltlichen gegenseitigen Hilfen und weniger staatlich bezahlten Dienstleistungen anzustreben wäre.<sup>204</sup> Allerdings hätten Binswanger & Geissberger & Ginsberg deutlicher hervorgehoben können, dass soziale Leistungen nicht als solche ‚zu teuer‘ sind, sondern dass das Geld für sie knapper wird oder gar ganz fehlt, weil es von renditeträchtigeren Bereichen der Wirtschaft absorbiert wird.

### 11.5.5 „Arbeit ohne Umweltzerstörung“ (1983)

In dem von Binswanger gemeinsam mit Hans Georg Nutzinger, Gerhard Scherhorn und anderen Ökonomen verfassten Buch „Arbeit ohne Umweltzerstörung“ wurden die Grenzen der Finanzierbarkeit des Sozialstaats ebenfalls nicht deutlich genug im Zusammenhang mit den drastisch zunehmenden Verteilungsungleichheiten analysiert. Aber es veranschaulichte, dass sowohl die menschliche Arbeit als auch die Natur in die Defensive geraten, wenn wirtschaftliches Wachs-

---

<sup>203</sup> Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 219 (privates Bodeneigentum im Sinne eines privaten Nutzungsrechts) und 261 - 267 (Nutzungserlöse, Allmend- und Alpkorporationen). Vgl. außerdem S. 177 (optimale Raumstrukturen) und 182 (Siedlungsökonomik). - Zu Binswangers Vorstellungen von einem reformierten Bodeneigentum vgl. auch seine Studie „Eigentum und Eigentumspolitik - Ein Beitrag zur Totalrevision der Schweizerischen Bundesverfassung“; ders. (1978).

<sup>204</sup> Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 243 (keine soziale Demontage) und 246 (gemeinschaftliche Hilfe) und 279 - 297 (Landwirtschaft).

tum trotz des Wachstumsdrangs, dem die Wirtschaft unterliegt, aufgrund von Sättigungserscheinungen und Krisenentwicklungen zurückgeht und sich die Verteilungskämpfe mit dem Kapital verschärfen. Es sei jedoch ein verfehltes Politikziel, die Wachstumsraten wieder anheben zu wollen, weil die dafür erforderlichen Ressourcen- und Energievorräte der Erde begrenzt seien. Zudem müssten fossile durch regenerative Energiequellen ersetzt und der Ausnutzungsgrad der Ressourcen- und Energievorräte deutlich gesteigert werden.<sup>205</sup>

Statt wie Binswanger in seinen Frühschriften einen Weg von der ständig wachsenden kapitalistischen Erwerbswirtschaft („kapeliké“) zu einer nicht mehr wachsenden nachkapitalistischen Versorgungswirtschaft („oikonomiké“) zu suchen, ging es ihm, Nutzinger und Scherhorn in „Arbeit ohne Umweltzerstörung“ vorerst um das realpolitisch-pragmatische Ziel, die Probleme der Arbeitslosigkeit und der Umweltverschmutzung im Rahmen eines qualitativen statt quantitativen Wachstums der Wirtschaft zu überwinden.

Die „Schrankenlosigkeit in der Geld- und Kapitalakkumulation“ nahmen Binswanger & Nutzinger & Scherhorn zwar noch einmal kurz als treibende Kraft des Wirtschaftswachstums in den Blick und erinnerten daran, dass Gesell den „Zeitvorteil“ des jederzeit und überall liquiden sowie hortbaren Geldes als tiefere Ursache der Akkumulationsdynamik und von wirtschaftlichen Krisen ausgemacht hatte. Aber sie gingen dem nicht weiter nach und unterließen auch jeglichen Versuch, die aus der neoklassischen Ökonomie verdrängten Produktionsfaktoren Boden und Ressourcen im Sinne der Geld- und Bodenrechtsreformansätze in die Ökonomie zurückzuholen. „Eine radikale Alternative zu einem höheren Zinsniveau in den nächsten Jahrzehnten ist theoretisch sehr wohl denkbar, aber praktisch nicht realisierbar“ - auch weil eine zentrale Voraussetzung dafür nicht gegeben sei. „Sie bestünde in einer Überführung der Gesamtheit der freien Ressourcen und des Natur-Kapitals in öffentliche Güter, die vom Staat verwaltet und an die Bearbeiter dieser Ressourcen verpachtet würden, also in einer Ent-Kapitalisierung der Natur. Das Vorbild einer solchen Lösung wäre eine Einführung des ‚Freilands‘ im Sinne der Lehren von Silvio Gesell. Gesell ist ... ein ökonomischer Outsider, der jedoch von Keynes in gewissem Sinne als ein Vorläufer anerkannt wurde. ... Es zeigt sich, dass man nie die reale Seite der Wirtschaft - d.h. die Beanspruchung des Bodens bzw. der Ressourcen - aus dem Auge verlieren darf, selbst wenn man den monetären Faktoren die primäre Bedeutung beimisst. Das hat Gesell deutlicher erkannt als Keynes.“<sup>206</sup>

Umso mehr überraschen zwei Einwände, die Binswanger & Nutzinger & Scherhorn gegen Gesell erhoben, um damit der Aufgabe auszuweichen, die ideengeschichtlichen Ansätze einer Reform des Boden- und Ressourcenrechts zu einem

---

<sup>205</sup> Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 31 (Grenzen der Finanzierbarkeit des Sozialstaats) und 61 (Energiepolitik). Effizienzsteigerungen wurden einige Jahre später besonders von Ernst Ulrich von Weizsäcker unter dem Stichwort „Faktor Vier“ propagiert.

<sup>206</sup> Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 99 (Schrankenlose Akkumulation) und 246 - 248 (Freigeld, Freiland, Gesell und Keynes).

Instrument der Entkapitalisierung der natürlichen Lebensgrundlagen weiter zu entwickeln. Zum einen habe „Gesell ... (noch) nicht gesehen ... , dass die natürliche Grundlage des Wirtschaftens nicht nur der Boden ist, sondern sämtliche natürliche Ressourcen, also auch die Energie- und Rohstoffvorräte, die *im Boden liegen*.“ Das haben sowohl Henry George als auch Silvio Gesell sehr wohl schon vor mehr als einhundert Jahren deutlich erkannt, allerdings es ihren Nachfolgern als Aufgabe überlassen, nach dem Boden auch noch die Ressourcen zu entkapitalisieren. „Also müssten auch diese Vorräte allmählich in die öffentliche Hand überführt werden“, wie Binswanger & Nutzinger & Scherhorn richtig erkannten. Jedoch wandten sie fragend ein: „Wer ist aber diese öffentliche Hand? Das könnte nur ein Weltstaat sein, weil die Energie und die Rohstoffe auf alle Länder zu verteilen sind. Die nationalen Staaten treten als Eigentümer solcher Ressourcenvorräte nicht anders auf als die privaten Unternehmer. Weil jedoch kein Weltstaat existiert, kann auf diesem direkten Wege keine ‚Entkapitalisierung der Natur‘ zustande kommen. Wir müssen vielmehr zur Kenntnis nehmen, dass heute die Bildung von ‚Natur-Kapital‘ im Gegenteil der entscheidende Faktor ist, der uns allmählich zu sparsamem Umgang mit der Natur zwingt.“<sup>207</sup> Unabhängig von dem ohne jeden Zweifel notwendigen sparsamen Umgang mit der Natur und der menschlichen Arbeit ist es jedoch ebenfalls von Bedeutung, ob die Natur und der Mensch dabei als verwertbares Natur- und Humankapital behandelt werden oder ob ihr Eigenwert respektiert wird.

Obwohl Binswanger & Nutzinger & Scherhorn Mängel der neoklassischen Ökonomie darin sahen, dass ihr

- a) „eine der lebendigen Natur nicht adäquate Auffassung der Technik“,
- b) „eine apologetische Behandlung des Verteilungsproblems“ und
- c) „eine Missachtung der ökonomischen und gesellschaftlichen Determinanten des Konsumverhaltens“

zu eigen sei, blieben sie bei der Ansicht, dass „wir nach einer Reform und Bändigung des westlichen Systems, nicht nach seiner Abschaffung suchen ... müssen“ - auch weil die sozialen und ökologischen Missstände in „östlichen Planwirtschaften“ noch größer waren. Statt die kapitalistische Marktwirtschaft zugunsten einer zentralistischen Planwirtschaft abzuschaffen, hätte sie auch in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft transformiert werden können. Aber um sich nicht dem Vorwurf des Utopischen auszusetzen, entschieden sich Binswanger & Nutzinger & Scherhorn für eine realpolitische „Bändigung des westlichen Systems. ... So wie seit der großen Krise der 1920er Jahre die Arbeitslosigkeit erkannt worden ist, suchen wir heute nach einer Bewältigung der Umweltprobleme. Aus der neoklassischen Theorie ergeben sich dazu trotz ihrer Mängel gewisse Ansätze.“ Damit meinten Binswanger & Nutzinger & Scherhorn insbesondere den Ansatz der sog. Internalisierung von negativen externen Effekten, den der Ökonom Karl William

---

<sup>207</sup> Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 248 (Weltstaat).

Kapp (1910-1976) bereits seit Ende der 1950er Jahre entwickelt hatte, ohne dass er dabei die von ihm beklagten „volkswirtschaftlichen Kosten der Privatwirtschaft“, also die sozialen und ökologischen Nebenwirkungen der kapitalistischen Marktwirtschaft, als Folge einer strukturellen Dysfunktionalität des Geldes gedeutet hätte. Diesem Ansatz zufolge sollten Unternehmen die von ihnen bislang nicht selbst finanziell getragenen Nebenwirkungen ihrer Produktion auf die Umwelt - die sog. „externen Effekte“ - fortan selbst tragen. Und zwar sollte die Nutzung von Umweltgütern zumindest teilweise mit Preisen belegt werden. D.h. in die in sich widersprüchlichen, aus leistungsbezogenen und leistungs fremden Faktoren bestehenden Kosten- und Preiskalkulationen sollten zusätzliche ökologische Preisbestandteile einfließen, ohne dass zugleich die mit den Kapitalzinsen und Boden-/Ressourcenrenten verbundenen fundamentalen Verteilungsgerechtigkeiten bereinigt werden. „Auf eine kurze Formel gebracht, sollen negative Externalitäten - soweit möglich - nicht so sehr durch die Freiheit einengende Gebote und Verbote verhindert als durch Kompensationszahlungen eingedämmt oder ausgeglichen werden. ... Beispiele sind Abgaben für die Verschmutzung von Abwasser durch chemische Fabriken oder der Luft durch Benzinmotoren.“<sup>208</sup>

Binswanger & Nutzinger & Scherhorn waren sich dessen bewusst, dass „man mit dem Kompensationsprinzip ... in der Logik der neoklassischen Argumentation ... verbleibt“ und mit Zahlungen zur Kompensation von Umweltschäden im Dickicht der ungerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen stecken bleibt. Dennoch nahmen sie in den frühen 1980er Jahren von der weiter gehenden Forderung Abstand, die sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zu entkapitalisieren. Sie begnügten sich damit, innerhalb der kapitalistischen Strukturen möglichst sparsam mit dem „Naturkapital“ umzugehen, systemimmanente „Übergänge zu einem qualitativen Wachstum und zur Lösung der Beschäftigungsfrage“ zu entwickeln und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßstab für qualitatives Wachstum neu zu definieren, ohne die der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugrundeliegende fundamental falsche Aufteilung in Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie Einkommen aus unselbstständigen Tätigkeiten zu korrigieren. In sozialer Hinsicht sollten zu dieser Strategie eines qualitativen Wachstums eine andere Verteilung der Arbeit und eine Verkürzung der Arbeitszeit

---

<sup>208</sup> Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 100 - 102 (Defizite und Potenziale der Neoklassik, negative externe Effekte und Kompensationszahlungen) und 107 - 111 (Marx und die zentralistische Planwirtschaft). - Karl William Kapp (1958). Die englische Erstausgabe von Kapps Hauptwerk erschien unter dem Titel „The Social Costs of Private Enterprise“ und die deutsche Ausgabe erschien 1979 nochmals und dann unter dem Titel „Die sozialen Kosten der Marktwirtschaft“, obwohl ihre ökologischen Kosten gemeint waren. Kapps letzter Assistent Rolf Steppacher bestätigte den Eindruck des Verfassers mündlich (in einem Gespräch am Rande einer Tagung der „Vereinigung für Ökologische Ökonomie“ am 14.10.2016 auf dem Umwelt-Campus Trier-Birkenfeld), dass sich Kapp nicht kritisch mit dem Geldwesen auseinandergesetzt haben dürfte. Desgleichen schrieb der Kapp-Forscher Sebastian Berger dem Verfasser in einer Mail vom 2.6.2017: „Ich habe viel zu Kapp geforscht, auch im Archiv. Dabei ist mir zum Thema Geld bzw. Bankwesen nichts aufgefallen.“ (Ein Ausdruck dieser Mail befindet sich im „Archiv für Geld- und Bodenreform“).

hinzukommen. Und in ökologischer Hinsicht forderten Binswanger & Nutzinger & Scherhorn technische Strategien zur „Entkopplung“ von Produktion und Ressourcen-/Energieverbrauch, damit das Sozialprodukt mit weniger Ressourcen und Energie hergestellt werden könne, sowie eine erweiterte Betriebsverfassung, die neben der Sozialbindung des Privateigentums an hochgradig konzentriertem Realkapital auch seine „Naturbindung“ rechtlich verankert. Obgleich sich das Kapital zu jener Zeit der neoliberalen Entfesselung der Finanzmärkte ein deutliches Übergewicht gegenüber der Lohnarbeit verschaffte, hofften Binswanger & Nutzinger & Scherhorn noch, dass sich die sog. Sozialpartnerschaft zwischen dem Kapital und der an betrieblichen Entscheidungen beteiligten Lohnarbeit durch eine Partnerschaft von Kapital und Lohnarbeit mit dem „dritten Faktor“ Natur ergänzen lassen könnte. „Die Interessen der ... „natürlichen Umwelt“ könnten durch fachkundige, von den betroffenen Gemeinden und Landkreisen gewählte und kontrollierte Vertreter in den Aufsichtsräten wahrgenommen werden.“ Allerdings sahen Binswanger & Nutzinger & Scherhorn auch, dass sich innerhalb der kapitalistischen Hierarchie von Kapital einerseits und Lohnarbeit/Natur andererseits auch Interessengegensätze zwischen der abhängigen Lohnarbeit und der ebenfalls untergeordneten Natur einstellten. Gleichwohl hielten sie es in den Anfängen der Entfesselung der Finanzmärkte noch für möglich, dass sich die Lohnarbeitsplätze im Einvernehmen des Kapitals mit den Gewerkschaften und Naturvertretern sowohl humanisieren als auch ökologisieren lassen.<sup>209</sup>

Wie frühere Versuche einer sozialen und demokratischen Zähmung der kapitalistischen Marktwirtschaft erschienen auch die Versuche ihrer ökologischen Zähmung realpolitisch aussichtsreicher als der Versuch einer Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Und dennoch führten auch sie in ausweglose Widersprüche. Wie weit solche vermeintlich leichter erreichbaren zweitbesten Lösungen von einer unumgänglichen erstbesten Lösung in Gestalt einer Entkapitalisierung der sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen entfernt bleiben, zeigten schließlich die von Binswanger & Nutzinger & Scherhorn vorgeschlagenen „Energieabgaben als Beitrag zur Rentenfinanzierung“.<sup>210</sup> Auch ohne die falsche funktionale Zuordnung von Umweltschutz und Altersvorsorge führte die hiervon angelegte ökologische Steuerreform mit einer steuerlichen Belastung des Verbrauchs von fossilen Energien nicht nur wegen der Ausnahmeregelungen für die Großindustrie und den Flugverkehr zu Widersprüchen wie demjenigen, dass die Steuereinnahmen sinken, wenn die angestrebte Senkung des Verbrauchs eintritt. Außerdem wird die Belastung durch Ökosteuern ungleichmäßig verteilt.

---

<sup>209</sup> Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 102 (Logik der Neoklassik), 117 und 119 (Veränderung des Wirtschaftsstils statt des Wirtschaftssystems) sowie 256 - 267 (Entkopplung), 279 - 292 (Umverteilung von Arbeit und kürze Arbeitszeit), 315 und 317 (Ökologie der Arbeit), 327 (Umweltbeauftragte der Gemeinden und Landkreise, Inkongruenz der Interessen von Lohnarbeit und Natur) und 328 (Naturbindung des privaten Kapitaleigentums).

<sup>210</sup> Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 268 - 275 (Energieabgaben als Beitrag zur Rentenfinanzierung).

Unterdessen zeigte sich durch den fortschreitenden Verbrauch begrenzter iridischer Ressourcen und durch die Erderwärmung, dass sämtliche Ressourcen und erst recht das Weltklima eben doch Menschheitsgüter sind, die entkapitalisiert und von einer Institution wie den Vereinten Nationen verwaltet werden müssen, wenn alle Menschen - nicht alle Staaten! - zu gleichen Teilhabern an den Naturgütern werden und ohne kriegerische Konflikte um die natürlichen Lebensgrundlagen weiter leben wollen.

### **11.5.6 Von der Entkapitalisierung des Geldes und der Natur zu Simmels „Philosophie des Geldes“ und zur Problematisierung der Geldschöpfung der Geschäftsbanken**

Jedoch trat das Ziel einer Entkapitalisierung des Geldes und der Natur in Binswangers weiteren Veröffentlichungen - aus denen seine ökonomische Deutung von Goethes „Faust II“ besonders hervorragte - hinter die Strategie des qualitativen Wachstums zurück. Immerhin blieb es in seinem Buch „Geld & Natur“ (1991) andeutungsweise präsent. Wenn sich nämlich herausstellen sollte, dass das qualitative Wachstum nicht „den Naturverbrauch auf das erforderliche Niveau zu senken“ vermag, dann „muss das Geld- und Finanzsystem auf die ihm innewohnende Dynamik grundsätzlich überprüft werden. Diese Überprüfung drängt sich wegen der zunehmenden Labilität des Finanzsystems früher oder später ohnehin auf.“<sup>211</sup>

In der von Binswanger gemeinsam mit Paschen von Flotow herausgegebenen Aufsatzsammlung „Geld & Wachstum“ (1994) erfolgte zunächst eine Hinwendung zur „Philosophie des Geldes“ von Georg Simmel. Sie war zwar stellenweise von der Neoklassik abgewichen, ihr aber alles in allem näher geblieben als die Geld- und Bodenrechtsreform. Außerdem hatten sich auch keine praktischen Konsequenzen in die Richtung von Reformen aus der „Philosophie des Geldes“ ergeben. Dennoch betrachteten Binswanger & Flotow Simmels Werk nunmehr als Fundament für das Verständnis der Schlüsselrolle des Geldes als Mittel des Tausches und der sozialen Interaktion in Wirtschaft und Gesellschaft. „Simmel versteht das Geld als Träger und Symbol einer ‚Weltformel‘, die der Geschichte ihren Sinn und ihre Richtung gibt.“ Was Simmel im Zusammenhang mit dem Geld als Kapital über das damit verbundene „Superadditum“ geäußert hatte, spielte in ihren Ausführungen über das Geld als Antriebskraft des wirtschaftlichen Wachstums freilich keine Rolle mehr und es war auch klar, dass „die Philosophie des Geldes ... uns keine Hinweise für den zukünftigen Weg ... gibt.“<sup>212</sup>

---

<sup>211</sup> Hans Christoph Binswanger (1985) und ders. (1991), S. 108 - 109 (grundsätzliche Überprüfung des Geldsystems).

<sup>212</sup> Hans Christoph Binswanger & Paschen von Flotow (1994), S. 8, 32 - 60 (Simmel) und 58 - 60 (Geld und Wachstum).

Statt die Geld- und Bodenrechtsreformansätze wie in seinen frühen Werken zumindest ansatzweise weiter zu modernisieren, verlegte sich Binswanger in seinem eigenen Beitrag zu „Geld & Wachstum“ mehr und mehr auf die Analyse der Mechanismen der Giralgeldschöpfung von Geschäftsbanken, in der die beiden US-amerikanischen Neoklassiker Henry Simons und Irving Fisher bereits in den 1930er Jahren die zentrale Ursache der Weltwirtschaftskrise gesehen hatten. Deren Vorschlag eines sog. „100%-Money“ als Methode zur Unterbindung einer Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken und zur Stärkung der Zentralbanken als einzigen zur Geldemission berechtigten Institutionen hatte sich zwischenzeitlich auch Walter Eucken im Zusammenhang mit seinem ordoliberalen „Primat der Währungspolitik“ zu eigen gemacht.<sup>213</sup> Nunmehr baute Binswanger die Überlegungen von Simons und Fisher aus. Das Geld blieb für ihn „der alles dominierende Faktor der modernen Wirtschaft“. Aber im Mittelpunkt der Analyse stand nicht mehr der anfangs noch problematisierte „Unendlichkeits-Charakter des Geldes bzw. des [Geld-]Kapitals“, sondern nur noch die Art, wie das real existierende Geld über die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken in die Welt kommt - und zwar nicht nur als Quelle wirtschaftlicher Krisenentwicklungen, sondern auch als Antriebskraft des wirtschaftlichen Wachstums. Mit selbst, d.h. unabhängig von den Zentralbanken geschöpftem Geld schaffen die Geschäftsbanken finanzielle Spielräume für Unternehmen, Kredite für Investitionszwecke aufzunehmen. Und aus ihren Gewinnen könnten die Unternehmen dann die Zinsen für ihr eigenes und fremdes Kapital bezahlen. „Am Anfang und am Schluss steht das Geld. Auch der Gewinn ist Geld! Nur die Geldseite jeder Transaktion ... interessiert. Natur - hier: das Material - erscheint wie die Arbeit und wie die mit Hilfe von Material und Arbeit hergestellten Waren bloß als Durchgangsstadium des Geldstroms. ... In einer dynamischen Wirtschaft ... verändern ... sich die Produktionsbedingungen durch Investitionen ... mit Hilfe von Krediten, die durch Geldschöpfung ermöglicht werden.“ So können die Unternehmen Binswanger zufolge durch die Aufnahme von in Geschäftsbanken geschöpften Krediten in Vorleistungen treten, „stets mehr Geld ausgeben als einnehmen“ und trotzdem am Ende Gewinne erzielen, aus denen sich die aufgenommenen Kredite verzinsen lassen. Dementsprechend könne und müsse die Wirtschaft wachsen. Sie ist „heute sowohl einem Wachstumswang als auch einem Wachstumssog ausgesetzt. Sie ist zum Wachstum ‚verurteilt‘, lässt sich aber auch gerne ‚verurteilen‘, nicht weil die Menschen unersättlich sind, sondern weil das Geld bzw. die Geldschöpfung im Zusammenhang mit dem technischen Fortschritt eine eigene Dynamik entwickelt, die sowohl eine Stoß- wie eine Sogkraft enthält.“<sup>214</sup>

---

<sup>213</sup> Walter Eucken (1952/1960), S. 260. - Irving Fisher (2007).

<sup>214</sup> Hans Christoph Binswanger & Paschen von Flotow (1994), S. 81 - 124, hier: S. 81 (Geld als dominierender Faktor der Wirtschaft), 88 (Natur als Durchgangsstadium des Geldstroms) und 97 - 98 (Wachstum durch Geldschöpfung). - Vgl. auch Hans Christoph Binswanger (1991), S. 35 - 37 und 101 - 103.

In dieser Argumentation spielte schließlich der Gedanke keine Rolle mehr, dass zusätzlich zu einer Reform der Girogeldschöpfung der Geschäftsbanken auch dafür zu sorgen wäre, dass anders als bisher nicht mehr nur kapitalistisches Geld geschöpft wird, sondern dass ausschließlich Zentralbanken auch ein in seiner inneren Struktur verändertes nachkapitalistisches Geld für den Wirtschaftsverkehr bereitstellen und dass die Verzinsung von Geld- und Realkapital im Laufe der Zeit auf durchschnittlich null sinken sollte.

### **11.5.7 Dieter Suhrs „Geld ohne Mehrwert“ als Ausweg aus der zerstörerischen Wachstumswirtschaft**

Als sich abzeichnete, dass das geldreformerische Ziel einer Entkapitalisierung des Geldes bei Binswanger in den Hintergrund treten könnte, versuchte der Rechtsphilosoph Dieter Suhr (1939-1990), die Geldreformgedanken - nicht ohne kritische Distanz zu Gesell sowie unter Einbeziehung der Geldschöpfungsproblematik und der gerade neu entstehenden Offshoremärkte - als „keynesianische Alternative zum Keynesianismus“ in grüne Theoriedebatten einzubringen. „Wer etwas für die Umwelt tun will, muss zurzeit gegen diesen doppelt kräftigen Strom anschwimmen: gegen den Wachstumszwang und gegen den übermäßigen Rentabilitätsdruck, die freilich beide zusammenhängen. Kein Wunder, dass die Umwelt dabei auf der Strecke bleibt.“ In einem „Geld ohne Mehrwert“, also in einem mit „künstlichen Durchhaltekosten“ (Keynes) behafteten Geld sah Suhr wie vor ihm bereits Winkler eine Möglichkeit, den vom kapitalistischen Geld auf die Wirtschaft ausgeübten Rentabilitäts- und Wachstumsdruck allmählich zu verringern und schließlich ganz aufzuheben. „Keynes hatte recht mit einigen wenig bekannten, dafür aber entscheidenden Überlegungen, die auf etwas ganz anderes hinauslaufen als der übliche ‚Keynesianismus‘.“ Deshalb wollte Suhr „die Aufmerksamkeit von Ökonomen und Politikern auf diese jedenfalls in der professionellen Fachwelt weitgehend vergessenen und versunkenen Erkenntnisse von Keynes hinlenken.“ Zugleich bedauerte er, dass Gesells Nachfolger Keynes' kritische Anmerkungen zur Geldreform nicht ernst genug genommen haben.<sup>215</sup>

In Anknüpfung an Hegels „System der Bedürfnisse“ vertiefte Suhr die Charakterisierung des Geldes als „parteilicher Tauschmittler“, der die gesellschaftlichen Tausch- und Kreditvorgänge gerade nicht neutral vermittelt, wie die Neoklassik nach wie vor behauptete. Vielmehr wirke das Geld als Tausch- und Kreditmittel wegen seiner „kapitalistischen Parteilichkeit“ umverteilend in dem Sinne, dass es mit jeder Transaktion auf unmerkliche Weise zugleich Geld von den Arbeitenden zu den Vermögenden umleite. Aus der strukturellen Ungerechtigkeit des Geldes

---

<sup>215</sup> Dieter Suhr (1986), S. 432 - 434 (Girogeldschöpfung und Offshoremärkte), 435 (Keynes), 441 (monetäre Recyclingprobleme), 446 (Umwelt vs. Rentabilität und Wachstum), 455 (Keynes) und 457 (Gesell). - Zur unzureichenden Auseinandersetzung von Gesells Nachfolgern mit Keynes' kritischen Anmerkungen zur Geldreform vgl. Dieter Suhr (1987).

leitete Suhr zum einen die in sozialer Hinsicht problematische Hierarchie im Verhältnis zwischen dem Kapital und der Lohnarbeit ab. Die strukturelle Schieflage zwischen dem Geld und der menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen habe sich im Laufe der Zeit in der Rechtsordnung institutionell verfestigt. „Die Vorteile des Kapitals gegenüber den anderen Beteiligten sind zu Institutionen unserer Rechtsordnung geronnen und gesetzlich kodifiziert worden. ... So legt das überlieferte Gesellschafts-, Arbeits- und Unternehmensrecht im großen Stile Zeugnis dafür ab, dass und in welchem Umfang das überlieferte Geld kraft seiner kapitalistischen Parteilichkeit zu kapitalistischen Institutionen geführt hat.“ Und zum anderen haben sich Suhr zufolge eine „strukturelle Arbeitslosigkeit“ und ein „Zwang zu pathologischem Wachstum“ zu einem sowohl sozialen als auch ökologischen Problemknäuel entwickelt. Der Strom von Liquidität aus unzureichend gefüllten Kassen mit Bedarf in überfüllte Kassen ohne Bedarf untergrabe einerseits die Bereitschaft zu realen Investitionen und führe andererseits zugleich zu einem Druck auf das akkumulierte Kapital und die Wirtschaftspolitik, durch fortwährende Innovationen neue rentable ‚Wachstumsmärkte‘ zu kreieren.<sup>216</sup>

Vor dem Hintergrund der durch den sauren Regen entstandenen Waldschäden und anderer Umweltzerstörungen kritisierte Suhr außerdem aus seiner „verfassungsrechtlichen Meta-Perspektive“ eine Asymmetrie zwischen den Grundrechten von Menschen und der Schutzbedürftigkeit der Natur. „Will der Staat umweltschützende Maßnahmen ergreifen, dann bekommt er es meist mit Freiheit und Eigentum derjenigen zu tun, die davon betroffen sind. ... Danach bleibt dem Bürger von Grundrechts wegen nicht mehr als dieses ‚ökologische Existenzminimum‘. ... Wir haben *umweltunfreundliche Grundrechte*.“ Bei Industrieansiedlungen und Infrastrukturprojekten trete eine „individuelle und kollektive Schizophrenie“ zutage. „Warum berührt uns Grundrechtswissenschaftler die Unfreiheit derer nicht, die nicht nur genötigt werden, Grundstücke zu opfern, Lärm zu erdulden und Dreck einzutragen, sondern am Ende auch praktisch dazu gezwungen werden, selbst und stets immer mit dem Auto zu fahren statt mit der Straßenbahn, dem Bus oder der Eisenbahn, die so selten oder gar nicht mehr verkehren?“ Statt in solchen und anderen Fällen „unbewegt zuzuschauen, wie mächtige Interessengruppen mit staatlicher Duldung ungehindert Abfall produzieren“ und Landschaften zerstören, forderte Suhr die Grundrechtswissenschaft auf, eine „umweltfreundlichere Grundrechtsdogmatik“ zu entwickeln.<sup>217</sup>

---

<sup>216</sup> Dieter Suhr (1988a), S. 55 - 69 (Hegels „System der Bedürfnisse“), und ders. (1983/2015), S. 18 (Geld als parteilicher Mittler) - 21 (Arbeitslosigkeit und pathologischer Wachstumszwang). - Die von Winkler und Suhr angestoßene Diskussion über Zusammenhänge zwischen dem kapitalistischen Geld und dem Wachstumszwang bzw. - drang wurde wenige Jahre später durch Helmut Creutz intensiviert; vgl. Helmut Creutz (1993/2003), S. 407 - 434.

<sup>217</sup> Dieter Suhr (1988/2016), S. 50 (Meta-Perspektive) - 52 (ökologisches Existenzminimum), 55 (Schizophrenie) - 56 (Individual- vs. öffentlicher Verkehr) und 60 - 63 (umweltfreundlichere Grundrechtsdogmatik).

## 11.5.8 Argwohn und ökologische Vorbehalte gegenüber einer Geldreform

Für seine Hinweise auf die „monetären Recyclingprobleme“, den „monetären Wasserkopf der Volkswirtschaft“ und das Problemlösungspotenzial eines „Geldes ohne Mehrwert“<sup>218</sup> fand Suhr nicht das nötige Gehör, um die sich zu jener Zeit innerhalb der ökologischen Bewegung und vor allem in der grünen Partei verschärfenden Flügelkämpfe zwischen pragmatischen Realos und marxistischen Fundis beeinflussen zu können. Sonst hätten die nach politischer Macht strebenden Realos vielleicht ein anderes, sie ergänzendes Gegengewicht in Gestalt einer zwar auch ‚fundamentalen‘, aber nicht marxistischen Geldreform bekommen. Als vorerst unüberwindbare Hürde stand dem allerdings Carl Amerys nicht haltbare, aber wirkmächtige Behauptung entgegen, dass Gesell als Urheber des Geldreformansatzes ein „faschistoides Skelett in den Schränken der grünen Bewegung“ sei. „Was ist an der mehr oder weniger verstohlenen Präsenz von Silvio Gesell, dem Vater der Schwundgeldtheorie, der ja auch Gottfried Feder, den Gründer der NSDAP, beseelte?“ Damit waren die Geldreformgedanken innerhalb der Ökologiebewegung als präfaschistisch stigmatisiert und blieben für längere Zeit einem diffusen Misstrauen ausgesetzt, obwohl Suhr stellvertretend für sie unmissverständlich klargestellt hatte, dass „an die Stelle von moralischer Entrüstung über Menschen“ und damit auch an die Stelle von Ressentiments gegen Minderheiten! - „die Kritik an der Struktur der Geldordnung zu treten hat.“<sup>219</sup>

Außerdem setzte sich der oberflächliche Eindruck von namhaften Autoren wie Ernst Ulrich von Weizsäcker und Otto Schily fest, dass eine Geldreform ein die Umwelt zerstörendes Wachstum von Produktion und Konsum antreiben würde. Weizsäcker, der als renommierter Naturwissenschaftler und Umweltpolitiker für ein qualitatives Wachstum mit einer technischen Steigerung der Ressourceneffizienz eintrat („Faktor Vier“), hielt „die Hoffnung auf eine Neubebelung von Gesells Ideen ... (für) ... nicht realistisch. Sie käme einer Revolution des gesamten

---

<sup>218</sup> Dieter Suhr (1986), S. 447 (monetärer Wasserkopf) und 448 (Marx). - Zu Suhrs Auseinandersetzung mit Marx vgl. auch ders. (1983a), S. 12 - 24, und ders. (1988b).

<sup>219</sup> Carl Amery (1980), S. 13. - Später hat Carl Amery diesen Verdacht in seinem Buch „Global Exit“ indirekt zurückgenommen. Margaret Thatchers Devise „There is no alternative“ entgegentretend, schrieb Amery: „Es gibt theoretische, sogar praktisch erprobte Ansätze“, den den „totalen Markt“ beherrschenden „Fetisch Geld ... von seinem Status als Abstraktum, als Sakrament zu befreien und es wieder zu einem nüchternen Werkzeug zu machen“ und das „weltmörderische ... Prinzip des Zinseszinses“ zu überwinden. „Alterndes Geld würde sich abnützen, würde zum Schwundgeld. Es war der Deutschargentiner Silvio Gesell, der diese Theorie systematisch durchdachte.“ Vgl. ders. (2002), S. 77 - 78 (Fetisch Geld), 214 und 219 (Geld zum Werkzeug machen, Zinseszins) sowie 219 - 220 (Gesell). - Dieter Suhr (1983), S. 115 (Kritik an Strukturen statt an Personen). - Zu der beharrlich wiederholten Anschuldigung, Gesell sei ein Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen, vgl. auch Elmar Altvater (2004) und Peter Bierl (2004) sowie die Repliken von Werner Onken u.a. auf der Website [http://www.sozialoekonomie.info/Kritik\\_\\_Antwort/kritik\\_\\_antwort.html](http://www.sozialoekonomie.info/Kritik__Antwort/kritik__antwort.html) - Zu Gottfried Feder vgl. die Studie von Othmar Plöckinger (2018) sowie die Kapitel 8.6.2 und 8.6.3 des vorliegenden Buches.

Finanzwesens gleich. Und der Unterschied zu heute wäre dennoch nicht allzu groß. Wer heute sein Kapital ruhen lässt, wird dafür (anders als zu Gesells Zeiten) auch ohne ‚Freigeld‘ bestraft. Die heutigen Zinsen abzüglich der fälligen Ertragsbesteuerung sind niedriger als die Inflation. Außerdem weiß ich gar nicht, ob ich als Umweltschützer in einer Welt von fünfthalb Milliarden Menschen für ‚Freigeld‘ sein soll. Schließlich ist dessen Zweck immer noch die Ankurbelung der Wirtschaft.“<sup>220</sup> Und der frühere grüne Realpolitiker Otto Schily, der 1990 zur Sozialdemokratie übertrat und später für einige Jahre Bundesinnenminister wurde, hatte zwar die kluge Idee, Gesells „rostende Banknoten“ und Steiners „alterndes Geld“ mit dem vielfach bei Konsumgütern „eingebauten Verschleiß“ zu assoziieren. In der Tat könnte die „geplante Obsoleszenz“ beim Geld dazu führen, dass die Arbeit und Natur verschwendende, aber dafür die Rentabilität des Kapitals begünstigende Produktion von Verschleißgütern in eine Produktion von länger haltbaren und reparierbaren Gütern übergehen kann. Aber einem dem Geld eingebauten Verschleiß hielt Schily in einer Auseinandersetzung mit Suhr drei nicht stichhaltige Einwände entgegen:

1.: Ein solches Geld sei „schon wegen des hohen Bürokratie-Aufwandes abzulehnen. ... Die Existenz von jungem und altem Geld ... müsste ... zu einem heillosen Durcheinander führen, weil die Prüfung, ob mit jungem oder altem Geld gezahlt wird, mit einem gigantischen Aufwand verbunden wäre.“

2.: „Es käme eine noch größere Hektik in den Geldverkehr mit unabsehbaren inflationären Tendenzen.“

3.: „Die Erhöhung der Drehzahl des Geldmotors mag man aus wirtschaftlichen Gründen für wünschenswert halten. Für die Umwelt wäre damit nichts gewonnen.“

Schilys Gesamтурteil lautete: „Eingebauter Verschleiß ist beim Geld nicht denkbar. Wie soll Buchgeld altern?“<sup>221</sup> Dabei wäre es - wie Suhr es einmal salopp formulierte - gerade beim Buch- bzw. Girogeld am einfachsten, die „Ausgleichsabgabe auf Liquidität den Konten zu belasten. Dann wird der Mehrwert abgeschöpft und so der Kapitalismus gleich mit vom Konto abgebucht.“<sup>222</sup> Im Gegensatz dazu gab es zu jener Zeit beim Bargeld außer dem bei kleinen praktischen Freigeld-experimenten angewandten Geld mit aufzuklebenden Gebührenmarken tatsächlich noch keine in größerem Stil praktikable Methode, das Bargeld rosten bzw. altern zu lassen. Dass unabhängig davon mit einem solchen Geld ein hoher Aufwand an Bürokratie und inflationäre Tendenzen verbunden seien, ist gleichwohl eine unbewiesene Behauptung. Und das Geld würde zwar stetig nachfragewirksam, aber bei seiner bedarfsgerechten Mengendosierung und einem Sinken des allgemeinen Zinsniveaus gegen Null würde zugleich der Rentabilitäts- und Wachstumsdruck auf die Wirtschaft nachlassen.<sup>223</sup>

---

<sup>220</sup> Ernst Ulrich von Weizsäcker (1993), S. 52.

<sup>221</sup> Otto Schily (1994), S. 79 - 89, hier: S. 79 (geplante Obsoleszenz beim Geld), 85 (Bürokratie, Nachteil für die Umwelt).

<sup>222</sup> Dieter Suhr (1983), S. 79.

<sup>223</sup> Vgl. hierzu den Abschnitt 13.7 des vorliegenden Buches.

## 11.5.9 Rehabilitationen der Geld- und Bodenrechtsreform durch Gerhard Scherhorn, Carlo Jaeger und Hans G. Nutzinger

Während der 1990er Jahre versuchten die Ökonomen Gerhard Scherhorn (1930-2018) und Carlo Jaeger (\*1947), die Grundgedanken der Geld- und Bodenrechtsreform zwar ohne ausdrückliche Erwähnung ihrer Herkunft, aber doch wenigstens sinngemäß in den wissenschaftlichen Diskurs über Wachstumsprobleme einzubringen, während Hans Georg Nutzinger (\*1945) sogar explizit auf deren aktualisierbares Potenzial hinwies.

In einer Publikation des „Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie“ machte Scherhorn „kapitaldominierte Entscheidungen“ für die rentable, aber unwirtschaftliche Übernutzung von Mensch und Natur verantwortlich. „Unbehindert von sozialen und ökologischen Rücksichten kann es (das Kapital; d. Verf.) sich einer einzigen Aufgabe widmen, der exponentiellen Vermehrung der Geld- und Kapitalvermögen. ... Nach der Logik der Zinseszinsrechnung muss das eingesetzte Kapital mit mindestens gleichbleibender Rate wachsen, also exponentiell. Um die schnell wachsende Summe der Zinsen und Dividenden zu finanzieren, müssen die beiden anderen Produktionsfaktoren ihre Beiträge entsprechend steigern.“<sup>224</sup>

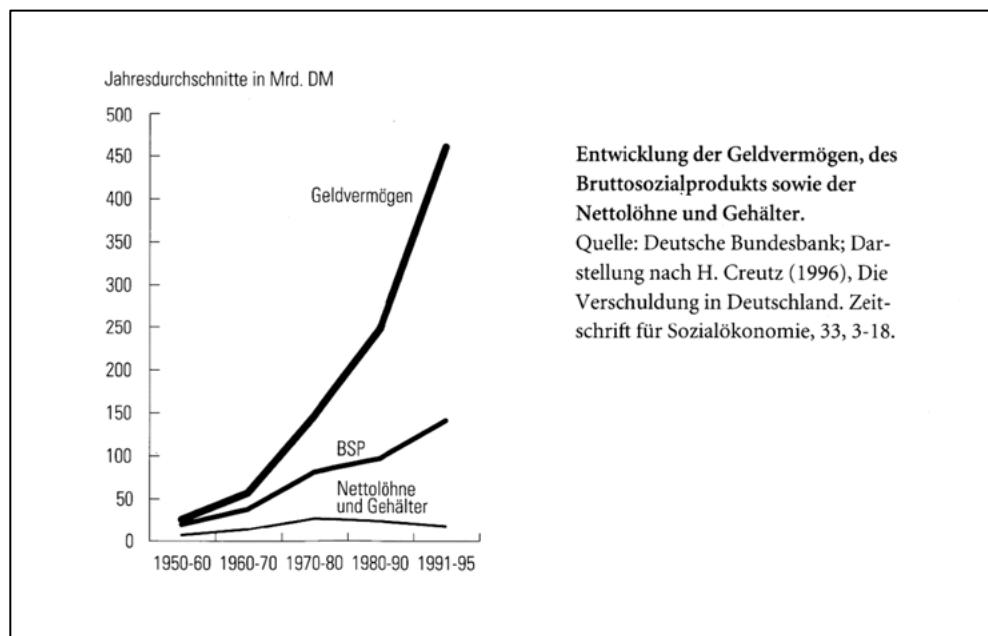


Abb.: Scherenöffnung zwischen Geldvermögen, Bruttosozialprodukt und Löhnen & Gehältern  
aus: Gerhard Scherhorn (1997a), S. 22.

<sup>224</sup> Gerhard Scherhorn (1997a), S. 19 (kapitaldominierte Entscheidungen) 21 (Arbeit und Natur als Diener des Kapitals).

Diesen Zusammenhang zwischen Geld- und Kapitalwachstum einerseits und Arbeits- und Naturschrumpfung andererseits veranschaulichte Scherhorn anhand einer Grafik des Wirtschaftspublizisten Helmut Creutz und zog daraus den Schluss: „Die gesamte Bevorzugung des Kapitals müsste zurückgenommen werden.“ Allerdings zog Scherhorn hieraus keine praktischen Konsequenzen im Sinne einer Geld- und Bodenrechtsreform, sondern verwies lediglich auf Maßnahmen, die eine solche Reform tatsächlich ergänzen könnten - auf eine höhere Zins- und Erbschaftsbesteuerung sowie auf eine Überführung von Unternehmen „in Stiftungen mit ökologischer oder sozialer Zielsetzung“ und die Einführung einer „ethisch-ökologischen Bewertung ihres Verhaltens“. Auch eine „wirksame Kontrolle der Geld- und Kapitalmärkte, eine Besteuerung der internationalen Finanztransaktionen, eine umfassende Förderung des Energiesparens und der Entwicklung regenerierbarer Energien und eine Verteuerung des Fernverkehrs“ gehörten für Scherhorn zu den notwendigen Reformen zur Beendigung der Dominanz des Kapitals - und neben der Tobinsteu er übrigens auch eine zeitgemäße Weiterentwicklung von Keynes' Bancor-Plan.<sup>225</sup> -

In seinem Buch „Zähmung des Drachens“ beschrieb Jaeger das Ziel um null schwankender Zins- und Profitraten als Voraussetzung für den Übergang der Wirtschaft in einen „Zustand der Beständigkeit“. „Natürlich braucht es zur Untersuchung der wechselwirkenden Dynamik von Zinssätzen und Profitraten, die zu einer Wirtschaft im Zustand der Beständigkeit führen können, noch manche Forschungsanstrengung. Es handelt sich dabei jedoch um eine Forschungsaufgabe von beträchtlicher Bedeutung für jegliche langfristige Lösung der globalen Umweltkrise.“ Allerdings verfolgte Jaeger dieses Ziel im Rahmen seiner Tätigkeit am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung nicht weiter und beließ es zunächst bei der Forderung nach einem qualitativen Wachstum, weil er der Ansicht war, dass der ökologische Umbau der Industriegesellschaft und die Überwindung der weltweiten sozialen Ungleichheit durch grünes Wachstum erreicht werden müssten, bevor in fernerer Zukunft „das Wirtschaftswachstum obsolet sein wird“.<sup>226</sup> -

Schließlich erinnerte auch Hans Georg Nutzinger an die außerhalb der Standardökonomie geführten Diskussionen über eine Reform von Geldordnung und Bodenrecht. „Diese Außenseiterdiskussionen sind nicht ausreichend mit der allgemeinen Theorie verknüpft und daher ebenfalls in vieler Hinsicht auch nicht gut durchdacht. Aber die Anhänger von Gesell haben einen wichtigen Umstand im Prinzip richtig erkannt, dass nämlich der Besitz von Land und Geld dem Inhaber solcher ‚assets‘ eine gewisse privilegierte Position gibt, die ja auch Keynes als wesentlichen Bestandteil seiner eigenen allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes gesehen hat. ... Dieses Geldmonopol ist noch nicht

---

<sup>225</sup> Gerhard Scherhorn (1997a), S. 23 und 25 (Reformmaßnahmen) sowie ders. (1997b), S. 227 - 230 (Keynes' Bancor-Plan). - Vgl. Helmut Creutz (1993/2003), S. 407 - 434.

<sup>226</sup> Carlo C. Jaeger (1996), S. 29 - 31 und 290 - 293. Zu Carlo C. Jaegers Plädoyer für grünes Wachstum vgl. ders. (2011), S. 28 - 41 und 64 - 69 (spätere Entbehrlichkeit des Wachstums).

richtig theoretisch analysiert, aber der damit angesprochene Zusammenhang lässt sich nicht bestreiten.“<sup>227</sup> Leider begann auch Nutzinger ebenso wie Binswanger, Scherhorn und Jaeger nicht selbst damit, die „privilegierte Position ... solcher assets“ und Wege zu ihrer Überwindung systematisch zu erforschen.

### 11.5.10 Grünes Wachstum vs. Wachstumskritik

Nachdem die jahrzehntelange Systemkonkurrenz zwischen dem westlichen Kapitalismus und dem östlichen Kommunismus mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums 1989 zu Ende gegangen war und der entfesselte westliche Finanzmarktkapitalismus seinen Siegeszug um die ganze Welt angetreten hatte, suchte die Sozialdemokratie ihren Platz in einer modernisierten „neuen Mitte“ zwischen ihren früheren eigenen Positionen und dem Neoliberalismus. Die „zeitlosen Werte“ der Gerechtigkeit und Freiheit werde die Sozialdemokratie niemals aufgeben; aber sie müsse sich an die veränderten Zeitumstände anpassen. „Die beiden vergangenen Jahrzehnte des neoliberalen Laissez-faire sind vorüber. An ihre Stelle darf jedoch keine Renaissance des „Deficit spending“ und massiver staatlicher Intervention im Stile der siebziger Jahre treten. „Eine solche Politik führt heute in die falsche Richtung.“ Mit einer „neuen angebotsorientierten Agenda für die Linke“ einschließlich einer Senkung von Unternehmenssteuern und einer sog. „mikroökonomischen Flexibilität“ müsse die Sozialdemokratie - so der damalige deutsche Bundeskanzler Schröder und der britische Premierminister Blair in ihrem gemeinsamen Papier - „die Rentabilität ... stärken ... und Investitionsanreize ... schaffen. ... Wir wollen den Sozialstaat modernisieren, nicht abschaffen. Wir wollen neue Wege der Solidarität und der Verantwortung für andere beschreiten“ und die Finanzpolitik auf die „Förderung eines nachhaltigen Wachstums“ ausrichten.<sup>228</sup>

Entsprechend der sozialpolitischen Anpassung der Sozialdemokratie an den ungeföchten vorherrschenden modernen Finanzmarktkapitalismus setzte sich seit der Mitte der 1990er Jahre auch die realpolitische Strategie seiner ökologischen Modernisierung vorerst auf ganzer Linie durch. Anstelle der „Grenzen des Wachstums“ (1972) ging es fortan um ein „Wachstum der Grenzen“. Und die sog. „Green Economy“ ist de facto ein „Green Capitalism“, der weiterhin menschliche und natürliche Ressourcen übernutzt und den Motor der Wirtschaft im buchstäblichen Sinne so heiß laufen lässt, dass sich die sie umgebende Erdatmosphäre in einem gefährlichen Ausmaß erwärmt.

Angesichts dieser Fehlentwicklung ist es geradezu tragisch, dass Binswanger die in seinen Frühschriften skizzierte grundsätzliche Wachstumskritik schließlich in seinem Hauptwerk „Die Wachstumsspirale“ (2006) nicht konsequent weiterführte. Statt sein ursprüngliches Ziel einer „Null-Wachstums-Wirtschaft“ in den

---

<sup>227</sup> Hans Georg Nutzinger (1998), S. 102 - 103.

<sup>228</sup> Gerhard Schröder & Tony Blair (1999), auf der Website <http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html> (Zugriff: 25.6.2017).

Mittelpunkt seines Buches zu stellen<sup>229</sup>, blieb er darin bei seiner zwischenzeitlichen Hinwendung zu Simmels „Philosophie des Geldes“ und bei seiner These, wonach die „Geldschöpfung im Bankensystem“ der entscheidende Motor des Wirtschaftswachstums sei. „Der Expansionsprozess gründet auf der zeitlichen Struktur des Marktprozesses, d.h. auf der Notwendigkeit der Vorfinanzierung der Produktion mit Hilfe eines Vorschusses, d.h. von Kapital. ... Daraus folgt, dass insgesamt stets mehr Geld eingenommen als ausgegeben wird. Wie ist dies möglich? Offensichtlich nur, wenn stets Geld zufließt“, das von Geschäftsbanken geschöpft wird. Doch schöpfen sie es nur aus dem Nichts? Oder ‚schöpfen‘ sie es vielleicht auch, indem sie das auf Kosten von Arbeit und Natur akkumulierte Geldkapital auf dem Kreditwege wieder in den Kreislauf zurückführen?<sup>230</sup>

Weitere Antriebskräfte des Wirtschaftswachstums sah Binswanger nunmehr auch noch in der „menschlichen Imagination“ und in einer „Staffelung des Wettbewerbs. ... Die Imagination erfindet bzw. findet immer neue Produkte, die neue Bedürfnisse befriedigen“. Allerdings ist die Imagination wie der technische Fortschritt in der neoklassischen Produktionsfunktion eher ein unklarer Einflussfaktor. Und mit der „Staffelung des Wettbewerbs“ meinte Binswanger „unterschiedliche Eigenschaften der Ausgangsstoffe (inkl. Energieträger)“, die in der Landwirtschaft und im Bergbau „aus den natürlichen Ressourcen gewonnen werden“. Abgesehen von dem Tatbestand, dass mit dem „fortlaufenden Akt der Aneignung von Natur“ wirtschaftliches Wachstum grundsätzlich möglich ist, führe die unterschiedliche Qualität der Naturgüter - wenn sie zu einheitlichen Marktpreisen gehandelt werden wie an den internationalen Rohstoffbörsen - an verschiedenen Produktionsstandorten zu Kostenvor- oder -nachteilen. Um dem permanenten Preisdruck standhalten zu können, sei der einzelne Produzent, „wenn er sich nicht durch Kartellvereinbarungen schützen kann oder der Staat einen entsprechenden Schutz gewährt, gezwungen, ständig die Durchschnittskosten zu senken, um billiger anbieten zu können. Dies ist in der Regel nur möglich durch Einstieg in die Massenproduktion und deren ständigen Ausbau, d.h. durch Kombination von Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen“, wobei die bisherigen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt „kein großes Hindernis für die weitere Steigerung der Produktion“ darstellen. Die beim Ausbau der die Märkte monopolistisch beherrschenden großindustriellen Massenproduktion nicht weniger bedeutsame Rolle der Kapitalakkumulation und des Verdrängungswettbewerbs ließ Binswanger allerdings unberücksichtigt. Seine Argumentation mündete schließlich in die zentrale These ein, dass ein jährliches Wachstum in Höhe von 1,8 % erforderlich sei, um die Stabilität der Wirtschaft zu gewährleisten.

---

<sup>229</sup> Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 219 - 221 (Null-Wachstums-Ordnung).

<sup>230</sup> Hans Christoph Binswanger (2006), S. 6 (Geldschöpfung im Bankensystem, Imagination), 67 - 68 (Simmel), 114 - 127 (Geldschöpfung) und 295 (Nichts).

Die eigentliche Schlüssefrage, wie „der Spirallauf der Wirtschaft wieder allmählich in einen Kreislauf zurückgeführt werden kann“, erwähnte Binswanger am Ende seines Hauptwerks nur noch einmal ganz kurz für den Fall, „dass sich die Gefährdungen bzw. Hindernisse des Wachstums verstärken sollten“. Und erst in einem Anhang zu seinem Buch brachte er noch einmal das Wichtigste kurz in Erinnerung, dass nämlich der antike Philosoph Aristoteles so deutlich wie kein anderer vor und nach ihm den Unterschied zwischen einer vorkapitalistischen Versorgungswirtschaft („oikonomiké“) und der bestehenden kapitalistischen Erwerbswirtschaft („kapeliké“) herausgestellt habe. Indem die Neoklassik den widersprüchlichen Doppelcharakter des Geldes als dienendes Tausch- und herrschendes Machtmittel verleugne und das Geld nur als Tauschmittel betrachte, erwecke sie den falschen Eindruck, dass die „real existierende Marktwirtschaft“ bereits eine „oikonomiké“ sei. Doch fällt das Geld aus dem Rahmen der Endlichkeit der Natur: „Es verrottet nicht und verrostet nicht. Sein Besitz ist Reichtum oder Ausweis von Reichtum, den man unbegrenzt anhäufen kann, der die Grenze der Sättigung durchbricht und die Wirtschaft in Richtung Expansion orientiert.“<sup>231</sup>

### **11.5.11 Claus Leggewies & Harald Welzers „radikaler Richtungswechsel“?**

Unmittelbar nach dem Beginn der großen Krise auf den internationalen Finanzmärkten (2008) und auch im Hinblick auf die häufig als ‚Klimawandel‘ verharmloste Erderwärmung erwarteten der Politologe Claus Leggewie und der Sozialpsychologe Harald Welzer das „Ende der Welt, wie wir sie kannten“ (2009). Das Ausmaß ihrer „Metakrise“ spreche eindeutig gegen die Erwartung, dass sie allein mit den bisherigen Mitteln von technischem Fortschritt, unternehmerischem Pioniergeist und Berufspolitik bewältigt werden könnte. Es gehe „jetzt nicht mehr nur um Korrekturen, sondern um einen radikalen Richtungswechsel. ... Der Klimawandel wirft die Systemfrage auf.“ Das Gelingen eines solchen „Großexperiments unter Zeitdruck“ erfordere vor allem „mehr, nicht weniger Demokratie, individuelle Verantwortungsbereitschaft und kollektives Engagement“ der Zivilgesellschaft. Von besonderem Interesse war für Leggewie & Welzer die „Rätselfrage ... , wieso Menschen gegen besseres Wissen handeln“. Warum überwinden die Menschen trotz ihrer existentiellen Bedrohung nicht die „Schwerkraft des So-Seins“ und wahrum orientieren sie sich nicht in größerem Umfang weg vom ‚business as usual‘ in die Richtung von Änderungen ihres Lebensstils und Konsumverhaltens um?<sup>232</sup>

---

<sup>231</sup> Hans Christoph Binswanger (2006), S. 231 - 236 (Imagination), 237 - 249 (Staffelung des Wettbewerbs), 256 (Umweltschutz kein Hindernis für Wachstum), 310 - 315 (Wachstumsspirale), 370 - 371 (1,8% Wachstum), 375 (von der Spirale zum Kreislauf) und 377 - 387 (Aristoteles). - Vgl. auch Hans Christoph Binswanger (1991), S. 113 - 127 (Aristoteles).

<sup>232</sup> Claus Leggewie & Harald Welzer (2009), S. 13 (Metakrise) - 14 (Großexperiment), 71 (Richtungswechsel), 81 (Rätselfrage), 99 (So-Sein), 102 (Systemfrage).

Da Leggewie & Welzer nach den Erfahrungen mit der sog. friedlichen Nutzung der Atomenergie sehr zu Recht bezweifelten, dass sich umweltschädliche Nebenwirkungen von Großtechnologien durch neue Großtechnologien wie das Geo-Engineering und die Bioökonomie vermeiden lassen, hätten sie auch eine zweite große „Rätselfrage“ aufwerfen können, nämlich die entscheidende Systemfrage: Was ist die Ursache für das „kolossale Versagen der Märkte“ (und auch für Versagen des zentral planenden oder global steuernden Staates)? Die Bezugnahme auf Marx und Polanyi lässt vermuten, dass Leggewie & Welzer die strukturelle Macht des Geldes über Arbeit und Natur nicht als Ursache der „Metakrise“ im Blick hatten. Dementsprechend blieb auch unklar, welche rechtliche Rahmenordnung der Wirtschaft notwendig wäre, um - wie von ihnen befürwortet - die Atmosphäre als Allmende zu behandeln und um einer „kleinräumigen Vergesellschaftung ... , Resilienz“ und einer „überfälligen Renaissance der Genossenschaftsökonomie“ zum Durchbruch zu verhelfen.<sup>233</sup>

### **11.5.12 Helge Peukerts Diagnose und Therapie der „großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise“ (2010)**

Während Leggewie & Welzer die Systemfrage andeuteten, aber unbeantwortet ließen, bildete sie bei dem Ökonom Helge Peukert (\*1956) den krönenden Abschluss seiner großen Übersicht über wissenschaftliche Diagnosen der Weltfinanzkrise und über Politikempfehlungen sowie über darüberhinausgehende Maßnahmen, der außerhalb der Standardökonomie debattiert wurden. Von besonderer Bedeutung war, dass Peukert die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise auch mit der nicht minder großen ökologischen Krise verband und obendrein noch eine unkonventionelle Richtung wies, in der sich ein Ausweg aus der Gesamtkrise der Moderne suchen ließe: „Wie kann ein Wirtschaftssystem überleben, das angesichts positiver Zinssätze und mit Vermögenswerten, die Rendite abwerfen sollen, was letztlich nur durch Erlöse aus der Realosphäre geleistet werden kann, ein System also, das auf Wachstum angelegt ist, mit den Erfordernissen der Ökosphäre harmonieren, die stetiges Wachstum nicht mehr verträgt? ... Wachstum ist das magische Konzept, das Finanz- und Umweltkrisen nach dem Prinzip ‚Weiter wie bisher ohne Rücksicht auf Verluste‘ verbindet. Der Tanz muss weitergehen, so lange die Musik spielt. Nach uns die Sintflut.“<sup>234</sup>

Geradezu sensationell war die „entscheidende Zukunftsfrage der Finanzmärkte“, mit der Peukert in die Richtung eines Auswegs aus der großen ökonomischen, sozialen und ökologischen Krise wies: „Ist eine Geldordnung in einer arbeitsteiligen Wirtschaft ohne positive Zinssätze möglich? ... Wie kann man auf Dauer ein

---

<sup>233</sup> Claus Leggewie & Harald Welzer (2009), S. 107 - 108 (Versagen der Märkte, Polanyi), 109 (Atmosphäre als Allmende), 113 (Marx), 123 und 128 (Großtechnologien), 199 (Resilienz), 209 (Genossenschaften) und 233 (kleinräumige Vergesellschaftung).

<sup>234</sup> Helge Peukert (2010b), S. 32, 42 - 43 und 500 - 510.

solides Finanzsystem konstruieren, das nicht eigendynamisch durch den (Zinsses)Zins auf ständige Expansion angelegt ist?“ Diese in Fragen gekleidete Wegweisung erinnerte stark an Keynes‘ Ausblick auf einen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel“, bei dem die Geld- und Realkapitalrenditen mittel- und langfristig gegen null sinken - mit der Folge, dass ein „quasi-stationäres Gemeinwesen“ an die Stelle der sich selbst beschleunigenden wirtschaftlichen Dynamik treten könnte. Sie entsprach auch ganz der von Binswanger im Anhang zu seiner „Wachstumsspirale“ erinnerten aristotelischen Unterscheidung zwischen einer „Oikonomiké“ und einer „Kapeliké“ und öffnete den Blick für die Möglichkeit eines Übergangs von der bestehenden Geldvermehrungswirtschaft zu einer modernen Form der Haus- und Versorgungswirtschaft. „Im Finanzsektor bauen sich sachlogische Verschuldungskaskaden auf und im Realsektor lebt die Menschheit seit langem von der Substanz des ‚Naturkapitals‘. Das an dieser Stelle nicht zu lösende Kunststück der Wirtschaftspolitik wird darin bestehen, eine Vollbeschäftigung neuen Typs (bei Null- oder sogar Negativwachstum) realisieren zu müssen. Hier zeigt sich die enge Wahlverwandtschaft der Probleme des Realsektors und der Geld- und Finanzsphäre: Über den Zins ist die Geldsphäre genauso wie die Realsphäre auf exponentielles Wachstum angelegt und in beiden Sektoren treten wachstumsbedingte Strukturprobleme auf. ... Die Gretchenfragen lauten: Wie hätte ein zu einer nicht mehr unter Wachstumszwang stehenden Wirtschaft und Gesellschaft korrespondierendes Geldsystem auszusehen?“<sup>235</sup>

Wie Binswanger hielt auch Peukert das von Simons & Fisher entwickelte und schon von Eucken in Erwägung gezogene „100%-Money“ für notwendig, um die Geldschöpfung der Geschäftsbanken als Antreiber des wirtschaftlichen Wachstums außer Kraft zu setzen. Aber für Peukert waren das „100%-Money“ und dessen von Huber & Robertson vorangetriebene Weiterentwicklung zum „Vollgeld“ allein noch nicht ausreichend, weshalb er die Frage stellte: „Was müsste hinzukommen?“<sup>236</sup>

### 11.5.13 Green Capitalism als Ausweg?

Die von Peukert gestellten bahnbrechenden Fragen wurden jedoch weder von Wissenschaftlern als Forschungsthemen noch von der Zivilgesellschaft aufgegriffen, so dass es trotz der unvermindert anhaltenden Krisen vorerst bei der weiten Verbreitung des Glaubens an die ökologische Modernisierbarkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft blieb. Zu seinen namhaften Protagonisten gehörte der grüne Politiker Ralf Fücks mit seinem Buch „Intelligent wachsen - Die grüne Revo-

---

<sup>235</sup> Helge Peukert (2010b), S. 32, 42 - 43 und 500 - 510.

<sup>236</sup> Helge Peukert (2010b), S. 32, 42 - 43 und 500 - 510. Zu Binswangers Empfehlung für eine aktualisierte Form des „100%-Money“ vgl. seinen am 12.11.2008 an der Universität Oldenburg in der „Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie“ gehaltenen Vortrag „Wachstumszwang vs. Nachhaltigkeit“ (Binswanger 2008). - Zu Peukerts Vorstellungen über einen erweiterten wirtschaftspolitischen Maßnahmenkatalog vgl. das Kap. 12.4 im vorliegenden Buch.

lution“ (2013). Aber es gab auch kritische Gegenstimmen wie diejenigen der ebenfalls grünen Politikerin Barbara Unmüßig, die zusammen mit Fücks eine „Doppel-spitze“ im Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung bildete und mit ihrer „Kritik der grünen Ökonomie“ (2015) einen Gegenpol zum „Green Capitalism“ darstellte, sowie eine ökonomische Gegenstimme von Niko Paech, der grünes Wachstum für ein Märchen hält und mit einer „Befreiung vom Überfluss“ zu einer „Postwachstumsökonomie“ gelangen will.<sup>237</sup>

Dem wachstumspessimistischen Slogan „The party is over“ widersprach Fücks mit der Zuversicht, dass es eine modern-fortschrittliche Alternative sowohl zu einem „Weiter so wie bisher“ als auch zur Forderung nach einem freiwilligen Verzicht auf Teile des bisherigen Wohlstands gebe. In der gegenwärtigen sozialen und ökologischen Krise sah er geradezu eine „Chance für einen großen Sprung nach vorn ... in eine grüne industriellen Revolution“. Ohne auch nur im Entferntesten an eine Veränderung der Grundstrukturen der kapitalistisch vermachten Marktwirtschaft zu denken, glaubte Fücks an die Möglichkeit einer neuen großen Transformation *innerhalb* des Kapitalismus. Allein mit Hilfe einer Vielzahl von technologischen Innovationen könne die Gesellschaft zu einer postfossilen ökologischen Produktionsweise übergehen. Nicht die natürliche Knappheit der Ressourcen sei das Problem, sondern deren ineffiziente Nutzung. Durch eine höhere Effizienz müssten Wachstum und Naturverbrauch entkoppelt werden. „Zentrale Produktivkraft der postfossilen Gesellschaft ist die Solarenergie. ... Biotechnologie wird zur neuen Leitwissenschaft. ... Die moderne Genetik ist nur eine weitere Etappe auf diesem langen Weg der Veränderung unserer Umwelt und der Selbstveränderung des Menschen. ... Grünes Wachstum oder Kollaps, das ist die Alternative.“ Im ökologischen Umbau der Industriegesellschaft durch Bioökonomie, Bionik, Biotechnologien und Biogenetik sah Fücks ein „gewaltiges Investitionsprogramm“.<sup>238</sup>

In dieser geradezu euphorisch fortschrittsoptimistischen Perspektive konnten ein Nullwachstum oder gar eine Schrumpfung nur eine Schreckensvision sein. Fücks sah darin eine Gefahr von „enormem ökonomischem und politischem Stress mit scharfen Verteilungskämpfen“. Innerhalb kapitalistischer Strukturen besteht diese Gefahr tatsächlich, was Grund genug wäre für ein Nachdenken über gerechtere Strukturen der Verteilung. Genau das wehrte Fücks jedoch unter Hinweis auf den Untergang des „realen Sozialismus“ ab. „Ihm fehlte die wirtschaftliche Dynamik des Marktes wie die korrigierende Kraft der Demokratie. ... Trotz aller Kritik ist es verfrüht, das Totenglöckchen über den Kapitalismus zu läuten.“ Der Kapitalismus sei ein „lernendes System“ und könne sich zu einem „Ökokapitalismus“ weiterentwickeln. „Analog zur sozialen Einhegung des Kapitalismus durch die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts verändert auch die ökologische

---

<sup>237</sup> Ralf Fücks (2013). - Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015). - Niko Paech (2012).

<sup>238</sup> Ralf Fücks (2013), S. 13 (grüne industrielle Revolution), 15 (Biotechnologie), 21 (Genetik), 36 (grünes Wachstum), 42 (Solarenergie), 68 (Entkopplung), 114 (Dekarbonisierung und Steigerung der Ressourceneffizienz), 167 (ökologischer Umbau der Industriegesellschaft als gewaltiges Investitionsprogramm), 179 - 225 (Bioökonomie, Bionik usw.).

Bewegung das Gesicht des Kapitalismus. ... Diesen Transformationsprozess gilt es zu unterstützen statt die alten Feindbilder zu pflegen.“ Sogar die vielfach kritisierten multinationalen Konzerne seien „keine eindimensionalen Profitmaschinen, sondern komplexe Gebilde, in denen eine Vielzahl von Menschen tätig ist, die sich Gedanken über die Welt von morgen machen.“ Sie würden „die Weichen auf grün stellen“ und sich in ihrer Produktion auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Biolebensmittel, Elektromobilität oder ökologische Gebäudesanierung umorientieren. Zwar äußerte Fücks auch Sympathien für Genossenschaften, jedoch verlor er kein einziges kritisches Wort über die den Großunternehmen zugrundeliegende kapitalistische Kapitalakkumulation und -konzentration.<sup>239</sup>

Durchaus zu Recht hob Fücks die grundsätzliche Bedeutung des „Marktes als dezentrales Steuerungssystem“ hervor. Mit Bezug auf die „ordoliberalen Schule“ erwog er sogar einen „Ordnungsrahmen einer ökologischen Marktwirtschaft“ und plädierte obendrein dafür, dass die Atmosphäre, die Weltmeere und die Arktis als „öffentliche Güter ... gemeinschaftlich verwaltet werden“. Aber warum sollten nur die Atmosphäre, die Weltmeere und die Arktis und nicht die gesamten Ressourcen der Erde als gemeinschaftliche Güter aller Menschen behandelt werden? Abgesehen von dieser zweifelhaften Einschränkung des Spektrums von öffentlichen Gütern differenzierte Fücks überhaupt nicht im Sinne des frühen Ordoliberalismus zwischen den real existierenden monopolkapitalistisch vermachten Märkten und der erstrebenswerten Marktform des mono- und oligopolfreien Wettbewerbs. Und trotz einer kritischen Randnotiz über „Deformationen des Finanzkapitalismus“ ignorierte er völlig die Rolle des kapitalistischen Geldes bei der Konzentration von Geld- und Realkapital und der Ausbreitung von wettbewerbsbeschränkender Marktmacht. Fücks blieb der unzulässigen Gleichsetzung der „Kombination aus Privateigentum, Märkten als Koordinierungsinstanz und Wettbewerb als Optimierungsverfahren“ mit der „kapitalistischen Produktionsweise“ verhaftet und behauptete schließlich, dass „wir es ... in keinem Land ... mit Kapitalismus pur zu tun ... haben.“ Stattdessen habe der Kapitalismus mehrere Varianten einer „gemischten Ökonomie“ hervorgebracht: „vom marktliberalen angel-sächsischen Modell über die soziale Marktwirtschaft westeuropäischen Typs bis zu einer Mischung aus Freistil-Kapitalismus und Staatskontrolle in China und dem Renten-Kapitalismus Russlands. ... Tatsächlich herrscht in allen hoch entwickelten Industriestaaten der Primat der Politik, solange man darunter nicht versteht, dass die Politik beliebig in die Wirtschaft hineinregieren und die Eigendynamik von Märkten außer Kraft setzen kann.“<sup>240</sup> Fücks sah weder, wie sehr das strukturell mächtige Geld die Eigendynamik der Märkte für seine Zwecke instrumentalisiert,

<sup>239</sup> Ralf Fücks (2013), S. 120 (Nullwachstum), 157 (grüne Konzerne), 185 (Untergang des realen Sozialismus, Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus), 305 (alte Feindbilder), 308 - 309 (Primat der Politik in gemischten Ökonomien), 310 (ökologische Wandlung des Kapitalismus), 311 - 312 (Genossenschaften) und 313 (Großunternehmen als komplexe Gebilde).

<sup>240</sup> Ralf Fücks (2013), S. 41 (öffentliche Güter), 303 (Finanzkapitalismus), 321 (Markt), 323 (ordoliberaler Ordnungsrahmen) und 328 - 332 (Atmosphäre, Weltmeere und Arktis).

noch sah er den Unterschied zwischen den in der Tat fragwürdigen staatlichen Interventionen in die Wirtschaft und der Notwendigkeit einer rechtsstaatlichen Rahmenordnung, die den Primat der Politik gegenüber wirtschaftlichen Gruppeninteressen durchsetzt und die Märkte von Mono- und Oligopolen befreit.

### 11.5.14 Wem gehört eigentlich die Natur?

Zweifel am grünen Wachstum wurden exemplarisch von Fücks Kollegen im Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung artikuliert. Dabei lehnte Barbara Unmüßig technologische Innovationen zur Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz und zur Entkopplung von Produktion und Naturverbrauch in ihrer gemeinsam mit Thomas Fatheuer & Lili Fuhr verfassten „Kritik der grünen Ökonomie“ gar nicht rundweg ab. „Ohne Zweifel, wir brauchen Innovationen! ... Aber das allein genügt nicht. Die Aufgabe ist größer.“ Sowohl das quantitative als auch das qualitative Wachstum steuern auf „planetarische Grenzen“ zu. „In den wachstumszentrierten Ansätzen der Grünen Ökonomie geht es nicht um einzelne Innovationen und deren Wert, sondern um Innovationen als Prinzip und Heilsbringer.“ Gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der sog. friedlichen Nutzung der Atomenergie, der „modernen Mutter aller technologischen Heilserwartungen“, hielten Fatheuer & Fuhr & Unmüßig es deshalb für verfehlt, die Ökonomisierung der Natur in ihren bisherigen Formen fortzusetzen und ihre „Inwertsetzung“ etwa im Rahmen eines „Green New Deal“ noch durch technologische Innovationen in den Bereichen der Bioökonomie oder des Geoengineering zu forcieren. Auf diese Weise wird die Biodiversität immer nur noch mehr in eine eindimensionale Rentabilität des Kapitals umgeformt.<sup>241</sup>

Das „kapitalistische Wachstumsmodell“ beruht auf einer extrem hohen Konzentration von Kapital in den fossilen, vor allem Kohle, Öl, Gas und Uran verarbeitenden Großindustrien. Sie begann mit der ressourcen- und energieintensiven Produktion von Stahl, Zement und Beton, die „geradezu ein Dinosaurier der Moderne“ war. Im Laufe der Jahrzehnte brachte sie eine enorm hohe, ebenfalls Ressourcen und Energie verschlingende Mobilität mit einem räumlich entgrenzten Flugverkehr hervor und mit ebenso überdimensionierten Containerschiffen, die zu Symbolen einer auf falsche Bahnen geratenen Globalisierung geworden sind. Und besonders Länder mit Öl- und Gasvorkommen wurden zu den am brutalsten umkämpften Regionen der Welt.<sup>242</sup>

---

<sup>241</sup> Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 13 - 15 (planetarische Grenzen, mehr als nur technologische Innovationen, Inwertsetzung der Natur), 54 (Green New Deal), 59 (Bioökonomie), 95 (Notwendigkeit von Innovationen), 97 (Innovationen als Heilsbringer), 116 (Atomenergie), 127 - 129 (Geoengineering).

<sup>242</sup> Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 12 (kapitalistisches Wachstumsmodell), 24 - 33 (fossilen Grundlagen), 99 - 107 (Stahl, Zement, Beton und Mobilität) und 147 (unzureichende grüne Ökonomie). Zum Kampf um die arabische Welt vgl. die TV-Dokumentation von Eric Laurent & Patrick Barberis (2011) und Michael Lüders (2015).

Wegen der Endlichkeit der Ressourcen und der Erderwärmung und auch wegen der damit einhergehenden sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit gehöre das „kapitalistische Wachstumsmodell“ trotz seiner ökologischen Modernisierung auf den Prüfstand. „Verteilungsfragen, menschenrechtliche Perspektiven, demokratische Teilhaberechte werden nicht oder nur teilweise thematisiert. ... In der Welt der Grünen Ökonomie sind die Unternehmen die wichtigsten Akteure“. Indem besonders die großen Konzerne die Maximierung ihrer Renditen als Primärziele anstreben, behandeln sie die Natur als „Naturkapital“ und ziehen sie damit in die innere Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Systems hinein. Durch die sog. Internalisierung externer Kosten zum Beispiel durch den Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten werde die Natur zum Objekt der Quantifizierung, von Messvorgängen (obwohl sich viele ihrer Qualitäten gar nicht quantifizieren lassen) und damit zum Objekt einer fortschreitenden „Monetarisierung“ und Ökonomisierung. Diese erstreckt sich nicht nur auf die äußere Natur und die Ökosysteme, sondern auch auf eine „ökonomische Inwertsetzung von Körpern und Körperstoffen wie Eizellen, Sperma und Gewebe sowie der Kommerzialisierung von Körpern durch Praktiken wie Leihmuttertum.“ Indem sämtliche „Naturfunktionen ... zu Vermögenswerten und handelbaren Gütern“ werden, fallen sie der sehr ungleichen menschlichen Aneignung anheim. Dabei führe beispielsweise der Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten innerhalb kapitalistischer Marktwirtschaften bislang nur zu dürftigen Ergebnissen. Außerdem sprechen sog. Rebound-Effekte gegen die Erwartung, eine grüne Produktion vom Ressourcen- und Energieverbrauch abkoppeln zu können.<sup>243</sup>

Alles in allem weist die Grüne Ökonomie nach Auffassung von Fatheuer & Fuhr & Unmüßig eine ganze Reihe von „blinden Flecken“ auf, über die auch „marktorientierte Ansätze“ wie ein „ethisch motivierter Konsum“, ethisch-ökologische Geldanlagen, solidarisches Wirtschaften und der Faire Handel - obwohl sie allesamt Vorboten einer zukünftigen, wirklich ökologischen Ökonomie sind - nicht hinwegtäuschen können. Auf dem Weg dorthin sei eine zweite große Systemtransformation erforderlich, um für alle Menschen ein „gutes Leben“ in einer gerechteren, friedlichen, demokratischen und solaren statt fossilen Weltwirtschaft zu erreichen, deren Stabilität sich ohne wirtschaftliches Wachstum sichern lässt. Und in Ergänzung zu einer sich wieder stärker politisch verstehenden Ökonomie müsse eine „Politische Ökologie“ den Weg in diese Richtung bahnen. „Es braucht Antworten darauf, wie die Gesellschaft ein Stück weit von der Vorherrschaft der Ökonomie befreit werden kann bzw. wie die ‚soziale Einbettung des Marktes‘ (Karl Polanyi) in die Gesellschaft wieder gelingen kann.“<sup>244</sup>

---

<sup>243</sup> Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 55- 57 und 65 (Natur als quantifizierbares Naturkapital) - 71 (Objekt der Monetarisierung), 76 (Naturfunktionen als Vermögenswerte und Handelsgüter), 142 - 147 (CO<sub>2</sub>-Zertifikate) und 155 (ökonomische Inwertsetzung von Körpern durch Reproduktionstechnologien).

<sup>244</sup> Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 12 - 14 (politische Ökologie, gutes Leben), 17 (Polanyi), 135 - 162 (blinde Flecken), bes. S. 155 - 156 (ethisches Investment, Fairhandel usw., Verteilungsgerechtigkeit einschließlich der Geschlechtergerechtigkeit, Demokratie und Umwelt-

Trotz der unzweifelhaften Berechtigung ihrer These, dass es sich bei großen Systemtransformationen um mehr als nur eine technische Herausforderung handelt, war auch die „Kritik der Grünen Ökonomie“ noch nicht völlig frei von blinden Flecken. Noch stand sie ratlos vor dem Dilemma, dass sich eine ökologisch begrenzte Nutzung der Naturgüter einerseits nicht nur durch Ge- und Verbote erreichen lässt, sondern dass es dazu auch ihrer Ökonomisierung und Monetarisierung, d.h. ihrer Belegung mit Knappheitspreisen bedarf, und dass andererseits gerade die kapitalistischen Formen der Ökonomisierung und Monetarisierung der Natur ihre fortschreitende Zerstörung nicht aufhalten, sondern vielfach noch verstärken. Ein von einer Abneigung gegen den Markt motivierter Verzicht auf die Belegung von Naturgütern mit Preisen würde zu keiner Auflösung dieses Dilemmas führen, weil er deren Knappheitscharakter nicht gerecht würde. Könnte es also Möglichkeiten einer marktwirtschaftlichen, aber nicht kapitalistischen Ökonomisierung und Monetarisierung von Naturgütern geben? Eine Antwort auf diese Frage könnte sich aus einer Auseinandersetzung mit drei Problemkreisen ergeben:

- Der „Kritik der grünen Ökonomie“ fehlte bislang noch der Blick für die das umweltzerstörende Wachstum antreibende Rolle des kapitalistischen Geldes. Fatheuer & Fuhr & Unmüßig richteten ihre Kritik zwar gegen die „kapitalistische Produktions- und Konsumweise“ bzw. gegen das „jetzige Wirtschafts- und Produktionsmodell“<sup>245</sup>, aber sie versäumten es, ihre Kritik auch auf die bestehende kapitalistische Zirkulationsweise bzw. auf den Gesamtkomplex von Produktion, Zirkulation und Konsum zu richten.
- Zwar stellten sie die wichtigen Fragen: „Wem gehört die Natur? Wer hat Zugang, wer kontrolliert die Ressourcen und wie verteilen wir sie untereinander?“<sup>246</sup> Jedoch rekonstruierten sie weder, wie die neoklassische Ökonomie den Boden und die Ressourcen vor rund einem Jahrhundert sowohl in sozialer als auch in ökologischer Hinsicht verdrängt hat, noch knüpften sie an die ideengeschichtlichen Ansätze zur Reform des Boden- und Ressourcenrechts und an Binswangers Bemühungen um eine Rückholung der Natur in die ökonomische Theorie an. Beides wäre aber zusammen mit der Bewusstwerdung der Rolle des kapitalistischen Geldes erforderlich, um eine Ökonomisierung und Monetarisierung der Natur von kapitalistischen in nachkapitalistisch-marktwirtschaftliche Bahnen überleiten zu können. Wohl verwiesen Fatheuer & Fuhr & Unmüßig auf die Bedeutung von Land als „umkämpfter Ressource“ und auch die Frage der Landnutzung tauchte angesichts des seit dem Beginn der Finanzkrise um sich greifenden Landgrabblings mehrfach in ihrer „Kritik der Grünen Ökonomie“ auf. Die Frage der Landnutzung stellt sich aber keineswegs nur auf dem Land, sondern auch in den Städten. Und es geht dabei auch nicht nur um die Entscheidung zwischen einer agroindustriellen

---

verträglichkeit), 171 („Repolitisierung der Ökologie“) und 175 (NGOs ohne Interesse an Strukturveränderungen sowie an Macht- und Verteilungsfragen).

<sup>245</sup> Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 169 und 171 (Produktion und Konsum ohne Zirkulation. Wem gehört die Natur?).

<sup>246</sup> Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 171 (Wem gehört die Natur?).

oder ökologischen Landnutzung, sondern auch darum, ob der Boden, die Ressourcen und die Atmosphäre privat angeeignet und als Waren, Kapital- und Spekulationsgüter (Naturkapital) gehandelt werden, oder ob die natürlichen Lebensgrundlagen als entkapitalisierte unveräußerliche Gemeinschaftsgüter privat gegen Entgelte genutzt werden, die zu gleichen Teilen wieder allen Menschen zugutekommen.<sup>247</sup>

• Schließlich sprachen Fatheuer & Fuhr & Unmüßig nur ein einziges Mal die Notwendigkeit kurz an, „dringend wirtschaftliche Machtkonzentration (zu) begrenzen und zu beschneiden. Das passiert jedoch nicht oder nicht ausreichend. ... Es braucht deshalb einen regulierenden und dem Allgemeinwohl und der ökologischen Zukunftsvorsorge verpflichteten Staat unter demokratischer Kontrolle und eine starke Zivilgesellschaft.“<sup>248</sup> Die notwendige Frage nach den Ursachen der entgrenzten, überwiegend fossil basierten Akkumulation von Kapital und der Konzentration von wirtschaftlicher Macht und wie diese wirksam begrenzt werden könnten, stellten Fatheuer & Fuhr & Unmüßig allerdings noch nicht. Wenn der problematische Kapitalcharakter von Geld, Natur und Unternehmen sowie die Notwendigkeit ihrer Entkapitalisierung stärker in der Kritik am Green Capitalism mitbedacht würden, könnte deutlich werden, dass es nicht mehr nur um die Stärkung des vieles regulierenden Staates und der Zivilgesellschaft *innerhalb* der falschen Strukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft geht. Vielmehr hätten der demokratische Rechtstaat und die Zivilgesellschaft die Aufgabe, die von Binswanger in Anlehnung an Aristoteles so bezeichnete kapitalistische Erwerbswirtschaft („kapeliké“) in eine nachkapitalistisch-marktwirtschaftliche Versorgungswirtschaft („oikonomiké“) zu transformieren.

Dann könnte sich auch ein Widerspruch auflösen lassen, den Fatheuer & Fuhr & Unmüßig zwar ansprachen, aus dem sie aber noch keinen Ausweg zeigten. Gemeint ist der Konflikt um das Für und Wider der Quantifizierung und Messung von Naturgütern sowie deren Monetarisierung. „So richtig es ist, dass ‘Preise die ökologische Wahrheit sagen sollen’, so kritisch sehen wir eine generelle Finanzialisierung der Natur (und des Sozialen).“<sup>249</sup> Die Finanzialisierung und Monetarisierung der Natur könnte nicht als solche problematisch sein, sondern nur solange, wie die Wirtschaft im kapitalistischen Akkumulationsmodus („kapeliké“) bleibt und die Kosten des verwertbaren Naturkapitals nur als weiterer bruchstückhafter Kostenfaktor in die unwahren Preise einkalkuliert werden. So lange kann die „braune Agenda“ des fossilen Zeitalters<sup>250</sup> allenfalls in eine großindustrielle ‚mixed economy‘ mit einem fossil-solaren Gesamtkomplex übergehen. Die nicht zu Unrecht

---

<sup>247</sup> Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 41 (Land als umkämpfte Ressource) - 52, 110 - 116 (Landnutzung und Grüne Revolution) und 149 - 150 (ökologische Landnutzung).

<sup>248</sup> Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 172 - 173 (Begrenzung wirtschaftlicher Machtkonzentration, demokratisch regulierender Staat und Zivilgesellschaft).

<sup>249</sup> Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 8 (soziale und ökologische Wahrheit der Preise), 56, 59 und 65 - 73.

<sup>250</sup> Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 171 (braune Agenda).

gefürchtete Finanzialisierung und Monetarisierung der Natur verliert aber ihre Fragwürdigkeit, wenn in einer „oikonomiké“ die Renditen von Geld- und Realkapital um durchschnittlich null pendeln und wenn die Boden- und Ressourcenrenten in gleichen pro-Kopf-Beträgen als ökologisches Grundeinkommen an alle Menschen zurückerstattet werden. Unter solchen Umständen kann die Finanzialisierung und Monetarisierung der Natur parallel zu einer Dezentralisierung des Geld- und Realkapitals zu einem interessenneutralen Hilfsmittel zur Sicherung der Grundrechte aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen (und sozialen) Lebensgrundlagen werden. Dann können die Preise tatsächlich ihre eigentliche Aufgabe erfüllen, nämlich als in jeder Hinsicht gerechte, faire Preise die soziale und ökologische Wahrheit zu sagen.

### **11.5.15 Niko Paechs Entwurf einer „Postwachstumsökonomie“ (2012)**

Zu den konsequentesten Wachstumskritikern gehört der Ökonom Niko Paech (\*1960), der durch eine „Befreiung vom Überfluss“ (2012) zu einer „Postwachstumsökonomie“ gelangen will. Mit einer fulminanten Entzauberung der Fortschrittsmythen des „grünen Wachstums“ will Paech „den Abschied von einem Wachstumsmodell erleichtern, das aufgrund seiner chronischen Wachstumsabhängigkeit unrettbar geworden ist. ... Der zu schwindelerregender Höhe aufgetürmte Wohlstand ist ein Kartenhaus. Es beschwört eine fatale Unvereinbarkeit herauf: Zunehmende Fallhöhe trifft auf zunehmenden Instabilität. Je höher das Stockwerk, desto tiefer der Fall, wenn alles zusammenstürzt. Und das Fundament bröckelt bereits“ - sowohl in wirtschaftlichen und sozialen als auch in ökologischen Bereichen. Die nationalen und internationalen Schuldenkrisen zeigen dies genauso wie die Krise des die Wirtschaft innerhalb Europas entgrenzenden Euros sowie der Peak Oil & Peak Everything und die Erderwärmung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrachtet Paech eher als Maßstab für mehr Plünderung und Zerstörung der Umwelt denn als ein Wohlstandsmaß. Und mehr Wirtschaftswachstum führt ihm zufolge keineswegs zu einem Mehr an menschlichem Glück. Vielmehr mache es die Menschen nur abhängig von „überregionalen Versorgungsketten und Marktdynamiken“; es gleiche einem Suchtverhalten und führe vielfach zu seelischen Erkrankungen wie dem Burn-out-Syndrom. Zudem lasse sich der immer noch höher steigende Material- und Energiedurchfluss durch die global entgrenzten Wertschöpfungs- und Lieferketten nicht durch sog. Entkopplungsstrategien verringern.<sup>251</sup>

---

<sup>251</sup> Niko Paech (2012), S. 7 - 11 (Krisen, Fallhöhe und Instabilität, BIP), 13 - 17 (räumliche Entgrenzung durch den Euro), 25 - 62 (ökologische Plünderung), 30 (psychische Entgrenzung), 67 (soziale Fallhöhe) und 110 - 112 (Glück). Niko Paech prägte als erster den Begriff „Postwachstumsökonomie“ und organisierte gemeinsam mit dem Verfasser des vorliegenden Buches vom Sommersemester 2008 bis zum Sommersemester 2016 eine „Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie“ an der Carl von Ossietzky-

Unter anderem im Blick auf eine Peak Oil-Studie der Bundeswehr, wonach etwa 90 % aller Produkte der modernen Industrie-, Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft von der Verfügbarkeit von Öl abhängen, weist Paech das „Märchen vom ‚qualitativen‘, ‚entkoppelten‘ oder ‚de-materialisierten‘ Wachstum“ wegen der umweltschädigenden Nebenwirkungen von ‚umweltschützenden‘ Technologien und Produkten wie der Wärmedämmung, Bio-Energie, Elektromobilität usw. entschieden als „Greenwashing“ zurück. „Viele vermeintliche Entkopplungsfortschritte waren und sind nie etwas anderes als das Ergebnis einer Verlagerung ökologischer Probleme. ... Eine noch gravierendere Problemverschärfung tritt dort ein, wo einem bestehenden Knappheitsproblem schlicht ein weiteres hinzugefügt wird: So fließt in die Herstellung von Photovoltaik-Anlagen nach wie vor auch fossile Energie ein, weil die Verarbeitung des benötigten Siliziums Prozesstemperaturen von 1.200 bis 1.400 Grad Celsius erfordert, die auf Basis regenerativer Energien absehbar kaum erzielbar sind. ... Weder Autos mit Katalysator noch Passivhäuser oder Photovoltaik-Anlagen ... sind ... zum ökologischen Nulltarif zu haben“<sup>252</sup> – ebenso wenig wie Windkraftanlagen, deren Herstellung das zu den Seltenen Erden gehörende Neodym erfordert. Bei dessen Gewinnung werden giftige Abfälle und radioaktiv strahlendes Uran freigesetzt (!) und deren spätere Entsorgung ist noch ungeklärt.

Statt das Gewissen der Menschen im „Green Capitalism“ mit ökologisch gestylten Produkten zu beschwichtigen, führt nach Auffassung von Paech kein Weg an der Einsicht vorbei, dass es eine Illusion ist zu glauben, den bisherigen Way of Life mit einer höheren Ressourceneffizienz und einem bloßen Umstieg von der fossilen zur regenerativen Energiegewinnung beibehalten zu können. „Allein Lebensstile können nachhaltig sein. ... Folgt man dem Budgetansatz, so stünde jedem Erdbewohner bis 2050 noch ein jährliches Emissionsquantum von 2,7 Tonnen CO<sub>2</sub> zur Verfügung“, wenn das klimapolitische Ziel einer Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad erreichbar bleiben soll. „Die durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Bilanz eines Bundesbürgers wird derzeit auf desaströse elf Tonnen pro Jahr geschätzt.“<sup>253</sup>

Aus diesem kaum widerlegbaren, aber von ökologischen Modernisierern beharrlich verdrängten Befund gibt es für Paech nur eine Konsequenz: Nach rund zwei Jahrhunderten, in denen sowohl die klassisch-neoklassische als auch die marxistische Ökonomie „von exakt derselben Fortschrittsillusion ... eingenebelt“ waren, wird es Zeit für eine „Wohlstandsdämmerung“. Die Menschen müssen einsehen, dass sie sich in einer mittlerweile viel zu komplizierten Produktionsmaschinerie mit erdumspannenden Wertschöpfungs- und Lieferketten verfangen haben. „In

---

Universität Oldenburg, die danach noch zwei weitere Jahre außerhalb der Universität als Vortragsreihe fortgesetzt wurde; nähere Informationen dazu auf der Website [www.postwachstumsoekonomie.de](http://www.postwachstumsoekonomie.de)

<sup>252</sup> Niko Paech (2012), 68 - 70 (Peak Oil-Studie der Bundeswehr), und Planungsamt der Bundeswehr (2012), S. 15 und 87 - 89. - Niko Paech (2012), S. 72 (Mär vom grünen Wachstum), 81 (Verlagerung ökologischer Probleme), 82 und 91 (energieintensive Produktion von Photovoltaik-Anlagen). - Zu den Rebound-Effekten vgl. auch Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Umnüßig (2015), S. 107 - 108.

<sup>253</sup> Niko Paech (2012), S. 58 und 99 - 101 (individuelle Ökobilanzen).

modernen Konsumgesellschaften leben sie über ihre Verhältnisse", wobei umweltzerstörerisches Verhalten wie zum Beispiel das Fliegen auch noch staatlich subventioniert wird. „Wir verzetteln uns in einer reizüberfluteten Konsumsphäre, die unsere knappste Ressource aufzehrt, nämlich Zeit“ - viel kostbare Lebenszeit, die es braucht, um sich über die unübersehbare Vielfalt der Konsumgüter zu informieren und Kaufentscheidungen zu treffen.<sup>254</sup>

Um dem Dschungel von Kaufoptionen und aufdringlicher, aber nicht informierender Werbung zu entkommen und aus dem „Hamsterrad der käuflichen Selbstverwirklichung“ auszusteigen, wird es Paech zufolge Zeit für den „Abwurf von Wohlstandsballast“ und für die Bereitschaft, mit weniger zufrieden zu sein (Suffizienz), sich selbst zu begrenzen (Ivan Illich) und von der „Existenzweise des Habens“ zu einer „Existenzweise des Seins“ (Erich Fromm) überzugehen. Aufgrund der sozialen Ungleichheit wäre die „Kraft zur Genügsamkeit“ freilich mehr von den oberen und mittleren Schichten aufzubringen als von Menschen in den unteren Schichten, denn die Produktions- und Konsumwelt ist nicht für alle Menschen gleichermaßen ein „modernes Schlaraffenland“. Unabhängig davon gilt für Paech die Devise: „Das einzig noch verantwortbare Gestaltungsprinzip für Gesellschaften und Lebensstile heißt Reduktion - und zwar verstanden als Befreiung vom Überfluss, der nicht nur unser Leben verstopft, sondern unsere Daseinsform so verletzlich macht“<sup>255</sup> - wobei wiederum zu berücksichtigen ist, dass die von den einzelnen Menschen zu erbringenden Reduktionsleistungen ihrem jeweiligen Platz in der sozialen Hierarchie entsprechen.

In Anknüpfung an Kohrs und Schumachers „Small is beautiful“ und Illichs „konnivialen Werkzeugen“ kritisiert Paech das „grüne Wachstum“ als eine Lebenslüge der Moderne. Kompromisslos fordert er eine Überwindung des „Fremdversorgungssyndroms“, d.h. er plädiert für eine wieder mehr arbeits- als kapitalintensive Produktion mit einem „geringeren Grad an Spezialisierung“, mit kürzeren Wertschöpfungs- und Lieferketten und einer mehr sesshaften Lebensweise der Menschen. Eine zumindest teilweise „De-Globalisierung“ würde eine Lokal- und Regionalwirtschaft mit mehr „handwerklichen Tätigkeiten, Eigenarbeit, Subsistenz, lokaler Versorgung und sozialen Netzwerken“ und Nachbarschaftshilfe stärken. In ihr würden länger haltbare und reparierbare Güter statt Verschleißgüter produziert, die sich außerdem zum Teil auch noch gemeinschaftlich statt bloß individuell nutzen lassen.<sup>256</sup>

---

<sup>254</sup> Niko Paech (2012), S. 7 - 11 (Wohlstandsdämmerung, Leben über den Verhältnissen), 21 (subventionierter Flugverkehr), 37 - 38 (Fortschrittsglauben von Klassik, Neoklassik und Marxismus), 61 und 68 (Neoklassik und Marxismus) und 127 - 129 (reizüberflutete Konsumsphäre, Hamsterrad und Zeit).

<sup>255</sup> Niko Paech (2012), S. 7 - 11 (Wohlstandsdämmerung, Hamsterrad, Reduktion), 23 (ungleiche Inanspruchnahme am Wohlstand) und 25 - 36 (Plünderung der Natur), 42 (modernes Schlaraffenland und Kraft zur Genügsamkeit).

<sup>256</sup> Niko Paech (2012), S. 44 und 57 - 64 (Kohr, Schumacher und Illich, mehr Sesshaftigkeit, weniger Spezialisierung und kürzere Wertschöpfungsketten; Eigenarbeit, Subsistenz, Handwerk und Nachbarschaftshilfe; haltbare und reparierbare Güter und gemeinschaftliche Nutzungen) sowie 108 - 109 (mehr

Alle problematischen Symptome der Wachstumswirtschaft und die Selbstäusserungen der „Grünen Ökonomie“, die Paech brillant kritisiert, sind letztlich - was noch deutlicher zum Ausdruck gebracht werden könnte - gewiss Folgen des individuellen Konsumverhaltens, aber nicht weniger auch Folgen der hochgradigen Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital, das nach maximalen Renditen strebt und sich das Konsumverhalten der Menschen entsprechend geformt hat. Es war das Rentabilitätsprinzip, das im Zuge der ersten beiden industriellen Revolutionen zur übertriebenen Arbeitsteilung und Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die technische Versklavung der Natur und ihre „ökologische Plünderung“ sowie zu der entgrenzten ökonomischen „Durchdringung und Verdichtung von Raum und Zeit“ geführt hat - mit der Folge, dass die auf Kosten der Natur gehenden Erleichterungen der Arbeit oftmals mehr dem Kapital als der Arbeit zugutekamen.<sup>257</sup> Mit der dritten industriellen Revolution hat sich die vom Rentabilitätsprinzip dominierte kapitalistische Marktwirtschaft im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologien die für ihre Expansion erforderlichen Möglichkeiten der Datenverarbeitung in Bürokratien und auf internationalen (Finanz-)Märkten geschaffen. Und die nächste industrielle Revolution, die ihre Schatten bereits unter dem Namen „Industrie 4.0“ vorauswirft, folgt ebenfalls dem Drang des konzentrierten Geld- und Realkapitals nach seiner rentablen Verwertung und macht sich übrigens auch die ökologische Modernisierung dienstbar. Der in allen Wirtschaftsbereichen kultivierte „Effizienzmythos“ ist in Wirklichkeit ein als Effizienz- verkleideter Rentabilitätsmythos, der die Arbeitsteilung und den Markt kapitalistisch deformiert und dabei ihre ‚schmutzigen‘ Seiten in ferne Länder mit minimalen Sozial- und Umweltstandards auslagert. Der Wettlauf um konventionelle und grüne Innovationen bringt fortwährend neue rentable Wachstumsmärkte hervor und verschafft dem Kapital ebenso rentable Anlagemöglichkeiten wie die Produktion von Verschleißgütern und die staatliche Subventionierung zum Beispiel des klimaschädlichen Flugverkehrs.<sup>258</sup>

Wenn die von Paech als unumgänglich eingeforderte Reduktionsstrategie - ihr müssen sich die Menschen in ‚entwickelten‘ Ländern auch deshalb stellen, weil es sonst niemals eine global gerechte Nutzung von Naturgütern innerhalb ökologischer Grenzen geben kann - eine Chance zur Verwirklichung bekommen soll, muss die von Binswanger, Scherhorn und Nutzinger nur erst vorsichtig angedeutete und von Verfechtern des „grünen Wachstums“ beharrlich umgangene Geld- und Kapitaldynamik endlich stärker in den Focus der Wachstumskritik gerückt werden, denn der im Gegensatz zur Endlichkeit der Natur stehende „Unendlich-

---

Arbeits- und weniger Kapitalintensität, Lokal- und Regionalwirtschaft), 116 (Kohr, Schumacher und Illich) - 119 (De-Globalisierung).

<sup>257</sup> Niko Paech (2012), S. 26 und 31 Arbeitsteilung und Arbeitsproduktivität), 29 (Raum und Zeit) und 58 (ökologische Plünderung).

<sup>258</sup> Niko Paech (2012), S. 21- 22 (subventionierter Flugverkehr), 26 (Effizienzmythos), 30 (räumliche Entgrenzung), 32 (Innovationswettlauf) und 40 (Verlagerung der schmutzigen Enden von Wertschöpfungsketten in ferne Länder).

keitscharakter des Geldes“ (Binswanger) und die „Schrankenlosigkeit in der Geld- und Kapitalakkumulation“ (Binswanger&Scherhorn&Nutzinger<sup>259</sup>) bilden den eigentlichen ökonomischen Kern des modernen Fortschrittsglaubens. Insofern ist von Bedeutung, auf welche Ursachen Paech die ständige, sich noch selbst beschleunigende wirtschaftliche Expansion der vergangenen zwei Jahrhunderte zurückführt und was nach seiner Auffassung geschehen müsste, damit es zur Reduktion und zum notwendigen „Rückbau des ruinösen Industriemodells“ kommen kann.<sup>260</sup>

Gerade diese Schlüsselproblematik steht auch bei Paech noch nicht im Zentrum seiner Überlegungen über die Antriebskräfte des wirtschaftlichen Wachstums. Als „kulturellen Wachstumstreiber“ betrachtet er wie schon Thorstein Veblen und Fred Hirsch den Konsum von Gütern, die ihren Eigentümern gesellschaftliches Ansehen, Status, Prestige und (vermeintliches) Glück verschaffen. Und als den zentralen ökonomisch „strukturellen Wachstumstreiber“ betrachtet er in Übereinstimmung mit dem „späteren“ Binswanger in erster Linie die Geldschöpfung der Geschäftsbanken, deren Rolle als Wachstumstreiber Binswanger in seiner „Wachstumsspirale“ beschrieben hat, insbesondere „in Verbindung mit dem Einkommens- und Kapazitätseffekt einer Investition“.<sup>261</sup>

Im Zusammenhang damit verweist Paech zwar auch auf den „vom Zins induzierten zusätzlichen Wachstumsdruck“. Und er schätzt auch die Bestrebungen der genossenschaftlichen „Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken“ (GLS) und anderer alternativer Banken, Beziehungen zwischen Kapitalgebern und Kapitalverwendern herzustellen und die Kapitalgeber zu veranlassen, „ihre Rendite- und Zinsansprüche zu mäßigen“ und „ihre Ersparnisse in regionale ökologische, soziale, künstlerische Projekte zu investieren, die mit ihren politischen Vorstellungen harmonieren.“<sup>262</sup> Im Hinblick auf das in neuerer Zeit um sich greifende Landgrabbing lässt er auch Sympathien für eine Bodenrechtsreform und den in diese Richtung weisenden, von Peter Barnes in Kalifornien/USA gegründeten „Sky Trust“ durchblicken. Aber auf die dem kapitalistischen Geld innewohnende Akkumulationsdynamik geht Paech nicht näher ein und beschränkt die geldreformerische Überlegung, den „Unendlichkeitscharakter des Geldes“ (Binswanger) mit Hilfe von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ (Keynes) aufzuheben, auf die Ausstattung von Regionalwährungen wie dem „Chiemgauer“ mit einer „zinslosen Umlaufsicherung“. Im Übrigen denkt Paech bei „Geld- und Finanzmarktreformen“ - wie übrigens auch Herman Daly - hauptsächlich an eine „Beendigung jeglicher Bankengeldschöpfung“ im Sinne von Irving Fishers „100%-Money“ und Hubers „Vollgeld“. In anderem Zusammenhang zieht er auch einmal höhere Einkommen- und

---

<sup>259</sup> Hans Christoph Binswanger (1979), S. 171 (Unendlichkeitscharakter des Geldes). - Hans Christoph Binswanger & Gerhard Scherhorn & Hans Georg Nutzinger (1983), S. 99.

<sup>260</sup> Niko Paech (2012), S. 8 (Rückbau der Industrie).

<sup>261</sup> Niko Paech (2012), S. 103 - 109 (strukturelle Wachstumstreiber) und 110 - 112 (kulturelle Wachstumstreiber).

<sup>262</sup> Niko Paech (2012), S. 21, 104 und 107 (zinsinduzierter Wachstumsdruck) sowie 115 (GLS-Bank).

Vermögensteuern in Betracht sowie die Einführung einer Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen und die Abschaffung von ökologisch unsinnigen Subventionen. „Unabdingbar wären ein striktes Moratorium für jegliche Projekte, die zur weiteren Versiegelung von Boden führen oder Landschaften antasten, sowie Rückbauprogramme für Infrastrukturen. Selbstredend sind dies zuvorderst nukleare und auch fossile Kraftwerke. Der momentan mehr oder weniger unbemerkte Ausbau von Kohlekraftwerken wäre unbedingt zu stoppen. Ein Teil der Industrieanlagen, Autobahnen, Parkplätze und Flughäfen (die absehbar größten Klimakiller) wären in prägnantem Umfang stillzulegen, zurückzubauen und so weit wie möglich zu renaturieren. Andernfalls können dort Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien installiert werden, um die katastrophalen Flächen- und Landschaftsverbräuche dieser Technologien zu mindern.“<sup>263</sup>

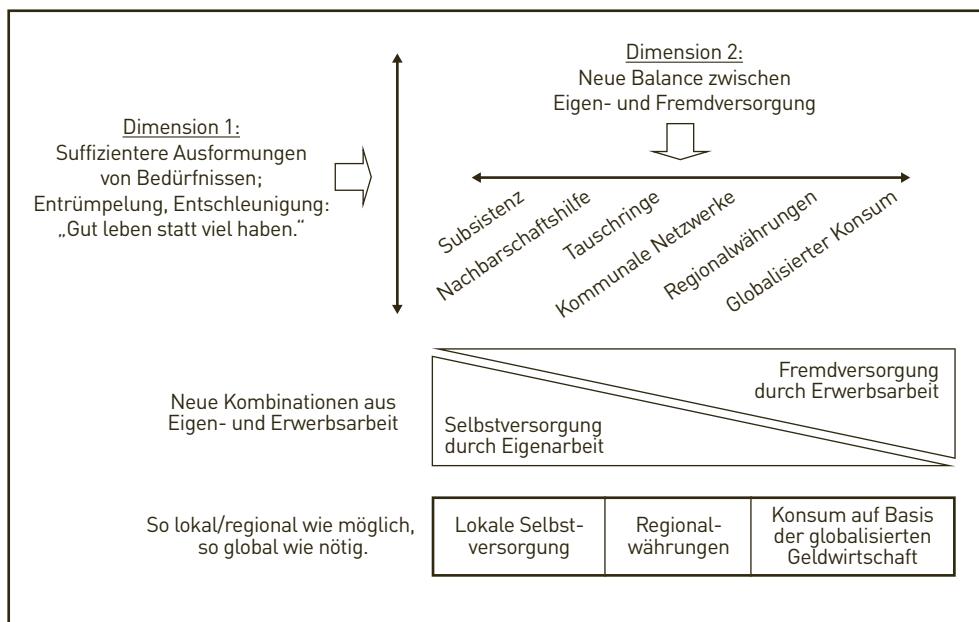


Abb.: Konturen einer Postwachstumsökonomie

aus: Niko Paech (2008), S. 17.

Da in Paechs Vorstellungen von einer von ihm selbst so benannten „Postwachstumsökonomie“ der vom „Unendlichkeitscharakter“ des kapitalistischen Geldes auf die Realwirtschaft ausgeübte Wachstumsdruck noch nicht in genügendem Umfang abgestellt wird, könnten industrielle Rückbauprogramme zu einer Reihe von

<sup>263</sup> Niko Paech (2012), S. 22 (höhere Einkommen- und Vermögenssteuern), 117 und 134 - 136 (Regionalwährungen, Tobinsteuern, Landgrabbing und Bodenreform, Subventionen). Zu Herman Dalys Plädoyer für ein 100%-Money bzw. Vollgeld vgl. ders. (2009), S. 39 - 42, bes. S. 41.

staatsinterventionistischen Einzelmaßnahmen werden. Und eine Änderung der Lebensstile könnte trotz ihrer unbedingten Notwendigkeit mit dem unvermindert stark wirksam bleibenden Expansionsdrang des konzentrierten Geld- und Realkapitals kollidieren. Würde dem Geld mit Hilfe einer Geld- und Bodenrechtsreform ein der Natur entsprechender „Endlichkeitscharakter“ verliehen, könnte die schon erstmals von John Stuart Mill und danach von John Maynard Keynes vorausgesehene Möglichkeit entstehen, die bisherige Wachstumswirtschaft im Wege eines rechtstaatlich-politisch begleiteten, aber in ökonomischer Hinsicht auch selbsttätig innerhalb einer sozialen und ökologischen Rahmenordnung ablaufenden Prozesses in eine „Postwachstumsökonomie“ zu transformieren.

Wenn eine Geldreform im Wege der Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ (Keynes) dazu führt, dass die „Wachstumsspirale“ (Binswanger) in einen geschlossenen Geldkreislauf übergeht und das Land als Gesamtheit von Boden, Ressourcen und Atmosphäre zu einem gemeinschaftlichen, gegen Entgelt privat nutzbaren Gut wird, wenn also eine Entkapitalisierung von Geld und Boden/Unternehmen/Ressourcen/Atmosphäre als begrenzendes Element in die Wirtschaft eingefügt wird, dann wird sich nicht nur eine *quantitative Verlagerung* wirtschaftlicher Aktivitäten von der „Fremdversorgung durch Erwerbsarbeit“ in die Richtung von mehr „Selbstversorgung durch Eigenarbeit“ einstellen. Es wird sich dann - wie von Paech stellenweise auch schon angedeutet - ebenfalls ein *qualitativer Wandel* von der „Fremdversorgung durch lohn- und gehaltsabhängige Erwerbsarbeit“ zu einer Fremdversorgung durch mehr selbstbestimmte selbstständige und/oder kooperative Tätigkeiten in kleineren und mittleren Unternehmen ergeben, und zwar auf mono- und oligopolfreien statt auf monopolistisch vermachten Märkten. „Außerdem korrespondieren Regionalökonomien mit kleineren Unternehmen, die per se transparenter und demokratischer zu kontrollieren sind, erst recht dann, wenn es keine Aktiengesellschaften - die in einer Postwachstumsökonomie ohnehin deplatziert wären - sondern Genossenschaften sind.“ Ansonsten betrachtet Paech die zukünftigen Unternehmen weniger unter dem Aspekt ihrer hierarchischen oder egalitären Organisation, sondern vielmehr im Hinblick auf die qualitative Veränderung ihrer reduzierten Produktion. „Der Focus läge auf dem Erhalt, der Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände, etwa durch Renovation, Optimierung, Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung. ... Märkte für gebrauchte, aufgearbeitete und überholte Güter würden ebenfalls zur Verringerung der Neuproduktion beitragen. Zudem sollen neue und aufgearbeitete Güter stärker direkt und regional vermarktet werden.“<sup>264</sup>

Ähnlich wie Eucken bereits die Entstehung eines größeren außermarktlichen Bereichs der „Eigenwirtschaft“ neben der Marktform der monopolfreien Konkurrenz erwartete, könnten nach Paechs Vorstellungen parallel zur Schrumpfung der Industrieproduktion größere Bereiche der Subsistenzwirtschaft entstehen, wie sie

---

<sup>264</sup> Niko Paech (2012), S. 116 und 118 (Genossenschaften statt Aktiengesellschaften), 131 - 134 (Wandel der Produktion).

bereits in städtischen, zum Teil interkulturellen Gemeinschaftsgärten sowie in den Transition Towns sichtbar werden. Unter Einsatz ihrer stärker eingeübten handwerklichen Fähigkeiten könnten viele Konsumenten zu „Prosumenten“ oder „Koproduzenten“ werden, die zumindest einen Teil ihrer Güter selbst reparieren, zum Beispiel in Repaircafés, oder sogar selbst produzieren („Marke Eigenbau“<sup>265</sup>). Und in solidarischen Formen könnte die Landwirtschaft ohne Agrarfabriken und Massentierhaltungen ökologisch betrieben werden.<sup>266</sup>

In einer solchen „kleinräumigen ... Ökonomie der Nähe“ wären sehr viel mehr Markttransparenz und Empathie anstelle der Anonymität von ökonomischen Großstrukturen möglich - besonders dann, wenn ein „zweites Preisetikett“ Auskünfte über den Naturverbrauch bei der Herstellung der Güter geben würde. Im Sinne von Karl Polanyi wäre diese Ökonomie stärker in die soziale Lebenswelt und auch in die Natur eingebettet und sie wäre alles in allem auch resilenter, d.h. weniger verletzlich als großindustrielle „Monokulturen“. „Entmonetarisierte Lokalversorgung, regionalökonomische Systeme auf Basis zinsloser Komplementärwährungen und - als zu minimierende Restgröße - Leistungen aus globaler Arbeitsteilung könnten kombiniert werden, um die nach Ausschöpfung aller Suffizienzpotenziale verbleibenden Bedarfe so wachstumsneutral wie möglich zu befriedigen.“ Schließlich würde sich auch der über die lokale Selbstversorgung und über regionale Märkte hinausgehende Konsum von Gütern aus einer überregionalen und globalen geldbasierten Produktion insofern qualitativ ändern, als es kein Konsum mehr auf der Basis einer kapitalistischen Weltökonomie wäre, sondern ein Konsum auf der Basis einer nachkapitalistisch „globalisierten Geldwirtschaft“.<sup>267</sup> Deren internationale Institutionen würden nach dem Vorbild von Keynes' „Bancor-Plan“ so aufgebaut, dass sie die Weltwirtschaft in ein Gleichgewicht bringen, statt dass multinationale Konzerne die Welt mit ihrer Form des „Freihandels“ überziehen, ausplündern und destabilisieren.

Wenn sich in dieser Weise auch die *Qualität* der Fremdversorgung ändert, weil die Einheit von Kauf und Verkauf, Sparen und Kredit in einem geschlossenen Geldkreislauf die Wertschöpfungs- und Lieferketten verkürzt, verliert die Frage an Bedeutung, ob sich dann die Industrieproduktion - wie Paech es plakativ darstellt - auf die Hälfte reduziert oder ob sie dann noch zum Beispiel 65 oder 70 Prozent der bisherigen Industrieproduktion ausmacht. Es geht dabei jedenfalls nicht um eine Entscheidung zwischen einer Fortsetzung der kapitalistischen Moderne und einem „Rückfall ins Mittelalter“ oder gar in die Steinzeit<sup>268</sup>, sondern um die Suche nach einem Weg in eine zweite, sowohl sozial- als auch naturverträg-

---

<sup>265</sup> Holm Friebe & Thomas Ramge (2008). - Vgl. auch Christine Ax (2009).

<sup>266</sup> Walter Eucken (1952/1960), S. 246 - 247 (Eigenwirtschaft). - Niko Paech (2012), S. 120 - 125 (Suffizienz und Subsistenz, Prosumenten, Resilienz). - Vgl. auch Werner Onken (2004).

<sup>267</sup> Niko Paech (2012), S. 100 (zweites Preisetikett), 114 - 115 (kleinräumige, sozial und ökologisch eingebettete, resiliente Ökonomie mit Transparenz und Empathie) und 119 (Kombination von lokalen, regionalen und globalen Ökonomien).

<sup>268</sup> Niko Paech (2012), S. 60 (Moderne vs. Mittelalter) und 122 (Halbierung der Industrieproduktion).

liche nachkapitalistische Moderne, in der es mehr Eigenarbeit geben könnte als bisher<sup>269</sup>, in der aber auch die arbeitsteilige Fremdversorgung bei insgesamt geringerer Mobilität, einer humanen Betriebsorganisation und kürzeren Wegen zwischen Produktion und Verbrauch allemal wirtschaftlicher - nicht rentabler! - wäre als die lokale Selbstversorgung.

Obwohl der Deutsche Bundestag im Dezember 2010 eine „Enquete-Kommission für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ einsetzte, blieben die politischen Handlungsebenen bislang für wachstumskritische Politikoptionen nahezu unerreichbar. Dabei war im ersten „Thesenpapier zum Wachstum“, mit dem die Partei Bündnis90/Die Grünen die Schaffung dieser Enquete-Kommission angeregt hatte, sogar noch die Frage enthalten, ob „Nullwachstum oder geringe Wachstumsraten in einer Marktwirtschaft mit unserem bewährten Geld- und Zinssystem überhaupt vereinbar“ sind. Im gemeinsamen Antrag von Bündnis90/Die Grünen und SPD war nur noch die Rede davon, dass „ein Wachstumszwang in Marktwirtschaften durch die Organisation des Geldwesens zu bestehen ... scheint. Die Enquete soll den Zusammenhang zwischen der Geld- und Kreditschöpfung der Geschäftsbanken und der Entwicklung des realen Wirtschaftswachstums analysieren.“ Damit verlagerte sich die Aufmerksamkeit bereits vom Geld- zum Bankwesen und die Enquete-Kommission konzentrierte sich dann hauptsächlich auf die wichtige, aber nicht entscheidende Frage, ob das Bruttoinlandsprodukt ein geeigneter Indikator für die Messung von Wohlstand und Lebensqualität ist, sowie auf die Fragen, ob sich Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppeln lassen und wie ein nachhaltiger Konsum aussehen könnte. Im Abschlussbericht der Kommission vom Mai 2013 spielte die Ausgangsfrage nach dem Zusammenhang zwischen dem Geld und dem Wachstum keine Rolle mehr.<sup>270</sup>

Aufgrund solcher Erfahrungen stellte Paech am Ende seines Buches die „Subjektorientierung“ über die „sogenannte Macht- oder Systemfrage“ und hob die Bedeutung von Veränderungen des individuellen Konsumverhaltens und der Lebensstile besonders hervor.<sup>271</sup> Jedoch bedarf es sowohl der Umkehr zu ökologisch und sozial verantwortbaren persönlichen Lebensstilen als auch der gedanklichen Vorbereitung einer zukünftigen großen Strukturreform, wenn eine Transformation

---

<sup>269</sup> Im Gegensatz zu Juliet Schor gibt sich Paech keinen technikgläubigen Illusionen hin, dass sich die wirtschaftliche Produktivität von Eigenarbeit und Suffizienz mit Hilfe von 3-D-Druckern und anderen „Fabricators“ zu einem „Hightech-Do-it-yourself“ steigern ließe. (Juliet Schor 2010/2016, S. 43 und 138 - 152, bes. S. 145 und 147). Abgesehen von einer Sharing Economy (18 und 162 - 164) und dem Urban Gardening (S. 212) besteht Schors „Plentitude“-Konzept (engl. plenty = Fülle) im Wesentlichen aus der Vorstellung einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeiten und einer „neuen Zeitkultur“ (S. 24 - 25 und 134 - 138). Aber nachdem sie den Ökonomen ein „monumentales Versagen“ in der Finanzkrise von 2008 vorgeworfen hat (S. 32), erwägt sie trotz der Erwähnung einer „Slow-Money-Bewegung“ (S. 201) keinerlei neue Geldkultur, um den „zweilichtigen Finanzsektor“ (S. 13) zu reformieren.

<sup>270</sup> Bündnis90/Die Grünen (2010) und Bündnis90/Die Grünen und SPD (2010). Deutscher Bundestag (2013), S. 30 - 33 und 67 - 72 (Regulierung der Finanzmärkte ohne Änderung der Geldordnung); (Zugriffe am 25.6.2017).

<sup>271</sup> Niko Paech (2012), S. 138 - 140 (Lebensstil vs. Systemfrage).

der kapitalistischen Wachstumswirtschaft in eine nachkapitalistisch-marktwirtschaftliche „Postwachstumsökonomie“ gelingen soll - wenn also die große Herkulesaufgabe bewältigt werden soll, die Wirtschaft in „entwickelten“ Ländern in stabilen Bahnen geordnet schrumpfen zu lassen, sie sich in „unterentwickelten“ Ländern noch eine Weile nachkapitalistisch-marktwirtschaftlich entwickeln zu lassen und gleichzeitig in allen Ländern die soziale Ungleichheit so einzuebnen, dass sich eines Tages alle Menschen dieser Erde auf gleicher ökonomischer Augenhöhe in respektvoller religiöser und kultureller Verschiedenheit und im gemeinsamen Bewusstsein ihrer Mitverantwortung für das Leben auf dieser Erde begegnen können.

Dieses Ziel würde unerreichbar, wenn man den Focus einseitig auf die „ökosuizidalen Praktiken“<sup>272</sup> und die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks richtet und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit hintenanstellt, weil unter sozialer Gerechtigkeit allzu lange nur eine „gerechte“ Teilhabe von Kapital und Arbeit am stets *wachsenden* Sozialprodukt verstanden wurde. Dieses verfehlte Gerechtigkeitsverständnis war der tiefen Verwurzelung der Arbeiterbewegung im Industriekapitalismus und dem dazugehörigen modernen Fortschrittsglauben geschuldet. Es kann jedoch kein Grund sein, das Gerechtigkeitsstreben ausschließlich mit Fortschritt und Wachstum zu assoziieren und es aufzugeben, weil es einer gerechteren Verteilung von Heroin gleiche, aber das Problem der Abhängigkeit von der Droge Wachstum nicht löse.

Wie UN-Studien über den globalen Ressourcenverbrauch, den weltweiten Verlust an Biodiversität und die Aufheizung der Erdatmosphäre zeigen<sup>273</sup>, ist eine „Wachstumsrücknahme“, Degrowth oder wie immer man die ökonomische Reduktion benennen möchte, unausweichlich. Statt aber nur den Konsum von naturzerstörenden Waren und Dienstleistungen einzuschränken, um den jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 12 (Deutschland) oder 20 (USA) Tonnen auf durchschnittlich 3 oder 4 Tonnen zu begrenzen, gilt es auch, soziale Hierarchien einzuebnen und einen dazu passenden, von Wachstumserwartungen unabhängigen Gerechtigkeitsbegriff zu entwickeln, der Gerechtigkeit als gleiche Teilhabe auch an einer stagnierenden oder schrumpfenden Wirtschaft versteht. So gesehen sind soziale Gerechtigkeit und Ökologieverträglichkeit zwei Seiten einer Medaille - ähnlich wie die soziale Ungleichheit und die zerstörerische Nicht-Nachhaltigkeit - , die nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Die überlebensnotwendige Verringerung des ökologischen Fußabdrucks kann ohne soziale Verwerfungen nur gelingen, wenn er auch bei allen einzelnen Menschen annähernd gleich wird.

Zweifellos ist es sinnvoll und notwendig, Konsumgewohnheiten und Lebensstile in Richtung Suffizienz zu verändern, aber problematisch sind nicht nur Flugreisen, der Individualverkehr, der Fleischverzehr und Plastikverpackungen. Solange ihre Vermeidung „nur“ innerhalb der fortbestehenden falschen Strukturen des Wirt-

---

<sup>272</sup> Niko Paech (2018), S. 64 (ökosuizidale Praktiken).

<sup>273</sup> Vgl. hierzu: Ohne Verfasser (2019a) und Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung UFZ (2019).

schaftens geschieht, bleiben auch alle noch so suffizienteren wirtschaftlichen Handlungen wie der Verzehr von Bio-Lebensmitteln und fair gehandelter Kleidung oder der Öko-Tourismus mit der unbereinigten sozialen und ökologischen Unwahrheit der Preise kontaminiert. Es gibt nun einmal kein 100%ig richtiges, widerspruchsfreies Handeln innerhalb falscher Strukturen. Das Problem der Nicht-Nachhaltigkeit des bisherigen Wirtschaftens ist also noch sehr viel größer als gemeinhin angenommen wird und es lässt sich keineswegs nur mit anderen Konsumgewohnheiten und scheinbar „grünen“ Technologien lösen. Wenn es doch nur so einfach wäre! Gerade die viel als „sauber“ gepriesene E-Mobilität beruht auf der Verfügbarkeit von Lithium, dessen Gewinnung Ökosysteme und die Lebensbedingungen indigener Völker in Südamerika zerstört.<sup>274</sup>

### 11.5.16 Lateinamerikanische „Buen Vivir“-Bewegung

Ein mit der Natur verträgliches gutes Leben für alle Menschen anstelle eines Lebens in sozialer Ungleichheit, bei der ein Teil der Menschen zu viel und ein anderer Teil zu wenig hat, ist auch das Ziel der lateinamerikanischen „Buen Vivir“-Bewegung. Zu ihren Vordenkern gehört der ecuadorianische Ökonom und Politiker Alberto Acosta (\*1948), der in Deutschland Ökonomie und Wirtschaftsgeografie studiert hat. In den Jahren 2007/2008 gehörte er der Verfassunggebenden Versammlung Ecuadors an und war auch zeitweise Minister für Energie und Bergbau. Acosta war maßgeblich an der sog. „Yasuni-ITT-Initiative“ beteiligt, die ähnlich wie später die Gegner des Erdgas-Frakings erreichen wollten, dass die unter einem ecuadorianischen Nationalpark lagernden Erdölvorkommen nicht ausgebeutet werden. Als Gegenleistung für die Erhaltung dieses Yasuni-Ökosystems sollte die internationale Gemeinschaft Geld in einen von den Vereinten Nationen zu verwaltenden Fonds einzahlen, aus dem Ecuador modellhafte Maßnahmen finanzieren wollte, die in die Richtung eines „Buen Vivir“ jenseits der kapitalistischen Entwicklung führen. Gemäß dem in den Anden- und Amazonasgebieten verbreiteten indigenen Verständnis der Erde als Mutter aller Menschen („Pacha Mama“) und als „lebendiger Superorganismus“ wollte diese Initiative die Weltöffentlichkeit auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, das fossile Zeitalter zu beenden und der Natur eigene Rechte zuzugestehen. Sie fand eine zivilgesellschaftliche Unterstützung, stieß aber auf den Widerstand mächtiger Konzerne und scheiterte schließlich, als auch die internationale einschließlich der deutschen Politik ihr die Unterstützung verweigerte.<sup>275</sup>

---

<sup>274</sup> Vgl. dazu die TV-Dokumentation „Kann das Elektroauto die Umwelt retten?“ vom WDR [https://www.youtube.com/watch?v=aS\\_xTJmzdgA](https://www.youtube.com/watch?v=aS_xTJmzdgA) [Zugriff: 15.6.2019].

<sup>275</sup> Ohne Verfasser (1992), S. 47 (Indiogedicht „Mutter Erde“ und „Schwester Erde“). - Alberto Acosta (2012/2015), S. 17 - 31 (Yasuni-ITT-Initiative), 66 (indigene Überlieferungen) und 113 (Erde als lebender Superorganismus). Seitens der deutschen Politik war es der Entwicklungminister Dirk Niebel (FDP), „der der Initiative im September 2010 den Dolchstoß versetzte.“ (S. 24)

Als „Rechtssubjekt“ statt als Ausbeutungsobjekt sollte die Natur nach Vorstellungen von Politikern in Ecuador und auch in Bolivien ein durch eine „ökologische Gerichtsbarkeit“ einklagbares Recht auf nachträgliche Entschädigungen bekommen, wenn sie verletzt oder gar zerstört wird.<sup>276</sup> Obwohl Acosta in seinem Plädoyer für einen „Übergang vom Anthropozentrismus zum Biozentrismus“ auch eine „Entkommerialisierung der Natur“ anstrebt<sup>277</sup>, fehlt in seinem Buch „Buen Vivir - Vom Recht auf ein gutes Leben“ (2012/2015) eine Vorstellung von einer Ordnung des Boden- und Ressourcenrechts, die von vornherein eine sozial- und umweltverträgliche Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen gewährleistet. Von Landreformen ist bei Acosta leider kaum die Rede, obwohl der feudale, aus Kolonialzeiten stammende und in die kapitalistische Entwicklung übernommene Großgrundbesitz den Indigenen und der Natur in Lateinamerika tiefe Wunden geschlagen und zu blutigen Konflikten um Land und Ressourcen geführt hat wie zum Beispiel im mexikanischen Chiapas oder in Kolumbien. Nur einmal streifte er - ohne in Details zu gehen - die Notwendigkeit einer „Umverteilung ... des Eigentums von Land und Wasser“ sowie den „Grundsatz des öffentlichen Monopols der strategischen Ressourcen“ und das „Thema der Allmende (Commons)“. So beschränken sich Acostas Vorstellungen vom Übergang vom „neoliberalen Staat“ zu einem „plurinationalen Staat“ letztlich auf die zweifellos richtige, aber plakativ bleibende Forderung, dass sich die „Vielfalt der ethnischen und kulturellen Sichtweisen“ ungetrübt von patriarchalischen und rassistischen Ausgrenzungen in den politischen Strukturen eines demokratischen Rechtsstaates wiederspiegeln solle. „Was Praktiken der Entscheidungsfindung angeht, erweisen sich die marginalisierten Völker und Nationalitäten oft als demokratischer als die sogenannten westlichen Demokratien. ... Vielmehr können mit der Wiederbelebung der Urprinzipien der Völker und Nationalitäten dynamische Gesellschaften gegründet werden“, die an die Stelle neokolonialer Strukturen und aller „Formen des Autoritarismus“ treten könnten. Acosta will auch „Umverteilungssysteme für Reichtum und Macht einführen“, lässt aber offen, wie sie aussehen könnten.<sup>278</sup>

Auch wenn die lateinamerikanische „Buen Vivir“-Bewegung noch kein Konzept für eine rechtliche Neugestaltung dessen entwickelt hat, was sie für einen „Schlüsselaspekt für den Aufbau eines „guten Lebens““ hält - nämlich eine neue kooperative „Beziehung zur Natur“ - , bot sie dennoch einige Orientierungshilfen für die Suche nach einer neuen globalen Entwicklungsperspektive jenseits des bisherigen „eurozentrischen Wohlstandskonzepts“ mit seiner kapitalistischen

---

<sup>276</sup> Alberto Acosta (2012/2015), S. 110 (Natur als Rechtssubjekt) und 119 - 127 (ökologische Gerichtsbarkeit).

<sup>277</sup> Alberto Acosta (2012/2015), S. 114 (Anthropo- und Biozentrismus) sowie 36 - 37, 116 und 193 (Entkommerialisierung der Natur).

<sup>278</sup> Alberto Acosta (2012/2015), S. 128 - 143 (plurinationaler Staat), hier: S. 131 (ethnische und kulturelle Vielfalt), 132 (demokratische Potenziale marginalisierter Völker), 135 (Wiederbelebung indigener Traditionen), 139 (Autoritarismus) - 140 (Umverteilungssysteme) sowie 172 (Umverteilung des Landeigentums, öffentliches Monopol an Ressourcen) und 176 (Allmende).

Akkumulation und Konzentration von Vermögen und den mit der sozialen Ungleichheit verbundenen Fehlentwicklungen des Patriarchats und des Rassismus.<sup>279</sup> Mit Nachdruck hob Acosta deshalb die Notwendigkeit von strukturellen Veränderungen anstelle von technischen Scheinlösungen eines „grünen Kapitalismus“ hervor. Ihm zufolge bedarf es nicht nur einer gerechteren Verteilung der Güter im bestehenden Akkumulationssystem, sondern „tiefgreifender radikaler Veränderungen“ und einer Überwindung des Akkumulationsprinzips selbst mit-  
samt „seiner sozialen und ökologischen Zerstörungslogik“. Parallel zu einer un-  
ausweichlichen „wirtschaftlichen Schrumpfung des globalen Nordens“ müsse  
weltweit eine allgemeine Suffizienz mit neuen Mustern von Produktion und Kon-  
sum das bisherige Streben nach maximaler Effizienz des Einsatzes von kon-  
zentriertem Kapital ablösen. Dabei lehnte Acosta das Effizienzstreben durchaus  
nicht pauschal ab. Vielmehr hoffte er auf eine „Synergie von Effizienz und Suffi-  
zienz“.<sup>280</sup>

Acosta ging es um eine „Rückkehr zu Gebrauchswerten“, die mit Hilfe einer nicht mehr vom Kapital dominierten Technik hergestellt werden, und nach den für Lateinamerika verlorenen Jahrzehnten des Neoliberalismus auch um eine „Rückkehr des Staates in das Wirtschaftsleben“. Das „Buen Vivir“ war für ihn ein „radikaler demokratischer Ausdruck“, der „alle Formen von Autoritarismus in Frage ... stellt“. Jedoch blieb unklar, wie die neue Gestalt des Staates und die Rückkehr bzw. der Übergang von der „anthropozentrischen Kapitalismuslogik“ mit ihrer „markteigenen Logik der Monetarisierung“ zum „Buen Vivir“ konkret aussehen könnten. Die bisherigen Vorstellungen von einem „Buen Vivir“ hielt Acosta auch ausdrücklich noch nicht für ein fertiges „Rezeptbuch“. Sie sind „kein vollständig ausgearbeitetes Konzept“ und vor allem auch „kein monokulturelles Angebot“. „Wir müssen zugeben, dass wir es mit einer extrem komplexen, wenn auch nicht unüberwindlichen Herausforderung zu tun haben.“ Obwohl ihm die Gefahr der „Verwirrung“ bewusst war, ging es Acosta zunächst darum, Elemente aus den verschiedensten kulturellen Überlieferungen und ökonomischen Denkrichtungen in das „Buen Vivir“ einfließen zu lassen. Neben der „indigenen Utopie“ und dem afrikanischen „Ubuntu“ gehören die Philosophie des Aristoteles, Gandhis Credo der Gewaltfreiheit, die „Small is beautiful“-Bewegung von Schumacher und Illich und die Globalisierungskritik von Vandana Shiva zu den Inspirationsquellen des „Buen Vivir“, außerdem die ökonomischen Denksätze von Kenneth Boulding,

---

<sup>279</sup> Alberto Acosta (2012/2015), S. 35 - 36 (Ungleichheit, Patriarchat und Rassismus; Naturbeziehung als Schlüsselaspekt des guten Lebens), 39 - 40 (eurozentrisches Wohlstandskonzept mit ständiger Kapitalakkumulation) und 47 - 68 (Entwicklung ohne Akkumulation), bes. S. 52 - 54 (verheerende Folgen der bis zum Äußersten getriebenen kapitalistischen Entwicklung für Lateinamerika).

<sup>280</sup> Alberto Acosta (2012/2015), S. 10 (tiefgreifende Veränderung), 35 - 36 (Beziehung zur Natur, Suffizienz), 56 (soziale und ökologische Zerstörungslogik des Kapitalismus), 80 - 83 und 145 (strukturelle Veränderungen anstelle eines grünen Kapitalismus mit technischen Scheinlösungen, neue Produktions- und Konsummuster) sowie 150 (Synergie von Effizienz und Suffizienz) und 192 (Schrumpfung des globalen Nordens).

Nikolas Georgescu-Roegen, Manfred Max-Neef, Niko Paech, Tim Jackson und Serge Latouche.<sup>281</sup>

Alles in allem zeigte sich Acosta zuversichtlich, dass die „Buen Vivir“-Bewegung einen demokratischen Staat mit einem „umfassenden Partizipationsprozess“ und eine „autozentrische Entwicklung der endogenen Produktivkräfte“ in „selbstverwalteten Produktionseinheiten“ und mit „angepassten Technologien“ und einer „dezentralisierten und regionalisierten Energieerzeugung“ hervorbringen werde. Obwohl er einerseits in Übereinstimmung mit Marx und den linken Parteien Lateinamerikas den bestehenden Markt als einen „Fetisch“ kritisierte, verurteilte er den Markt nicht pauschal, denn wie das globale Kapital könnten erfahrungsgemäß auch staatliche Bürokratien eine gefährliche Übermacht bekommen. Vielmehr verwies Acosta auf Braudels Unterscheidung zwischen einer kapitalistischen und einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft. „Braudel hat frühzeitig erkannt, dass der Kapitalismus kein Synonym für ‚Marktwirtschaft‘ ist. Im Gegenteil kann der Kapitalismus sogar ein ‚Antimarkt‘ sein, wenn sich die Unternehmer - in mehr oder minder starker Monopolstellung - nicht wie die idealtypischen Unternehmer der konventionellen Wirtschaftstheorie verhalten. ... In der Welt der Indigenen gab es schon lange vor der Ankunft der Eroberer den Markt als ein soziales Konstrukt auf der Basis von Solidarität, Gegenseitigkeit und Verhältnismäßigkeit.“ Polanyi habe bereits darauf aufmerksam gemacht, dass diese Form des Marktes „weit entfernt vom später aufgezwungenen Kapitalismus“ war. Und genau deshalb müsse es heute darum gehen, eine nachkapitalistische „Wirtschaft mit Märkten (im Plural), eine Wirtschaft im Dienste der Gesellschaft zu schaffen.“<sup>282</sup> Dazu gehören sollte eine Stärkung der „bäuerlichen Produktion vor Ort für den lokalen Konsum“ und der Handel sollte „an den Maßstäben einer sozialen und einer Umweltlogik ausgerichtet ... werden und nicht an der Logik der Kapitalakkumulation: ein wahrlich komplexes Unterfangen.“ Außerdem sollten die Banken im Rahmen einer „neuen Finanzarchitektur“ so umgestaltet werden, dass sie als genossenschaftliche Dienstleister ein „solidarisches, produktives Wirtschaften beflügeln“. Und „Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen entscheidende Akteure bei der Steuerung ihrer jeweiligen Produktionseinheiten sein.“ Im Zusammenhang mit einer Verkürzung von Arbeitszeiten und einer Umverteilung der Arbeit sollen Acosta zufolge produktive wie auch reproduktive Arbeiten „als gleichberechtigt anerkannt werden“, wobei er zunächst nur an eine „Sozialversicherung für Haus-

<sup>281</sup> Alberto Acosta (2012/2015), S. 39 (Rückkehr zu Gebrauchswerten), 41 (Boulding), 42 - 43 (Technik), 66 (Rückkehr des Staates in die Wirtschaft), 69 (kein Rezeptbuch), 70 - 71 (Kapitalismuslogik vs. indigener Utopie), 72 (vage Utopie einer Überwindung des Kapitalismus), 74 (afrikanisches Ubuntu), 81 - 82 (Aristoteles, Gandhi, Georgescu-Roegen, Schumacher und Illich, Shiva, Max-Neef, Paech, Jackson und Latouche), 83 (kein monokulturelles Angebot), 86 (Gefahr der Verwirrung), 139, 141 und 144 (indigene Utopie und radikale Demokratie als extrem komplexe Herausforderung ohne ausgearbeitetes Konzept).

<sup>282</sup> Alberto Acosta (2012/2015), S. 43, 70 und 78 (Markt), 148 - 150 und 158 - 164 (demokratische Partizipation und autozentrische Entwicklung der Wirtschaft, selbstverwaltete Produktion und angepasste Technologien, verschiedene Formen des Marktes als Fetisch und sozialem Ort der Gegenseitigkeit), 171 (dezentral-regionale Energieerzeugung).

frauen“ denkt und noch nicht an eine reguläre Bezahlung von produktiven und reproduktiven Arbeiten einschließlich einer Sozialversicherung für beide Formen der Arbeit.<sup>283</sup>

Mit einer „erneuerten Marktlogik“, einer Wiederbelebung von lange verdrängten indigenen Formen des Produzierens und Tauschens und einer neuen „Entwicklung mit menschlichem Maß“ kommen Acostas ansatzweise erkennbare ordnungspolitische Grundlinien eines nachkapitalistisch-marktwirtschaftlichen „Buen Vivir für alle“ anstelle eines „Dolce Vita für wenige“ dem ordoliberalen Ziel einer monopolfreien Marktwirtschaft entgegen. Auf Anregung des aus Deutschland stammenden Ökonomen Jürgen Schuldt von der Universität Lima/Peru betrachtete Acosta sogar „alternative Währungen“ als Instrumente, „mit denen die Gemeinschaft wieder Herr über ihre Wirtschaft werden kann“. Dabei dachte er wie Paech allerdings mehr an lokale und regionale Währungen wie die argentinischen „Creditos“ in den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende oder an die „Palmas“ der „Banco Palmas“ in Fortaleza im Nordosten Brasiliens als an alternative Währungen auf staatlicher Ebene. Die Schlüsselrolle, die alternative Währungen auf nationalen und internationalen Ebenen für eine Abkehr vom Akkumulationsmodus und eine zweite „große Transformation“ (Polanyi) einnehmen könnten, hatte Acosta noch nicht vollständig im Blick. Immerhin erschien ihm die „Schaffung eines internationalen Finanzkodex“ als notwendig. Neben einer Schließung der Steueroasen, einer Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen und der „Gründung eines internationalen Schiedsgerichts für Staatsschulden“ dachte Acosta auch an die „Gründung einer Weltzentralbank (die nichts mit der Weltbank und dem IWF zu tun hat). Sie soll mithelfen, die Herausgabe einer Währung oder eines globalen Währungskorbs zu normieren (was allerdings nichts mit dem Bretton-Woods-System zu tun hat).“ Ist ihm vielleicht Keynes' in Bretton Woods nicht zum Zuge gekommener „Bancor“-Plan zur Gründung einer supranationalen „International Clearing Union“ bekannt? Im Hinblick auf die „Banco del Sur“ und ihre Verrechnungseinheit „SUCRE“ („Sistema Unitario de Compensación Regional“) sprach Acosta von der Notwendigkeit eines „regionalen Währungs- und Finanzsystems mit eigenem Kodex“; aber er erwähnte nicht, dass die „Banco del Sur“ nach dem Vorbild von Keynes' „International Clearing Union“ mit einem gemäß dem „Bancor“ strukturierten „SUCRE“ jenen „eigenen Kodex“ entwickeln könnte, mit dem sie sich von den übrigen Weltwährungsinstitutionen qualitativ unterscheidet.<sup>284</sup>

---

<sup>283</sup> Alberto Acosta (2012/2015), S. 148 (bäuerliche Produktion für lokale Märkte), 155 (Umverteilung von Arbeit, kürzere Arbeitszeiten, Gleichberechtigung von produktiver und reproduktiver Arbeit), 162 (Handel), 171 - 172 (Banken und Mit- bzw. Selbstbestimmung der ArbeitnehmerInnen), 174 (Sozialversicherung für Hausfrauen).

<sup>284</sup> Alberto Acosta (2012/2015), S. 91 (anderer Produktionsapparat und andere Konsummuster), 147 und 172 (alternative Währungen mit Hinweisen auf Silvio Gesell in den Anmerkungen 2 und 15 zum Kap. 8), 164 (erneuerte Marktlogik), 166 - 168 und 173 (indigene Formen des Produzierens und Tauschens) und 178 (Entwicklung mit menschlichem Maß), 177 (Buen Vivir für alle anstelle eines Dolce Vita für

## 11.5.17 Christian Felbers „Gemeinwohl-Ökonomie“

Unmittelbar nach dem Beginn der Weltfinanzkrise im Herbst 2008 analysierte der österreichische Politologe und Romanist Christian Felber die Dominanz der internationalen Finanzmärkte über die Realwirtschaft als ein „Geld-Dilemma“. Über bloße Regulierungen der Finanzmärkte hinaus postulierte er die „Notwendigkeit, das Geld zu entmachten“ und eine „demokratische Bank (als) dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus“ zu gründen. In der Wirtschaft solle es in Zukunft um „Kooperation statt Konkurrenz“ gehen. „Die Gewinnorientierung hat nicht nur zu systematischer Spekulation, Bilanzmanipulation und maßloser Gier geführt, sondern auch zu massivem - und erfolgreichem - Lobbying für die politische Umregulierung der Finanzmärkte.“ Die repräsentative politische Demokratie müsse ihre Souveränität gegenüber den Finanzmärkten und deren „finanziellen Massenvernichtungswaffen“ zurückgewinnen; sie müsse durch Elemente einer direkten Demokratie gestärkt und auch um eine Wirtschaftsdemokratie ergänzt werden.<sup>285</sup>

Der „Knackpunkt“ besteht für Felber nicht darin, das „Geld-Dilemma“ durch eine strukturelle Reform des Geldes zu überwinden. Stattdessen sollen „Gewinnstreben und Konkurrenz ... als fundamentale Anreizstruktur privater Unternehmen abgelöst werden ... von Gemeinwohlorientierung und Kooperation. ... Unternehmen sollten durch das Gesetz auf das Gemeinwohl verpflichtet werden. Unternehmerischer Erfolg wird zukünftig primär an einer Gemeinwohlbilanz gemessen (kombinierte Sozial-, Öko-, Demokratie- und Solidaritätsbilanz). Die finanzielle Bilanz gerät zum Nebenschauplatz; nicht mehr Finanzgewinn ist das Ziel, sondern Kostendeckung.“ Sollten Unternehmen dennoch einmal gleichsam unbeabsichtigt Überschüsse erzielen, die über „nachhaltige Investitionen, begrenzte Verlustvorsorge und Stärkung des Eigenkapitals“ hinausgehen, so sollten diese nur „bei der ‚Demokratischen Bank‘ deponiert werden dürfen, damit diese sie an jetzt investierende Unternehmen und Haushalte günstig weiterreichen kann.“<sup>286</sup>

Was genau unter Gemeinwohl zu verstehen ist, soll Felber zufolge ein „wirtschaftsdemokratischer Konvent“ definieren und messbar machen, „der sich aus allen wichtigen Gruppen der Gesellschaft zusammensetzt wie eine erweiterte Sozialpartnerschaft“. Während die sog. Ökobilanzen und Nachhaltigkeitsberichte, mit denen große Unternehmen im Sinne ihrer „Corporate Social Responsibility“ ihr Image PR-wirksam aufbessern, nur unverbindlich sind, soll der „wirtschaftsdemokratische Konvent“ zusätzlich zu herkömmlichen Bilanzierungen Kriterien für die Sozial- und Umweltverträglichkeit des unternehmerischen Handelns und einen

---

wenige) - 178 (neue Entwicklung mit menschlichem Maß) und 183 - 184 (Polanyi, internationaler Finanzkodex). Vgl. auch S. 53 (Kritik am IWF). – Jürgen Schult (1995).

<sup>285</sup> Christian Felber (2009), S. 10 (dritter Weg), 13 - 14 (Gewinnorientierung), 18 (Geld-Dilemma) und 36 (finanzielle Massenvernichtungswaffen).

<sup>286</sup> Christian Felber (2009), S. 97 - 98 (Gemeinwohl- statt Gewinnorientierung als dritter Weg).

Kodex als Orientierung für ihr zukünftiges Handeln entwickeln. Dementsprechend sollen die Unternehmen dem „wirtschaftsdemokratischen Konvent“ in regelmäßigen Zeitabständen ihre „Gemeinwohlabilanzen“ vorlegen, für die sie je nach dem Grad der Erreichung dieser Kriterien vom Konvent in Zusammenarbeit mit einem „regionalen Wirtschaftsparlament“ Bewertungspunkte erhalten. „Unternehmen, die sich sozialer, ökologischer, demokratischer und solidarischer halten, als die gesetzlichen Mindeststandards es vorschreiben, werden dafür entsprechend belohnt“ - durch Steuervorteile, niedrigere Zolltarife, günstigere Kredite von der „Demokratischen Bank“ oder Forschungskooperationen mit öffentlichen Universitäten. Durch die Hintertür kommen also wieder monetäre Anreize in die Gemeinwohl-Ökonomie hinein. Niemand dürfe übrigens mehr als das „maximal Zwanzigfache des gesetzlichen Mindestlohns“ verdienen. Auf internationaler Ebene sollten ein „neues Bretton Woods“ mit Keynes‘ Bancor-Plan, eine „Weltsteuerbehörde“, eine „Fixierung der Rohstoffpreise“ und eine „Weltfinanzmarktaufsicht“ hinzukommen.<sup>287</sup>

In seinem 2010 erschienenen Buch „Gemeinwohl-Ökonomie“ stellte Felber ausführlicher dar, wie er sich eine „Wiedereinbettung der ... seelenlosen ... Wirtschaft in das gesellschaftliche Wertesystem“ durch die Einführung einer „Gemeinwohlabilanz“ vorstellte. „Der Anreizrahmen für die individuellen Wirtschaftsakteure muss umgepolt werden von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation.“ Dazu dürfen die einzel- und gesamtwirtschaftlichen Resultate des Wirtschaftens wie die Gewinne und das Bruttoinlandsprodukt nicht mehr nur in Geld gemessen werden. Die Gemeinwohl-Ökonomie will die wirtschaftliche Erfolgsmessung von Tauschwertmessung auf Nutzwertmessung umstellen, von aussageschwachen monetären auf aussagekräftige nichtmonetäre Indikatoren.“ Die in ihren bisherigen Rechtsformen und Größen vorerst weiterbestehenden (Groß-)Unternehmen werden anhand einer „Gemeinwohl-Matrix“ daran gemessen, wie sie sich im Hinblick auf Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie Transparenz und Mitentscheidung gegenüber ihren Lieferant/innen, Geldgeber/innen, Mitarbeiter/innen, Kund/innen und ihrem gesellschaftlichen Umfeld verhalten. Insgesamt 18 Indikatoren seien Felber zufolge „in Punkten klar messbar. ... Bei jedem Indikator sind vier Stufen erreichbar: erste Schritte, fortgeschritten, erfahren, vorbildlich.“ Zu den Indikatoren gehören u.a. die Arbeitsbedingungen, die Gleichbezahlung von Frauen, die Sinnhaftigkeit von Produkten und das solidarische Verhalten gegenüber anderen Unternehmen.<sup>288</sup>

Abgesehen von der fraglichen Messbarkeit der gewünschten Verhaltensweisen stellt sich die Frage, wer überhaupt legitimiert sein könnte, die Maßstäbe für diese

---

<sup>287</sup> Christian Felber (2009), S. 74 - 81 (Internationales) und 98 (Höchst- und Mindesteinkommen 20:1) - 101.

<sup>288</sup> Christian Felber (2010/2012), S. 14 (Wiedereinbettung), 16 (Nebeneinander von Finanzbilanz und Gemeinwohlabilanz), 39 (Umpolung) - 40 (neue Indikatoren) und 44 - 45 (Gemeinwohl-Matrix).

wertenden Messungen des Verhaltens von Unternehmen festzulegen. Ein „Redaktionsteam Gemeinwohl-Bilanz“ habe - so Felber - Indikatoren entwickelt, mit denen 2011 in Wien „sechzig Pionier-Firmen“ auf freiwilliger Basis erste praktische Schritte in die Richtung einer „Gemeinwohl-Ökonomie“ gegangen seien und mehrere Hundert Firmen motiviert hätten, diesen Beispielen zu folgen. Eine echte Legitimation entstehe aber erst, wenn ein demokratisch gewählter „Wirtschaftskonvent“ als dritte Säule der Demokratie neben ihren repräsentativen und plebisitären Säulen eine verbindliche gesetzliche Grundlage für die allgemeine Einführung von „Gemeinwohl-Bilanzen“ schaffe. Dann könne „jedes Unternehmen, egal ob ein Ein-Personen-Unternehmen, gemeinnütziger Verein, Stadtwerk, Mittelständler oder eine börsennotierte Aktiengesellschaft ... maximal tausend Gemeinwohl-Punkte erreichen.“ Durch regelmäßige Veröffentlichungen ihrer „Gemeinwohl-Bilanzen“ bekämen Konsument/innen eine Übersicht über die Märkte und würden in die Lage versetzt, ihre Einkäufe bei denjenigen Unternehmen zu tätigen, deren Handeln dem Gemeinwohl am ehesten entspricht. Zur Vermeidung von Bilanzfälschungen habe der Staat nur eine „stichprobenartige Kontrollaufgabe. ... Für den Fall, dass ein Unternehmen die Gemeinwohl-Bilanz fälscht, die AuditorIn besticht und diese die gefälschte Bilanz attestiert, muss es ein Supervisionsverfahren geben und eine Sanktionsmöglichkeit gegen etwaige korrupte AuditorInnen.“<sup>289</sup>

Was in früheren Zeiten sozial eingestellte Unternehmer freiwillig für ihre Belegschaften taten und was in neuerer Zeit PR-Abteilungen großer Unternehmen für sich reklamieren, will Felber zu einer demokratisch legitimierten und für alle Unternehmen verbindlichen Richtschnur machen. Aufgrund seiner Aversion gegen den Markt als solchen will er - ohne zwischen dem Idealtyp eines monopolfreien Marktes und der real existierenden mono- und oligopolistischen Vermachtung der kapitalistischen Märkte zu unterscheiden - ähnlich wie Hilferding & Naphtali mit ihrer „Wirtschaftsdemokratie“ oder Steiner mit seinen „Assoziationen“ mit seinem demokratisch gewählten „Wirtschaftskonvent“ eine Institution schaffen, die gleichsam von oben bzw. außen 1. die kapitalistisch verzerrt bleibende marktwirtschaftliche Selbststeuerung korrigiert und die 2. das Verhalten der kapitalistisch bleibenden (Groß-)Unternehmen auf ein wie auch immer definiertes nichtkapitalistisches Gemeinwohl ausrichtet. Ein Eingebettetsein der vielen Einzelinteressen in einem übergeordneten Gemeinwohl, das sich nach einer Geld- und Bodenreform und einer Entkapitalisierung der Unternehmen und Märkte selbsttätig einstellen könnte, wollte Felber also schon innerhalb kapitalistischer Verhältnisse durch eine obrigkeitliche Institution herbeiführen. Entsprechend kompliziert bliebe auch die mehr oder weniger friedliche Koexistenz der herkömmlichen „Finanzbilanz“, die zur „Nebenbilanz oder besser: Mittelsbilanz“ werden soll, und

---

<sup>289</sup> Christian Felber (2010/2012), S. 9 (Pionier-Firmen), 45 - 46 (Redaktionsteam), 47 (Wirtschaftskonvent), 51 (Gemeinwohl-Punkte und Transparenz), 54 (staatliche Supervision) und 158 (Drei-Säulen-Demokratie).

der ihr übergeordneten „Gemeinwohl-Bilanz“. Dementsprechend würden Gewinne „gegengleich vom Zweck zum Mittel“. Verwendet werden dürfen sie nur noch für Investitionen, die „einen sozialen und ökologischen Mehrwert schaffen“, für die Bildung von Rücklagen zum Ausgleich von Verlusten, zur Aufstockung des Eigenkapitals sowie entweder zur Ausschüttung an die MitarbeiterInnen oder zur Vergabe von „unverzinsten ... Darlehen an Mitunternehmen“. Verboten werden die „Ausschüttung von Gewinnen an EigentümerInnen, die nicht im Unternehmen arbeiten“, insbesondere Dividenden an Aktionäre. Auch für Firmenaufkäufe und Fusionen sowie für Investitionen in Finanzanlagen und Parteispenden sollen die Gewinne nicht mehr verwendet werden dürfen. „Durch die Summe dieser Maßnahmen erlischt der Wachstumszwang in der Wirtschaft.“ Außerdem werde die „gegenwärtige Vernichtungs- und Fresskonkurrenz“ in eine „friedliche Koexistenz“ der Unternehmen oder sogar in ihre „aktive Kooperation“ und ein „gegenseitiges Helfen“ übergehen.<sup>290</sup>

Neben der „Gemeinwohl-Bilanz“ soll eine nicht gewinnorientierte „Demokratische Bank“ als ein „ganz anderes Finanzsystem“ zum zweiten Herzstück der Gemeinwohl-Ökonomie werden. Ohne die dem Geld innenwohnende kapitalistische Struktur zu überwinden will Felber das „Geld als Kredit zu einem öffentlichen Gut“ machen, die Finanzmärkte sowie Fonds und Börsen schließen. Durch die Einführung von „Vollgeld“ im Sinne von Joseph Huber soll eine private Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken“ unmöglich gemacht werden. Die „Demokratische Bank“ sowie ebenfalls „gemeinwohlorientierte Genossenschaftsbanken und Sparkassen“ sollen „nur Einlagen- und Kreditgeschäfte betreiben. ... Es gibt weder Kredit- noch Sparzinsen im herkömmlichen Sinne. Die KreditnehmerInnen bezahlen eine Kreditgebühr, die so bemessen ist, dass die Bank ihre Kosten inklusive Investitionen und Speisung eines Fonds für soziale Zwecke deckt.“ Bei der Vergabe von Krediten soll es nicht mehr um ihre Rentabilitätserwartungen und schon gar nicht mehr einen Einfluss eines „anonymen Ratings“ gehen; entscheidend ist die Aussicht auf „ihren sozialen und ökologischen Mehrwert. ... Investitionsvorhaben mit besonders hohem sozialem und ökologischem Mehrwert erhalten Kredite kostenlos oder sogar mit „negativem Zins“, d.h. sie müssen nicht einmal die volle Kreditsumme zurückzahlen.“<sup>291</sup>

Felber scheint der Ansicht zu sein, dass sich alle diese durchaus sympathischen Ziele gewissermaßen per Dekret demokratisch (?) verordnen lassen, ohne dass zuvor die Kapital-, Arbeits- und Gütermärkte mit Hilfe ordnungspolitischer Reformen der Geld- und Bodenordnung in ein gesamtwirtschaftliches Kräftegleichgewicht gebracht werden müssen. In einer „Gemeinwohl-Ökonomie“ werde es „keine Kapitaleinkommen mehr“ geben; aber Felber lässt im Unklaren, wie sie über-

---

<sup>290</sup> Christian Felber (2010/2012), S. 56 (Finanzbilanz als Nebenbilanz), 57 - 71 (erlaubte und verbotene Verwendungen von Gewinnen, Wachstumszwang und gegenseitiges Helfen der Unternehmen).

<sup>291</sup> Christian Felber (2010/2012), S. 79 - 82 (Demokratische Bank, Geld als öffentliches Gut, Vollgeld), 84 - 85 (gänzliche Abschaffung von Zinsen, Kriterien für Kreditvergaben) und 89 (Vollgeld).

wunden werden könnten. Auch „die Rohstoffpreise werden demokratisch festgelegt, durch einen Ausschuss, in dem ErzeugerInnen und KonsumentInnen einander auf Augenhöhe begegnen und menschenwürdige Preise für beide Seiten vereinbaren“ (auch ökologisch angemessene Preise?).<sup>292</sup>

Aus der komplizierten Verwicklung von kapitalistischer Marktwirtschaft und „Gemeinwohl-Ökonomie“ dürften auch Felbers Vorstellungen über das Eigentum an den Produktionsmitteln nicht herausführen. Zum einen strebt er eine über die herkömmliche Mitbestimmung hinausgehende „Demokratisierung von Großunternehmen“ an, indem „ein von der Regierung unabhängiges Organ der Gesellschaft ... die Unternehmen mit lenkt. Denkbar wäre ein regionales Wirtschaftsparlament, das als Vertretung des Souveräns fungiert und in allen Großunternehmen einer Region im Aufsichtsrat sitzt. Dieses Parlament würde direktdemokratisch gewählt.“ Und zum anderen müsse „in der Gemeinwohl-Ökonomie auch über eine Obergrenze für Privateigentum diskutiert werden“. Felber denkt dabei an „zum Beispiel 10 Millionen Euro. ... Langfristiges Ziel der Gemeinwohl-Ökonomie ist, dass möglichst viele Menschen zu MiteigentümerInnen an den Unternehmen werden und diese in gemeinsamer Verantwortung steuern inklusive des gemeinsamen Tragens des Verlustrisikos. ... Es ist anzunehmen, dass es einen wachsenden Anteil von Genossenschaften oder ähnlichen Unternehmensrechtsformen geben wird.“ Aber wie sollen die Dezentralisierung des Realkapitals und eine tendenzielle Verkleinerung der Unternehmen erreicht werden, wenn die treibenden Kräfte von Akkumulation und Konzentration nicht wirklich still gelegt werden? Neben dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln vieler kleiner und weniger großer Unternehmen stellt sich Felber „demokratische Allmenden“ vor. Nachdem die Staatsunternehmen während der neoliberalen Ära vielfach privatisiert wurden, sollen die Infrastrukturen nicht wieder verstaatlicht, sondern „öffentliche Gemeinschaftseigentum“ werden. „Mein Vorschlag ist nicht, dass wir zurückkehren zu staatlichen Versorgungsunternehmen, wie wir sie kannten, sondern dass essentielle Wirtschaftszweige direkt von der Bevölkerung kontrolliert und gesteuert werden.“<sup>293</sup>

Auf internationaler Ebene sollte Felber zufolge in Anknüpfung an Keynes‘ Banchor-Plan ein „neues Bretton Woods“ mit einem „Globo oder Terra als Welthandelswährung“ geschaffen werden und außerdem sollten eine „Weltsteuerbehörde“ und eine „Weltfinanzmarktaufsicht“ eingerichtet werden.<sup>294</sup>

---

<sup>292</sup> Christian Felber (2010/2012), S. 80 (Rohstoffpreise), 83 (keine Kredit- und Sparzinsen). Vgl. auch Christian Felber (2009), S. 80 - 81 (Rohstoffpreise), 92 (Vollgeld) und 96 (keine Kapitaleinkommen mehr).

<sup>293</sup> Christian Felber (2010/2012), S. 98 - 101 und 108 (Demokratisierung der Großunternehmen und regionales Wirtschaftsparlament, MitarbeiterInnenbeteiligung an kleineren Unternehmen) sowie 114 - 116 (Demokratische Allmenden).

<sup>294</sup> Christian Felber (2010/2012), S. 80 und 90 (Globo oder Terra). - Vgl. auch Christian Felber (2009), S. 74 - 76 und 80 (neues Bretton Woods) sowie 78 und 81 (Weltsteuerbehörde und -finanzmarktaufsicht).

Felber erhob ausdrücklich nicht den Anspruch für die „Gemeinwohl-Ökonomie“, ein in sich geschlossenes Modell zu sein. Er zeigte sich offen für ihre Kombination mit Elementen der Solidarischen Ökonomie, der Wirtschaftsdemokratie, den Commons und der Postwachstumsökonomie. Zu den „Freundinnen“ der „Gemeinwohl-Ökonomie“ gehörte für ihn jedoch nicht die Geld- und Bodenreform mit ihrem Ziel einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“.<sup>295</sup> Seine Vorbehalte gegen den Markt waren zu stark, als dass er bereit sein könnte, eine wie auch immer geartete demokratische, tendenziell bürokratische Außensteuerung der Wirtschaft zugunsten einer ordnungspolitischen Befreiung der Selbstorganisation der Märkte von ihrer monopolkapitalistischen Vermachtung aufzugeben. -

In einem weiteren Buch über „neue Spielregeln“ für das Geld (2014) blieb Felber bei seiner Ansicht stehen, dass „die Geldschöpfungsfrage eine Schlüsselfrage der Geldordnung“ ist, und ging nicht weiter darüber hinaus bis zu der dem kapitalistischen Geld innewohnenden strukturellen Macht als noch tiefer liegendem Kernproblem des Geldwesens. Dementsprechend beließ er es erneut bei der Forderung nach einer Einführung von Vollgeld, das die Giralgeldschöpfung durch private Geschäftsbanken unmöglich macht und die Geldschöpfung und -vernichtung allein den Zentralbanken vorbehält, die ebenfalls demokratisiert werden sollen - flankiert durch kommunale, regionale und nationale „Geldkonvente“, die Bausteine einer alternativen Geldordnung entwickeln. Und die Geschäftsbanken sollen bei Kreditvergaben einer „Gemeinwohl-Prüfung“ unterzogen werden. Erneut blieb Felber die Antwort schuldig, wie „der Sparzins gänzlich auslaufen ... soll“. Eine etwaige private Hortung des öffentlichen Gutes Geld könne verboten werden.<sup>296</sup>

### 11.5.18 Das Bedingungslose Grundeinkommen

Im Unterschied zur Gemeinwohl-Ökonomie hat das Nachdenken über ein Grundeinkommen ideengeschichtliche Wurzeln, die weit zurückreichen bis zu Thomas Paine in der Gründerzeit der USA und zum französischen Frühsozialisten Charles Fourier. Zu ihren neueren Wegbereitern gehörte unter anderem der Sozialpsychologe Erich Fromm.<sup>297</sup> Und quer durch fast alle politischen Lager von Konservativen bis zu Linken ist ein breites Spektrum von Varianten eines Grundeinkommens entstanden. Der neoliberale Ökonom Milton Friedman trat mit der Idee einer negativen Einkommensteuer hervor. Der Ökonom Thomas Straubhaar und der CDU-Politiker Dieter Althaus, Götz Werner als Inhaber der dm-Drogeriemarktkette, die Katholische Arbeitnehmerbewegung, die Grüne Jugend und die Linke entwickelten

---

<sup>295</sup> Christian Felber (2010/2012), S. 12 - 13 (Freundinnen der GWÖ) und 29 - 30 (Marktwirtschaft).

<sup>296</sup> Christian Felber (2014), S. 38 und 45 - 46 (Geldkonvente), 54 (Geldschöpfungsfrage), 58 - 72 (Vollgeld) und 73 - 87 (demokratische Zentralbanken), 120 - 123 (Sparzinsen und Gemeinwohl-Prüfungen) und 133 (Verbot von Bargeldhortungen) sowie 227 - 240 (Keynes' Bancor-Plan).

<sup>297</sup> Ronald Blaschke in: Ronald Blaschke & Adeline Otto & Norbert Schepers Hrsg. (2010), S. 9 - 292, u.a. S. 24 - 42 (Thomas Paine), 141 - 148 (Grundeinkommen und Emanzipation von Frauen), 160 - 216 (Fourier und Considerant) und 250 - 282 (Erich Fromm).

unterschiedliche Modelle eines partiellen oder bedingungslosen Grundeinkommens mit jeweils eigenen Finanzierungskonzepten und Vorstellungen von der monatlichen Höhe eines Grundeinkommens.<sup>298</sup>

Die Diskussionen über ein partielles oder bedingungsloses Grundeinkommen haben besonders seit der Verschlankung des Sozialstaats durch die sog. Hartz-IV-Reform der rot-grünen Bundesregierung einen beträchtlichen Auftrieb erhalten. Als Alternative zu diesen Reformen sollten alle Menschen durch ein ohne administrative Bedürftigkeitsprüfungen und Gegenleistungsverpflichtungen gezahltes Grundeinkommen eine materielle Basis für ein menschenwürdiges Dasein ohne Angst vor sozialer Ausgrenzung und mit einer politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe an der Gesellschaft bekommen. Darüber hinaus soll es weiterhin möglich sein, sich durch ‚normale‘ Erwerbsarbeiten ein zusätzliches Einkommen zu verdienen, wenn das Grundeinkommen nicht für die Verwirklichung höherer Ansprüche an den Lebensstandard ausreicht.

Unter der Voraussetzung, dass alle Gesellschaftsschichten gemäß ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung eines ausreichend hohen monatlichen Grundeinkommens herangezogen werden, könnte es tatsächlich den Hartz-IV-Regelungen vorzuziehen sein. Und wie das Beispiel eines 2008 auf freiwilliger Spendenbasis in Otjivero/Namibia begonnenen kleinen, zeitlich und räumlich befristeten Experiments mit einem Grundeinkommen zeigte, werden auf diese Weise auch bei weitem nicht alle Menschen zur Faulheit verleitet. Die ihrer Existenzunsicherheit enthobenen Menschen können durchaus auch, wie von den Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens erwartet, ohne Verpflichtungen zu Gegenleistungen ihre Potenziale aus bloßer Freude am schöpferischen sinnerfüllten Tätigsein zur Entfaltung bringen.<sup>299</sup>

Fraglich ist jedoch, ob die Grundeinkommensmodelle oder einige von ihnen in der Lage sind, die mit den Hartz-IV-Gesetzen nur oberflächlich zugedeckten gesellschaftlichen Grundwidersprüche in kapitalistischen Marktwirtschaften aufzulösen. Roland Geitmann begegnete ihnen deshalb mit einer Mischung aus Sympathien für die durch sie eröffneten „Freiräume für soziales Miteinander“ und aus der Sorge, dass ein Grundeinkommen „auch ablenken könnte von den Fehlern unseres Wirtschaftssystems, insbesondere des Geldwesens, die zerstörerisches Wachstum verursachen und die Lebensgrundlagen künftiger Generationen vernichten. ... Im Blick auf das Wohlstandsgefälle auf der Erde ... könnte es ... wie eine zynische Luxusausstattung der Privilegierten wirken und Abschottungsmechanismen gegenüber armen Völkern verstärken.“<sup>300</sup>

Aus der Sicht der Geld- und Bodenreform ergab sich auch deshalb eine differenzierte Einstellung zum bedingungslosen Grundeinkommen, weil es einerseits eine

---

<sup>298</sup> Vgl. die Übersicht von Ronald Blaschke in: Ronald Blaschke & Adeline Otto & Norbert Schepers Hrsg. (2010), S. 301 - 382.

<sup>299</sup> Frank Dahlmann (2015).

<sup>300</sup> Roland Geitmann (2007), S. 6.

Affinität zwischen ihm und der Bodenreform gibt, während andererseits zwischen ihm und der Geldreform eher ein Spannungsverhältnis besteht.

- Alwine Schreiber-Martens erinnerte daran, dass schon vor mehr als 200 Jahren die ersten neuzeitlichen Bodenreformer Thomas Paine und Thomas Spence in den USA bzw. in England die Forderung erhoben, die vergesellschaftete Bodenrente als ein Grundeinkommen an die Bevölkerung auszuzahlen - bei Spence aufgeteilt auf gleiche pro-Kopf-Beträge - , um das Grundrecht aller Menschen auf eine gesicherte Existenz zu verwirklichen. Dies aufgreifend, brachte sie den Gedanken eines „durch gezielte Ressourcenbesteuerung ko-finanzierten Grundeinkommens“ für jeden Menschen in die Grundeinkommensdebatten ein und verwies auch darauf, dass die Heranziehung der Boden- und Ressourcenrenten zur Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens dessen Finanzierung erheblich erleichtern könnte. Das „ressourcen-gestützte“ Grundeinkommen wäre zwar eine bedingungslose, aber genau genommen keine ohne jede Gegenleistung fließende „Leistung“ der Allgemeinheit an jeden einzelnen Menschen, weil ja alle Menschen zuerst in unterschiedlicher Höhe Entgelte für die private Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen entrichten müssen (wegen deren sinnvoller Allokation), bevor sie danach im Interesse einer Verteilungsgerechtigkeit mit gleichen pro-Kopf-Beträgen an der Rückverteilung der Boden- und Ressourcenrenten partizipieren. In diese Richtung eines „ressourcen-gestützten Grundeinkommens“ gingen später auch die Überlegungen von Ulrich Schachtschneider zu einem „ökologischen Grundeinkommen“. <sup>301</sup>
- Abgesehen von den Unterschieden zwischen den einzelnen Modellen eines Grundeinkommens ist ihnen allen mehr oder weniger ein Ziel gemeinsam, das Rudolf Steiner schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit seinem „Sozialen Hauptgesetz“ <sup>302</sup> umrissen hat: nämlich das Ziel einer Trennung von Arbeit und Einkommen als Ausweg aus der im Frühkapitalismus entstandenen Ungleichverteilung von Arbeits- und Vermögenseinkommen. Dabei wird allerdings übersehen, dass Arbeit und Einkommen gar nicht erst voneinander getrennt werden brauchen. Entgegen der fadenscheinigen Ideologie der Leistungsgesellschaft sind Arbeit und Einkommen schon längst durch die Existenz von Vermögenseinkünften wie Zinsen, Dividenden, Boden- und Ressourcenrenten sowie Einkünften aus Patent- und Markenprivilegien voneinander abgekoppelt. Durch ein Grundeinkommen würden sie also ein zweites Mal und noch weiter voneinander abgekoppelt. Mit anderen Worten würde die in der kapitalistischen Marktwirtschaft bestehende widersprüchliche Mischung aus Arbeits- und leistungslosen Vermögenseinkommen nochmals durch ein „leistungsloses“ Grundeinkommen verkompliziert.

---

<sup>301</sup> Alwine Schreiber-Martens (2007), 27 - 32. - Vgl. zu Paine und Spence auch Heinrich Niehuus (1910) und Yannick Vanderborght & Philipp van Parijs (2005). - Ulrich Schachtschneider (2017); S. 63 - 70 („ökologisches Grundeinkommen“).

<sup>302</sup> Zu Steiners „Sozialem Hauptgesetz“ vgl. das Kap. 7.4 im vorliegenden Buch.

Anstelle der doppelten Abkopplung von Arbeit und Einkommen müsste es eher darum gehen, sie durch eine Überwindung von leistungslosen Einkünften aus Vermögen und anderen Privilegien überhaupt erst aneinander anzukoppeln. So gesehen wäre an Stelle eines bedingungslosen Grundeinkommens zusätzlich zu einer Rückverteilung der Boden- und Ressourcenrenten die Herstellung eines bedingungslosen Geldkreislaufs erforderlich – eines Geldes also, dessen stetige Bewegung nicht mehr an die Bedingung geknüpft ist, dass es fortwährend mit einem Zins und Zinseszins bedient werden muss. Mit Hilfe eines auch bei einem durchschnittlichen Zins von null bedingungslos stetig zirkulierenden Geldes würden im Laufe der Zeit jene sozialen Deklassierungen einschließlich der Arbeitslosigkeit zum Verschwinden gebracht, die von den Verfechtern eines Grundeinkommens innerhalb kapitalistischer Strukturen mit dem Grundeinkommen gleichsam aufgefangen und erträglicher gemacht werden sollen.

- Im Ergebnis würde also eine Geld- und Bodenreform auf eine Kombination von einem bedingungslosen, im Durchschnitt kostenlosen *Daseinsrecht* aller Menschen auf der Erde und einem sozialen Grundrecht hinauslaufen, sich auf der Basis eines bedingungslos zirkulierenden Geldes innerhalb eines geschlossenen Wirtschaftskreislaufs mit eigener Arbeit ein Einkommen für die individuelle Gestaltung des *Soseins* zu verschaffen (von dem freilich Teile für jene Menschen abzugeben wären, die nicht aus eigener Kraft über ihr Dasein hinaus für ihr Sosein sorgen können). Das ist eine andere Kombination als die auch von den Befürwortern eines Grundeinkommens vorgesehene Möglichkeit, sich zusätzlich zu einem Grundeinkommen auch noch ein Leistungseinkommen durch eine herkömmliche Erwerbsarbeit hinzuzuverdienen. Die „mit dem Einsatz für ein BGE verbundenen Engagements“ seien Helmut Creutz zufolge „zweifellos positiv zu werten“; aber mit Hilfe von Vergleichsrechnungen zeigte er auch, dass eine Überwindung aller leistungslosen Einkommen aus Vermögen und Privilegien zugunsten eines vollen Arbeitsertrags aller Arbeitenden für die Gesellschaft insgesamt mehr Gerechtigkeit schaffen könnte als die mit einem bedingungslosen Grundeinkommen verbundenen Umverteilungen.<sup>303</sup>

Seitdem das bedingungslose Grundeinkommen bei einer Volksabstimmung in der Schweiz im Jahr 2016 nur eine 22%ige Zustimmung erreichen konnte, haben die Debatten darüber in den letzten Jahren an Schwung verloren. Gleichwohl lief von Anfang 2017 bis Ende 2018 ein praktisches Experiment mit einem bedingungslosen Grundeinkommen in Finnland. Auf Initiative einer rechtskonservativen Regierung erhielten 2000 per Zufall ausgewählte Arbeitslose im Alter zwischen 25 und 58 Jahren monatlich 560 Euro. Das Resultat sei „durchwachsen“. Die Gesundheit und das persönliche Wohlbefinden dieser Personen sei verbessert worden und sie hätten keinen Stress mit der Sozialbürokratie gehabt; aber kaum jemand habe danach wieder eine Beschäftigung gefunden, so dass sich fast alle Testpersonen „wieder im schwerfälligen System der finnischen Sozialhilfe“ befinden. Die-

---

<sup>303</sup> Helmut Creutz (2009), S. 35 - 41.

ses finnische Experiment hat freilich nur eine begrenzte Aussagefähigkeit, weil weder der monatlich ausbezahlte Betrag noch die zeitliche Begrenzung auf zwei Jahre den Modellen der Grundeinkommensverfechter entsprechen.<sup>304</sup>

---

<sup>304</sup> Zur schweizerischen Volksabstimmung über das Grundeinkommen vgl. die Website <https://www.grundeinkommen.ch/> - Zu den Kritikern des BGE gehören nicht nur konservative, sondern auch linke Intellektuelle wie Christoph Butterwegge, der eine noch stärkere Beschädigung des Sozialstaats befürchtet (2015) und Christoph Butterwegge & Kuno Rinke Hrsg. (2018). - Zum BGE in Finnland vgl. Baukje Dobberstein (2018) und Carsten Schmiester (2019).

## **Band 1**

Die Moderne begann mit Hoffnungen auf eine egalitäre Bürgergesellschaft. Unerkannte Privilegien führten jedoch zur Konzentration von struktureller wirtschaftlicher und politischer Macht. Soziale Ungleichheit, Geschlechterhierarchie, Krisen, koloniale Expansionen, Kriege, Abstürze von Demokratien in Diktaturen sowie Wachstum und Naturzerstörung waren die Folgen. Bislang wird versucht, die Krisensymptome der kapitalistischen Marktwirtschaft realpolitisch zu mildern. Es gibt jedoch auch realutopische Denkansätze, das Geld auf seine dienende Funktion zu beschränken und natürliche Lebensgrundlagen als Gemeinschaftsgüter statt als Waren zu behandeln. In diesem Buch werden sie ideengeschichtlich und ordnungspolitisch rekonstruiert.

Sichtbar werden dabei Umrisse einer Transformation der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine »Marktwirtschaft ohne Kapitalismus« mit einer breiten Dezentralisierung des Geld-, Boden- und Realkapitals. Eine solche menschenrechtlich und demokratisch fundierte zweite Moderne könnte Chancen eröffnen für eine egaleitäre Arbeitswelt, für eine Überwindung von Geschlechterhierarchie und Nord-Süd-Gefälle sowie für wirtschaftliche Stabilität ohne Wachstum.